

# Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich Redakteur Albert Dantl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-  
tuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: In der Stadt: Für Inserate Nr. 6298, für  
die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6263. — Postzeitung: 2. Nachtrag, Seite 110. —  
Verlagspreis: Vom 1. bis 15. März 1,00 Mark, abwärts 0,90 Mark.

angehen. Jede in Goldnoten: Die 10er-Scheine, 27 Millimeter breit, 10 Millimeter hoch, 20 Pfennig  
auswärts 30 Pfennig, 5 Millimeter hoch, 12 1/2 Pfennig, 2 bis 4 abwärts 30 Pfennig, die drei-  
spaltigen 50 Millimeter breit, 10 Millimeter hoch, 100 Pfennig, 10 bis 15 Pfennig. (Eine Geldmarke = ein  
Dollars, geteilt durch 4,28). Der jeweilige Nennwert steht verlesen, wenn nicht 6 mm 4 Tagen nach Rechnungsdatum  
Gültigkeit. Für Platzverhältnisse keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 63.

Magdeburg, Sonntag den 15. März 1925.

36. Jahrgang

## Ein schlechter Steuerermann.

### Die Kandidatur Jarres.

Die Einheitskandidatur des Bürgerblocks zur Reichspräsidentenwahl ist gescheitert; aber täuschen wir uns nicht darüber, daß schon jetzt Bestrebungen im Gange sind, einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten wenigstens für den zweiten Wahlgang zu finden. Der Wahlkampf selbst soll dazu beitragen; denn es bedeutet nichts anderes als Vorbereitung zur Sammlung, trotz gegenseitigen Zehden, wenn die „Kreuzzeitung“ am Freitagabend ihren Hauptkampf gegen Otto Braun,

den größten und schärfsten Gegner der Kandidatur Jarres, ankündigt. Dem Kandidaten der Sozialdemokratie wird in den kommenden Tagen der Haß und der Schmutz der Rechtsparteien gelten. Wohlau, wir nehmen diese Kampfanzeige auf, und mit noch mehr Entschiedenheit als die Rechte gegen Otto Braun anzurennen wird, werden wir unsern Hauptstoß gegen die Kandidatur Jarres richten.

Jarres ist am allerwenigsten für das hohe Amt eines Reichspräsidenten geeignet. Wir bestreiten seine Verdienste als Kommunalpolitiker nicht, aber er ist weit davon entfernt, seine politischen Fähigkeiten auch nur im geringsten in einen Vergleich zu den großen politischen Gaben des ersten Präsidenten der deutschen Republik stellen zu können. Die Aufgaben, die dem Reichspräsidenten durch die Verfassung zugewiesen werden, sind politisch außerordentlich bedeutend, obwohl sie an die Rechte des ehemaligen Kaisers lange nicht heranreichen. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler zu ernennen, er führt den Oberbefehl über Heer und Marine, kann den Ausnahmezustand verhängen und auf Grund des Artikels 48 Verordnungen erlassen. Er empfängt und beglaubigt die ausländischen Gesandten, wie er überhaupt das Reich nach außen zu vertreten hat. Er kann Bündnisse und Verträge abschließen usw.

Das alles sind Aufgaben, die einen außer gewöhnlichen politischen Kopf erfordern, nicht nur Takt und Klugheit, sondern auch politischen Weitblick voraussetzen. Ganz abgesehen davon, daß Dr. Jarres der ausgesprochene Vertreter der bestehenden Schichten

ist — worauf wir später noch eingehen werden —, kann er sich nicht im geringsten des politischen Weitblicks rühmen. Ihm geht jedes tiefere politische Verständnis ab und er bestreitet nicht jene politische Voraussetzungen, welche die unbedingte Voraussetzung für eine sachgemäße Führung der Reichspolitik darstellt. Er ist zwar ein Jahr lang Minister gewesen, aber das beweist gar nichts gegen unsere obige Behauptung, sondern zeigt nur, wie arm an politischen Persönlichkeiten Deutschland ist.

Bevor Jarres Minister wurde, nahm er als Vertrauensmann der Reichskanzler Cuno und Stresemann eine einflussreiche Stellung ein. In den Entschlüssen über die Aufgabe des

### passiven Widerstandes im Ruhrgebiet

ist er maßgebend beteiligt gewesen. Wenn dieser Widerstand bis zur vollständigen Zerrüttung der deutschen Währung geführt und nicht zu einem günstigen Zeitpunkt abgebrochen wurde, so ist das im wesentlichen auf die Stellungnahme Jarres zurückzuführen, der die politischen Verhältnisse vollständig verkannte. Als die erste Stresemann-Regierung einen Ausschluß aus dem besetzten Gebiet erwartete, um mit einem Angebot an die Befehlsmächte heranzutreten, erklärte sich Jarres als entschiedener Gegner einer solchen Anregung, „weil die Regierung die Verantwortung für ihre Entscheidungen selbst tragen müsse“. Er mußte aber ganz genau wissen, daß die Regierung keinen Schritt unternehmen konnte, der den Anschein erweckte, als sei er gegen den Willen der leidenden Bevölkerung unternommen. Natürlich gab es auch noch andre Leute, die ähnlich eingestellt waren, deren Einfluß aber nicht so weit reichte wie der von Jarres.

Noch bedenklicher aber war die Stellungnahme des jetzigen „Kandidaten der Rechten“ zum Abbruch des passiven Widerstandes selbst. Hier forderte er von der Reichsregierung, daß sie den Franzosen und Belgiern ein befristetes Ultimatum stellen sollte, in dem die Räumung des besetzten Gebiets verlangt wurde. Falls, was zu erwarten sei, die fremden Mächte diesem Ultimatum nicht entsprechen würden, sollte die deutsche Regierung ihrerseits erklären, daß sie den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkenne, sondern für null und nichtig erachte. Wahrscheinlich würde daraufhin mit dem Kriegszustand, viel-

leicht auch mit weiterer Besetzung beantwortet werden; auch die Verhängung einer neuen Hungerblockade sei nicht ausgeschlossen. Das müßte in Kauf genommen werden. Sicher aber sei die

### Kostrennung des besetzten Gebiets

zu erwarten. Die Bevölkerung im besetzten Gebiet gehe zunächst also für Deutschland verloren, aber die Gewaltmaßnahme werde in ihr den deutschen Geist lebendig erhalten. Dafür sei dann das übrige Deutschland die Reparationen und allen Zwang des Versailler Vertrages los; es könne sich wieder erholen und so stark werden, daß auch das mit Gewalt abgenommene Gebiet nicht für immer verloren sei.

Die Durchführung der Pläne des Herrn Jarres würde das Ende des Deutschen Reiches bedeuten haben. Das ganze Ausland hätte wieder einmal gegen Deutschland gestanden und das Ende wäre gewesen, daß im Süden, Osten und Westen fremde Truppen auch das übrige Reich besetzt hätten. Die Pläne des jetzigen „Kandidaten der Rechten“ sprachen von solcher Kurzsichtigkeit, daß sich damals Stresemann, sein Parteifreund, mit aller Entschiedenheit gegen sie wenden mußte. Wir fragen deshalb: Kann ein Mann, der so leicht — wenn auch aus lauterer Motiven —

### Deutschlands reichste Provinz preisgeben

wollte, um sie nach gewisser Zeit zum Kriegsschauplatz zu machen, kann ein solcher Mann den Anspruch erheben, der politische Kopf zu sein, der auf den Präsidentenposten des Deutschen Reiches gehört? Seine nationalpolitische Einstellung kann zu einer Gefahr werden, seine politische Kurzsichtigkeit Deutschland und die Welt nochmals ins Unglück stürzen. Wir fragen deshalb: Jarres ist aus außen- und innenpolitischen Gründen als Reichspräsident unmöglich. Er hat als Oberbürgermeister seine Verdienste, aber darüber hinaus wird er auf jedem Posten versagen, der politischen Weitblick voraussetzt.

Wer ihn wählt, wählt die politische Unvernunft, unterstützt den Nationalismus, der sich auf die Dauer zum schwersten Schaden Deutschlands auswirken muß. Wir aber wollen Frieden, Freiheit, Brot! Jarres vermag nur das Gegenteil zu bringen — deshalb fort mit ihm! —

### Die Großagrarien für Jarres.

Am Freitag beschäftigte sich eine Vertreterversammlung des Reichslandbundes, der Organisation der Großagrarien für Großagrarszölle, mit der Reichspräsidentenwahl. Die Ritter von Rr und Galm saßen folgenden Beschlüssen:

Der Reichslandbund hat sich bei den Verhandlungen über die Präsidentschaftskandidatur mit allem Nachdruck für einen gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien und Organisationen eingesetzt. Der Reichslandbund muß mit Bedauern feststellen, daß die Erreichung dieses Zieles an dem Ueberwintern des Parteigeistes gescheitert ist. Für die vorliegende Präsidentschaftswahl schlägt der Reichslandbund seinen Mitgliedern vor, für die nationale Sammelkandidatur des Herrn Jarres einzutreten.

Damit treten die deutschen Großagrarien, die soeben den Versuch gemacht haben, Agrarhochzölle mit der kleinen Zolltarifvorlage durchzuschmuggeln, und die noch immer die Hoffnung hegen, Agrarhochzölle im gegebenen Augenblick auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung dem deutschen Volke diktiert zu können, für den Kandidaten der Deutschen Volkspartei Dr. Jarres ein, hinter dem vor allem die deutsche Schwerindustrie steht.

Wer die Entwicklung der Dinge gerade auf zollpolitischen Gebiete beobachtet hat, wird sich über den vereinigten Marsch von Großgrundbesitz und Schwerindustrie bei der Reichspräsidentenwahl nicht wundern. Beide verfolgen das gleiche Ziel, Deutschland durch chinesische Zollmanern abzuschließen, um aus dem deutschen Volke möglichst hohe Preise herauszuholen. Das deutsche Volk soll den Brotkorb höher hängen, weil die Schlotbarone und Großagrarien aus dem Elend des Volkes ihre Taschen füllen wollen.

Das Bündnis der Großagrarien mit den Schlotbaronen hat sich inzwischen schon glänzend bewährt. Durch die Kontingentierung der Eisen- und Stahlerzeugung ist es der Schwerindustrie gelungen, die Eisenpreise, z. B. den Stabeisenpreis, um 30 Mark in die Höhe zu treiben. Die deutsche Landwirtschaft hat heute Getreidepreise, die um 50 Prozent über den Friedenspreisen liegen. Die Folgen davon sind, daß z. B. der Seltener Kleinereisenindustrie das Rohmaterial um 30 Prozent verteuert wurde und der Warenabfall sowohl

nach dem Inland wie nach dem Ausland hoffnungslos brachliegt. Andererseits muß das deutsche Volk heute infolge der anormal hohen Getreidepreise das Brot 35 Prozent teurer bezahlen als vor dem Kriege und vor einem Jahre.

Die Arbeiterschaft, die durch dieses agrarisch-industrielle Bündnis mit Arbeitslosigkeit bedroht ist, der Mittelstand und gerade die kleinen und mittleren Unternehmer bzw. Kaufleute haben also alle Veranlassung, sich gegen das agrarisch-schwerindustrielle Bündnis zu wehren. Das heißt im Augenblick: Kampf gegen die Kandidatur Jarres. Der Kampf gegen Jarres ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Warenverteuern und für die Befundung der Wirtschaft. —

### Gegen die Kandidatur Jarres.

Mit der Kandidatur Jarres werden die Rechtsparteien Bayerns sehr schlechte Geschäfte machen. Die Hoffnungen des Herrn v. Loebell, auch die Bayerische Volkspartei mit ihren 2 Millionen Stimmen zu gewinnen, sind so gut wie aussichtslos. Die endgültige Entscheidung wird zwar erst am Sonntagabend durch den Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei fallen, doch haben sich maßgebende Mitglieder der Partei bereits dahin ausgesprochen, „daß die überwiegende Mehrheit der Parteianhänger Herrn Dr. Jarres scharf ablehnt. Seine staatspolitischen, sozial- und kulturpolitischen Auffassungen bewegen sich derzeit ausgeprägt in einer von uns abweichenden und ihr entgegengesetzten Richtung, daß für die föderalistisch eingestellten sozial Denkenden und auf bezirkliche Freiheit bedachten Wähler der Bayerischen Volkspartei die Kandidatur des Herrn Dr. Jarres als Reichspräsident nicht in Frage kommt“.

Da weite Kreise der Bayerischen Volkspartei dem Republikaner Marx abgeneigt sind, ist mit der Möglichkeit der Aufstellung einer eignen Kandidatur zu rechnen.

Auch vom Bayerischen Bauernbund, der im Reichstag der Wirtschaftlichen Vereinigung angehört, wird nach zuverlässigen Informationen Dr. Jarres keine Stimme erhalten. Wahrscheinlich wird der Bayerische Bauernbund die Kandidatur Marx unterstützen.

Ebenso können sich die Böhmer in Bayern nicht für Jarres begeistern. Ihr Organ, der „Böhmische Kurier“, schreibt am Freitag folgendes: „Da sich die bayerischen Parteien selbst nicht verpflichtet fühlen, sich an einen Sammelkandidaten zu halten, haben auch wir Böhmer noch viel weniger Anlaß, beim ersten Wahlgang gewissermaßen an der Stimmengählung der Demokraten, des Zentrum und der Deutschen Volkspartei mitzuwirken. Der Gedanke einer böhmer Sonderkandidatur gewinnt unter diesen Umständen erhöhte Bedeutung.“

### Jarres und der „Rheinstaat“.

Der Berliner Großindustrielle Arnold Reehberg, einer der Führer in der internationalen Stahl- und der Tuchindustrie, nimmt in Berliner Blättern zu der agrarisch-industriellen Kandidatur Jarres Stellung und weiß u. a. folgendes mitzuteilen:

„Im November 1923 jagte mir ein hoher Reichsbeamter, er fürchte, daß der Rheinstaat nicht mehr zu verhindern sei. Einige Führer der deutschen Schwerindustrie seien nach dem Mißerfolg des passiven Widerstandes für eine solche Lösung. Im Reichskabinett berichte insbesondere Herr Jarres die Ansicht, daß der Rheinstaat unvermeidlich geworden sei. Am gleichen Tage wurde mir von einem Herrn, der einem der schwerindustriellen Großkongerne angehört, bestätigt, daß maßgebende Führer der Ruhrindustrie den Rheinstaat wollten. Ich nahm daher Gelegenheit, einen bekannten deutschnationalen (der auch kein Singer rührte, und sich mit der Stinnes-Jarres'schen Verfassungsreform einverstanden erklärte. D. Red.), der in nahen Beziehungen zu schwerindustriellen Großkongernen steht, auf diese Sachlage aufmerksam zu machen.“

Herr Reehberg bestätigt damit die bekannte, von Stinnes inspirierte und von Jarres propagierte Politik, das Rheinland und das Ruhrgebiet zur höheren Ehre des Stinneskongerns aufzugeben. Anknüpfung auf die Kandidatur Jarres kommt Herr Reehberg zu dem Schluß, daß „Herr Jarres eben nicht die für den leitenden Staatsmann erforderliche Voraussetzungen und Kaltblütigkeit besitzt.“

### Warum Otto Braun?

In den bürgerlich-republikanischen Kreisen hat man es der Sozialdemokratie sehr übelgenommen, daß sie in der Person von Otto Braun eine Sonderkandidatur aufgestellt hat. Ein Sozial-



Demokrat steht im „Berliner Tageblatt“ auseinander, warum die Sozialdemokratie so gehandelt hat:

Es ist verständlich, daß der Beschluß der Sozialdemokratischen Partei, mit einem eignen Kandidaten in den Kampf um die Reichspräsidentenschaft einzutreten, eine starke Enttäuschung für diejenigen geworden ist, die in der Aufstellung eines gemeinsamen republikanischen Bewerbers gleich zum ersten Wahlgang die Würdigung des Sieges erblickten. Jedoch ist jener Beschluß gerade aus der Sorge entstanden, daß ein gemeinsames Vorgehen im ersten Wahlgang zum Mißerfolg führen und schwere Rückschläge zur Folge haben könnte.

Von den Anhängern des gemeinsamen Vorgehens haben wohl die wenigsten daran gedacht, daß der gemeinsam aufzustellende Kandidat auch ein Sozialdemokrat sein könnte. Man befürchtete, wahrscheinlich mit Recht, daß viele Wähler des Zentrums, vielleicht auch der Demokraten einer solchen Parole nicht Folge leisten würden. Umgekehrt nahm man es für selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Wähler ohne Zögern und Besinnen für einen nicht-sozialdemokratischen Kandidaten eintreten müßten.

Nun bedenke man, was das heißt: Um die rund acht Millionen sozialdemokratischen Wähler zu mobilisieren müssen viele Hunderttausende von aktiven Parteimitgliedern wochenlang auf den Beinen sein. Sie müssen eine gewaltige Arbeit leisten, die ihnen keinen Lohn bringt als den, den sie in sich selbst trägt. Ohne die freudige Bereitwilligkeit dieser Hunderttausende, materielle Opfer zu bringen und sich erheblichen Anstrengungen zu unterziehen, kann nichts erreicht werden. Schließlich werden aber auch sie auf einen undurchbringlichen Wall stoßen, wenn den breiteren Massen das Verständnis für die politische Notwendigkeit dessen fehlt, was von ihnen gefordert wird.

Dabei könnte unter Umständen das Fernbleiben auch nur eines Achtels der sozialdemokratischen Wähler den Sieg des republikanischen Bewerbers gefährden, ein größerer Wählerstreik sogar den Sieg des Rechtskandidaten schon im ersten Wahlgang zur Folge haben.

Was dann? Dann waren die republikanischen Parteien die gemeinsamen Geschlagenen, die Rechte und die Kommunisten waren die Gewinner. Denn es kann gar kein Zweifel daran sein, daß es früher Wind in die schon etwas schlaffen Segel des Kommunismus gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie jeden Anspruch auf das Erbe Friedrich Eberts ohne weiteres preisgegeben hätte. Die Sozialdemokratie aber hätte einen doppelten Mißerfolg — erst Verzicht auf eigenes Vorgehen, dann Fehlschlag des gemeinsamen Vorgehens — erlitten, und die Zusammenarbeit der republikanischen Kräfte jenseits und diesseits der Parteigruppen wäre dadurch nicht gefördert, sondern auf lange Zeit schwer geschädigt worden.

Wenn man diesen Gründen der Sozialdemokratischen Partei Beachtung schenkt, so wird man darauf verzichten, durch einen Streit über taktische Meinungsverschiedenheiten vorhandene Gegensätze zu vertiefen. Selbstverständlich kann heute noch nicht gesagt werden, was die Sozialdemokratische Partei nach dem ersten Wahlgang tun wird. Es müssen jetzt erst seine Ergebnisse festgestellt sein, bevor die Situation zu neuen Entschlüssen reif wird. Sicher ist nur, daß durch Scheitern auf das einmal Gegebene nichts erreicht wird.

Man darf ohne weiteres annehmen, daß der Versuch, im entscheidenden Wahlgang der Rechte den Sieg zu erreichen, in den Reihen der Sozialdemokraten nicht weniger lebendig ist als in denen der Demokratischen Partei oder in kampfgeschwängerten Kreisen des Zentrums. Es gilt jetzt, mit Geduld und gegenseitigem Einfühlungsvermögen den Weg zu finden, der von diesem gemeinsamen Wunsch zur gemeinsamen Tat und zum gemeinsamen Erfolg führt.

### Kleines Feuilleton.

#### Der christlich-keusche Käseklub.

Der Mann in der Himmelskapsel, so hat er denn sein Schweigen? Ist jetzt, nachdem er der Reihe nach sämtliche höchsten Stellungen angeklammert hat, gründlich in der Reize. Der Zustand, daß er durch Vermittlung seines mittelbaren Vaters sich wieder die Gunst der Kaiserin erwirkt hat, kann ihn nicht darüber hinwegbringen, daß sämtliche übrigen Mütter nicht nur seine Kunstveranlagungen bestaunen, sondern auch aus die Ungeheuerheiten. Die Historiker mimen, sprechen, hebeln, jagen und kochen also nur noch unter Aufsicht der Öffentlichkeit. Des ist ihnen natürlich auf die Dauer verhasst und man hat denn auch dem „Generalanzeiger“ zu verlesen gegeben, daß man den Grund jenes Saubere-Artikels „In den Kapitalkreisen des Reichs“ Herr Dr. Hermann Ebert“ in Verbindung mit dem „Generalanzeiger“ zu verlesen gegeben. Dieser Verbindungswort hat aber nicht genügt, denn der Redakteur oder Redaktoren hat, andernfalls in seinem Sinne in aller Form zu entschuldigen, ein neues Mitglied aus der Feder seines ehemaligen Mitarbeiters in Aussicht gestellt und damit die Situation aufs neue verändert.

Inzwischen hat er sein von Käse, Dampf und Naretschke fülltes in Berlin'schen gemauertes Gehirn noch einmal extra angestrichelt und ist auf folgenden genialen Ausweg verfallen: er bracht das angeklammerte Schimpflichkeits nicht im Reichs-Kreis selber ab, sondern läßt es ganz unbedenklich als Epigramm, wie man es sonst mit Entschiedenheit von Schickelgruber, Landwehrmann und Wilmanns nach dem Kaiserlichen Hofe bei. In redaktionellen Teilen über klettert er an Stelle der vom Generalanzeiger des christlich-keuschen Klubs in Aussicht gestellten Entschuldigung und auf Grund einiger Hinweise von Seiten der Reichs-Käseklubler, Historiker und so, jener Witzgänger zum „General-Anzeiger“, folgenden:

Zu der Dezember-Ausgabe unseres Mittelstücken-Heftes geben wir einen neuen Brief wieder, der in einer Kabinett-Notiz „Der Kaiser“ erschienen war, und der sich mit Teilen der Reichs-Käseklubler und Reichs-Käseklubler befaßte. Dieser neue Brief enthält einige Auszüge, die selbst bei berechtigter Kritik nicht reichlich hervorgehoben werden können, weil sie in dem Briefe stehen, und dieser Brief hat uns, wie eingangs gesagt, vollständig der gesamten Kampfbühnen entzogen. Das war nicht leicht nicht reichlich von uns. Wir haben von diesen Briefen, die auf einige Kritiker Bezug haben, auch abgedruckt. Zusammen haben wir sie in dem Briefe...

### Der stolpische Außenminister.

Die „Europe Nouvelle“ widmet ihre am Sonnabend herauskommende Nummer dem neuen Deutschland. Sie enthält Beiträge von Stresemann, dem Reichspräsidenten Löbe, dem ehemaligen Minister Hugo Preuß und Koch, dem Abg. Breitscheid, dem Reichswehrminister Gessler u. a. Stresemann, der über „Das alte und neue Deutschland“ geschrieben hat, beklagt sich über den deutschen Politikbauern gemachten Vorwurf des mangelnden Verständnisses für die Seele der andern Völker, liefert aber mit seinen Ausführungen den sicher nicht beabsichtigten Beweis, wie berechtigt dieser Vorwurf zum mindesten den augenblicklichen Leitern der deutschen Politik gegenüber ist. Er stellt seinen eignen psychologischen Fähigkeiten ein betrübendes Armutszeugnis aus, wenn er ausgerechnet in einem für eine französische Zeitschrift geschriebenen Artikel sich in einer Apotheose der Vergangenheit, der Monarchie, der kaiserlichen Armee, der Politik Bismarcks und dem Traum von einem größeren Deutschland gefällt und versichert, daß das deutsche Volk von der Aufoktroppierung des politischen Systems der „westlichen Demokratien“ nichts weniger als befriedigt sei. Wenn Herr Stresemann sich danach noch beklagt, daß dem neuen Deutschland bisher kein außenpolitischer Erfolg beschieden gewesen sei, der allein zu einer Stabilisierung der Verhältnisse beigetragen haben würde, so wird er nach diesem neuen Befähigungsnachweis die Schuld dafür wirklich nirgendes anders suchen dürfen als bei sich selbst. Den Interessen des deutschen Volkes würde er jedenfalls besser dienen, wenn er fortfahren würde, über Fleischbier statt über Außenpolitik zu schreiben.

Reichspräsident Löbe, der über „Die Komplikationen der internationalen Politik“ geschrieben hat, sieht die Gründe für die neue Verküpfung des Horizonts in der Verzögerung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, in der Verdrängung der Arbeiterpartei aus der Regierung durch die englischen Konservativen, dem Fiasco des Genfer Protokolls und der Nichträumung der Kölner Zone. Ohne das Gewicht von der deutschen Regierung geltend gemachten Vorbehalte hinsichtlich des § 16 des Protokolls zu verkennen, bekennt sich Löbe doch zu der Auffassung, daß die Mitgliedschaft im Völkerbund Deutschland weit größere Garantien biete als die Politik der Isolierung. In der Hinausschiebung der Räumung von Köln sieht Löbe einen Triumph für die Nationalisten beider Länder. So schwer auch die von der Kontrollkommission festgestellten Einzelverletzungen sein mögen, so sei darum nicht minder wahr, daß Deutschland in der Tat abgerüstet und aufgeführt habe, eine Gefahr für den europäischen Frieden zu bilden. Nur keinen Fall aber könnten die deutschen Verlöbte eine so schwere Verletzung der Souveränität eines Landes rechtfertigen, wie das die vertragswidrige Hinausschiebung der Räumung von Köln darstelle.

### Schiedspruch im Eisenbahnerkampf.

In der Streitigkeit bei der Reichsbahn hat die Schlichtungskammer im Reichsarbeitsministerium folgenden Schiedspruch gefällt:

- I. Die Arbeit wird überall möglichst sofort wieder aufgenommen.
2. Maßregelungen aus Anlaß des Streikes finden nicht statt.
3. Die infolge des Streikes ausgeschiedenen Arbeiter sind möglichst sofort, spätestens aber bis zum 31. März 1925, in ihr altes Dienstverhältnis wieder einzusetzen.
- II. 1. Die geforderten, auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohntarifvertrages vom 11. Juli 1924 werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt, desgleichen auch die bisherige besondere Vereinbarung zum Paragraph 3 des Lohntarifvertrages. Diese Arbeitszeitregelung ist bis zum 31. Oktober 1925 unfindbar.

Sodann kann sie von jeder der beiden vertragsstiftenden Parteien mit Frist von einem Monat auf den Schluß eines Kalendermonats schriftlich gekündigt werden. Bezüglich der Dauer der Vorschriften bleibt es bei den gesetzlichen Bestimmungen.

2. Durch einen Ausschuss, der spätestens in der zweiten Hälfte des April zusammentritt und an dem die Tarifparteien beteiligt sind, soll geprüft werden, welche Änderungen, die h. welche allgemeinen Milderungen oder Verkürzungen für gewisse Gruppen des Personals hinsichtlich der gesamten Dienstdauer ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind.

3. Falls während der Geltung des Abkommens eine grundlegende Änderung der jetzigen Arbeitszeitgesetzgebung eintritt, soll mindestens einen Monat vor Inkrafttreten der Änderung über ihre Auswirkung auf dieses Abkommen zwischen den Parteien verhandelt werden.

#### III.

1. Die geforderten, auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohntarifvertrages werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt.

2. Für die Zeit vom 1. bis 14. März 1925 bleiben die am 28. Februar 1925 in Geltung gewesenen Löhne bestehen.

3. Mit Wirkung vom 15. März 1925 werden die Grundlöhne der Hochaltersstufe um 3 Pfennig erhöht. Die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend.

4. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 30. Juni dieses Jahres, sodann auf den Schluß jedes folgenden Kalendermonats mit Frist von einem Monat von jeder der beiden vertragsstiftenden Parteien schriftlich gekündigt werden.

Erklärungsfrist bis Dienstag den 17. März 1925 einschließlich.

Der Schiedsbruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitervertreter gefällt. Der Vorsitzende war nicht zu bewegen, annehmbare Zugeständnisse an die Eisenbahner zu machen. Die Organisationen werden am Sonnabend zu dem Schiedsbruch Stellung nehmen.

### Krach im Bayerischen Landtag.

In der Freitagssitzung des Bayerischen Landtags kam es bei Beratung des Polizeietats zu außergewöhnlichen Zwischenfällen. Der kommunistische Redner Grönsfelder, dem die Polizei, wie sie selbst zugibt, durch willkürliche Verhaftung übel mitgespielt hat, wandte sich außerordentlich scharf gegen die Regierung und erklärte:

Die bayerische Regierung weist fortgesetzt auf die Verfassung. Den vom Innenminister verteidigten Polizeidirektor von Nürnberg (Gareis) beschuldige ich offen des Vortrags. Die bayerische Polizei ist der Spürhund des Unternehmertums, durch die Beschlagnahme des kommunistischen Agitationsmaterials im Fraktionszimmer hat der Staat offenen Diebstahl begangen.

Diese Beschuldigungen trugen dem Redner drei Ordnungsrufe ein. Beim letzten wurde ihm außerdem das Wort entzogen. Grönsfelder hörte aber nicht auf die Glocke des Präsidenten, so daß die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen wurde. Als der Redner immer noch weiter sprach, hielt ihm ein Abgeordneter von der Bayerischen Volkspartei den Mund zu.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündete der Präsident den Ausschluß des Redners von der Freitagssitzung mit der Anordnung, den Saal sofort zu verlassen. Auf die Weigerung Grönsfelders hob der Präsident die Sitzung noch einmal auf und drohte mit dem Eingreifen der Polizeigewalt. Als die neue Sitzung wieder eröffnet wurde, kam es sofort zu heftigen Auseinandersetzungen. Grönsfelder wurde für acht Tage ausgeschlossen und zwei weitere seiner Kollegen für den Sitzungstag. Schließlich fügten sich die drei Kommunisten und verließen unter Drohungen den Saal.

**Logal-Tabletten** hervorragend bewährt bei:  
**Gicht, Rheuma, Ischias, Sehenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen.**  
Logal stillt die Schmerzen und beendet die Gärung aus. Fragen Sie Ihren Arzt. — In allen Apotheken erhältlich. Preis 12,6% Lita., 0,46% Chinin, 7,3% Aed. accl. salic., ad 100 Amylum

sondern nur aus dem Berliner Blatt abgedruckt. Magdeburger Kritiker, die sich durch diesen Brief getroffen fühlten, haben denn in kaum begreiflicher Weise unsern ersten Vorstoßen angegriffen. Das ist eigenartig, wenn man bedenkt, daß unser erster Vorstoß lediglich für unser Nachrichtenblatt prägengelehrt verantwortlich schauen muß, im übrigen aber der ohne Brief von uns unter Quellenangabe nachgedruckt war. Angriffe solcher Art, wie sie gegen unsern Schriftleiter gerichtet wurden, sind höchst selten im Zeitungswesen, waren aber in Magdeburg leider möglich.

In Magdeburg ist es nicht mehr „leider möglich“: zum Beispiel, daß ein emanzipierter und für durchaus normal angesehener Käseklubler eine Zeitschrift redigiert — wenn auch eine für geistig minderwertige — und noch nicht einmal bezeugt, daß er für alles, was darin steht, auch von andern Müttern Verantwortung und mit einem empfindlichen Rufus versehenes, die moralische Verantwortung trägt. In demselben Atemzug stammelt der Reum: „Das war vielleicht nicht recht von uns“ und „das ist eigenartig“, daß sich die mit „reichlich starken Anzeichen“, von denen wir ja auch hätten übersehen können (wenn wir nicht ein Zeichen vor dem Schloß hielten!) angelegenen Kritiker dagegen wehren. Es ist „eigenartig“, wenn einer auf die unflätigen Schimpflichkeitspropaganda mit einer Keuschheit antwortet — in der Tat, höchst „eigenartig“!

Aber die Geschichte der Historiker erklärt vieles. Als hier eine Volksbühne gegründet wurde, machte zuerst auch die „jungen Leute“ mit: auch sie vertraten sich einen materiellen Vorteil von dieser Organisation. Aber als die demokratische Seite der Einrichtung ans Licht kam, als eine Historiker neben der Historiker Vermehrung im Normal im 2. Range sitzen sollte oder am Ende gar mit einem schlechten Platte vornehmnehmen sollte als ihre Pflicht und Bräutigamsverpflichtung, da machte die „Gnädige Frau“ auf und wurde sehr unglücklich. Nebenher diese Proleten-geheiß! Die waren ja imstande, ein Stück mit sozialistischer Tendenz herauszubringen. Nicht in die 2a Ränge! Also machte man sich am den kampfgeübten Historiker und machte einen rechten Lobes auf, aus dem dann später ein Kasseleben wurde. Nachher aber noch eine höchst merkwürdige „Gesellschaft für Theater und Kunst“. Es klappte zwar mit der Mitgliedschaft, aber dafür verteilte man Theaterkarten zu Massiver-erhaltungen aus dem „Prinzen von Hamburg“ mit echter Ritterwürde an die Schüler höherer Lehranstalten und am Reichs-archivisten und was sonst seine Karte und wenig Gehalt und bekam auf diese Art notwendig die Karte voll. Der sich einen Standpunkt über einen Ganzer erkaufte bei Leonhard Rahne, der damals gleichzeitig sich mit „Kassenschein“ oder dem „Reigen“ beschäftigte. Die Mitgliedschaft des „jungen“ Vereins, der...

Militärkonzerten und schließlich zu schwarzweiß-roten „Dünen Abenden“ überging, wurde streng geheimgehalten und konnte, da man auch an Reichshistoriker Theaterkarten abgab, auch nicht festgestellt werden. Mehr und mehr verstaubelte und verpöndelte man sich. Der Käse sagte über die trodne Jurisprudenz: Lohne wurde Oberbunze und fing an, ein Nachrichtenblättchen zu redigieren.

Zu seinem tiefen Schmerz mußte man es aber erleben, daß man hinter der „Volksbühne“ immer weiter zurückließ — man konnte schon bald nicht mehr von „Kassenscheinen“ reden. Und als selbst die Historische „Laienbühne“ nicht genügend Anziehungskraft bewies, also alle Konzeptionen an Nationalpatriotismus und Dilettantentum verjagten, sah man sich nach einer Stütze um, ähnlich wie sie die „Volksbühne“ am „Verband der deutschen Volksbühnenvereine“ besaß. Die fand man nach langen und unverständlichen Verhandlungen — es scheint sich niemand um die Bundesgenossenschaft der Historiker gerissen zu haben — am „Bühnenvolksbund“. Dieser Bühnenvolksbund ist ein Zwittr: er nennt sich „neutral“, gibt aber gleichzeitig vor „Theaterkunst in christlich-deutscher Volksgeist zu pflegen“. Dieser „christlich-deutsche Volksgeist“ ist ein höchst merkwürdiges Gemisch. Er war ursprünglich katholisch-kirchlich, aber nach Norddeutschland verpflanzt, hat er sich allmählich in einen antijememisch-völkischen Klügel vermanbelt. Von agrarischer und großindustrieller Seite ist diesem teutschen Gesangsverein von Anfang an lebhaftes, und nicht allein nationalisiertes, Interesse entgegengebracht worden: zwei Brüder Thijnen und die Firma Stinnes haben mitgemittelt, und der Keubaladel hat sich innerlich des „Bühnenvolksbunds“ als „Veldsaus-ich“ noch einmal extra zusammen, Herrschaften, denen der Münchener Lohne noch nicht einmal als Marmeladenkonditor genügt ist.

Trotz aller Begünstigung und Unterstützung hat sich die Dreißigtausendflange „Volksbühnenbund“ bisher nicht als lebenskräftig erwiesen. Von sechs Wanderbühnen, die mit viel Geißel angefüllt waren, kam eine überhaupt nicht zustande; eine zweite, die auf die Provinz Hannover losgelassen wurde, mußte nach einem halben Duhend elend besuchter Vorstellungen aufswandern, die dritte, schlechteste, verbrachte schon nach wenigen Wochen einer blamablen Spielzeit. Ebenfalls nach wenigen Wochen ging das „Dramatische Theater“ in Berlin, das bei der Übernahme schon nicht mehr lebensfähig war, in die Provinz; für die zweite Vorstellung hatte man ganze 79 Besucher auf die Beine gebracht! Das Volk fällt eben nicht mehr auf eine Spitze herein, die das Theater „von jüdischen Direktoren befreien“ will, gegen den „jüdisch-materialistischen Geist“ der Volksbühne und gegen ihre „jüdischen“ Herrschaften, denen der Münchener Lohne noch nicht einmal als Marmeladenkonditor genügt ist.



## Sieben Tote in einer Versammlung.

Aus Halle wird uns gemeldet: Am Freitagabend kam es in Halle zu einer folgenschweren Schießerei in einer von Kommunisten einberufenen Versammlung im „Volkspark“, die zur Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen sollte, und in der der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thälmann ebenfalls als Redner vorgesehen war. Die kommunistische Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger hatte bereits gesprochen und nach ihr nahmen ein Engländer und ein Franzose das Wort, ohne von der Polizei im Neben befindlich zu werden.

Die Polizei hatte mit dem kommunistischen Versammlungsleiter vereinbart, daß die Reden der Ausländer in deutscher Uebersetzung erst der Polizei vorgelegt werden sollten. Diese Vereinbarung war von dem in Frage kommenden Kommunisten durch seine Unterschrift anerkannt worden.

Als ein deutscher Kommunist mit der Uebersetzung der Reden beginnen wollte, stieg der Führer der zwei Hundertschaften Schutzpolizei, die vor dem Lokale Aufstellung genommen hatten, auf einen Tisch und verbot die Wiedergabe der Reden, weil sich die Versammlungsleitung nicht an die selbst eingegangene Vereinbarung gehalten habe. Der Tisch soll sofort umgeklippt worden sein, worauf der Polizeioberleutnant seine Schußwaffe zog und einen Schuß gegen die Decke abfeuerte.

Durch diesen Schuß entstand eine ungeheure Aufregung. Stühle und Biergläser wurden von der Galerie heruntergeworfen und aus der Menge der Versammlungsbesucher soll auch geschossen worden sein. Gleichzeitig drang die Polizei, alarmiert durch den Schuß des Oberleutnants, in den Saal und drang mit Gummiknüppeln und Schußwaffen auf die Menge ein, sie in ungeheure Panik versetzend. Die drei bis viertausend Versammlungsbesucher drängten mit aller Kraft nach dem Ausgang zu. Der Druck von den Galerien war so groß, daß die Treppengeländer abbrachen und die Menschenmassen einen Stoß nach auf die unten zusammengedrängten Leute fielen. Dadurch kamen sehr viele schwere Verletzungen zustande.

Der Vorgang ereignete sich gegen 10 Uhr abends. Bis jetzt sind sieben Tote und annähernd dreißig Schwerverletzte gezählt worden, die in verschiedenen Krankenhäusern untergebracht sind, in denen die ganze Nacht hindurch operiert wurde. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen. Die Polizei gibt die Zahl ihrer (leicht) Verletzten mit vier an.

Der anscheinend für die ganze Angelegenheit verantwortliche Polizeioberleutnant bekannte sich in einem Prozeß gegen das sozialdemokratische „Volkspost“, in dem er als Zeuge gegen die Sozialdemokraten aussagte, als Anhänger der Deutschnationalen.

Eine spätere Meldung lautet: Am Freitag abend um 8 Uhr begann eine kommunistische Wählerversammlung, in der der kommunistische Reichspräsidentenwahlkandidat Thälmann referieren sollte. Er war durch ein größeres Aufgebot sogenannter „Moter Frontkämpfer“ in geschlossenem Zuge vom Bahnhof abgeholt worden. Im „Volkspark“ waren circa viertausend Menschen anwesend, so daß zwei Säle von der Polizei abgeperrt werden mußten. Im obern Saale sprach die Abgeordnete Hedwig Krüger, im untern Thälmann. Die untere Versammlung verlief vollkommen ruhig. In der obern Versammlung kam es nach den Reden eines französischen und eines englischen Kommunisten zu Tumulten, als der diensttuende Polizeioffizier zur Auflösung der Versammlung schreiten wollte.

Eine Abteilung der Polizei drang in den Saal ein und die Polizei behauptet, sie sei dabei beschossen worden von Versammlungsteilnehmern. Tatsache ist, daß zwei Mauereinschläge vorhanden sind, die nicht von der Polizei verursacht worden sein können.

Gegen die von der Polizei besetzte Bühne stiegen Stühle und Biergläser. Ein Beamter erlitt eine klaffende Kopfwunde, einer mehrere Rippenbrüche und einer einen einfachen Rippenbruch. Ein regelrechtes Biergläsersturmfeuer soll auf die Beamten niedergegangen sein.

Auf der andern Seite muß festgestellt werden, daß der Befehl zum Feuer von dem Polizeioffizier gegeben worden

Wanderbühnen warnen, über Schnitzler als den „größten Volksbergsteiger“ herzieht und sogar — „Nathan den Weisen“ ablehnt! Diese Kulturhanswürste scheuen sich auch nicht, die „Volksbühne“ als „sozialdemokratische Parteiorganisation“ hinzustellen, trotzdem sie genau wissen müssen, daß Sozialdemokraten nirgends, auch in Berlin nicht, in der Mehrheit sind.

Wer wundert sich darüber, daß der Scherenschnitt- und Kleinstreiter-Medakteur in der Himmelreichstraße sich derselben Taktik bedienen und den Schwindel von der „sozialdemokratischen Volksbühne“ gepörschelt abdruckt? Obwohl in „Geschäftsführender Vorstand“ unter sieben Mitgliedern ganze zwei aus unserer Partei sitzen und unter dreizehn des Konjunkturausschusses nicht mehr als drei. Auf ein paar Lügen mehr oder weniger kommt es nicht an. Daß die Kritik der „Volksstimme“, eines Blattes, das für den „Wühlerbundes“ zur „Judenpresse“ zählt, ebenfalls mit Zweck beschnitten wird, ist für die mit dem „christlich-nationalen Hintergrund“ Ehrenfächer. Als Werkzeug dafür hat sich der Konjunkturausschuss in der „Volksstimme“ hergegeben, der als Verantwortlicher vom Konjunkturausschuss schon von vornherein ein Kritiker von zweifelhafter Objektivität ist. Auch sonst ein recht eigenwilliger Zeitgenosse. Im städtischen Orchester hat er eine gefährliche Rolle gespielt: nicht allein, daß er gegen Konzertmeister Kobin mit unsauberen Waffen seit Jahren ankämpft, hat er sich auch zum Helfershelfer von Wendroth hergegeben, der sein Vortrecht als Dirigent in Magdeburg zu üblen Intrigen mißbraucht hat — genau wie er gegen Furtwängler in Leipzig gewühlt hatte. Kurzum: der Widerstand des Orchesters gegen die jungen Dirigenten Dr. Luger und Volkmann, die Herrn Wendroth als Konkurrenten unangenehm waren, ist hauptsächlich von Skade gesteuert worden; ihm haben wir es mit zu verdanken, daß Otto Volkmann Magdeburg den Rücken gekehrt hat. Herr Skade rückt in seinem Klugblatt, auf das eingegangen ich mir nicht die Mühe nehme, plötzlich mit seinem Namen heraus und gesteht sich in der Märznummer des Wahrheitsfanalizers. Dieser Gelbesmut kommt reichlich spät. Als vor Monaten das erste Schmierblattchen herauskam, stand kein Name darunter, und als die vorgelegte Behörde den Konzertmeister zur Rechenschaft zog, leugnete er unter Verpöndung seines Ehrenworts die Autorität ab. Und wenn er jetzt mit einem von niemand unterzeichneten Vertrauensvotum des Orchesters anrückt, so fällt mir ein, daß er bei einem Redaktionsbesuche vor Jahren seinen Kollegen das Gegenteil von einem Vertrauensvotum ausgestellt hat. Und schließlich verschweigt er mit seiner kühnen und sicheren Gebärde, daß der Generalmusikdirektor ihm, als er auch seine Unterschrift einholen wollte, sagte, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Was ihm in noch wesentlich ungeraderer Form, vom Inhaber der Heinrichshoferschen Musikalienhandlung

Der Hefe-Bühnenbundesband fand den Skade, der er ihn nicht gefunden, war es schade!

ist und daß nachher ein planloses Schnellfeuerkleben auf die in wilder Angst flüchtende, dichtgeballte Menschenmenge abgegeben wurde. Die Massen drängten nach außen und versuchten, die Treppen zu gewinnen. Dabei brachen die Geländer und die Menschen stürzten teilweise zehn Meter tief ab.

Der Volksparksaal war zu einem Schlachtfeld umgewandelt. Hunderte von Stühlen wurden zerbrochen. Der Sachschaden ist ungeheuer groß. An vielen Stellen des Saales lagen noch am Morgen über quadratmetergroße Bluttischen. Die Stelle, wo ein Trommler des „Moter Frontkämpferbundes“ gesessen hatte, war in eine große Blutlache verwandelt, in der Fetzen des Gehirns schwammen. Drei der Verletzten waren auf der Stelle tot, zwei starben während der Einlieferung in das Krankenhaus und zwei kurze Zeit danach. Die Zahl der Verwundeten läßt sich nicht feststellen, weil viele von ihnen nach der ersten Hilfe durch ihre Freunde in die Wohnungen gingen, ohne sich zu melden.

Die Hauptschuld an dem entsetzlichen Geschehen trägt neben der kommunistischen Versammlungsleitung der diensttuende Oberleutnant der Schutzpolizei, ein ehemaliger Oberjäger, der durch schnelles Vortreten seine Qualifikation zum Offizier zu beweisen sucht. Aber auch die kommunistische Versammlungsleitung hat alles getan, um den Zusammenstoß nicht zu umgehen. Die aufgeregten Menschen wurden von ihr noch mehr aufgepeitscht, als es die Leitung der Polizei je fertiggebracht hätte, und so wurden beide Teile von der Versammlungsleitung regelrecht aufeinander losgelassen.

## Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das Leben Friedrich Eberts bietet das bisher glänzendste Beispiel für den Aufstieg eines Mannes aus den arbeitenden Massen zu höchsten Leistungen im Dienste der Allgemeinheit. Auf sein Vorbild dauernd hinzuweisen, die heranwachsende Generation zur Nachahmung anzuspornen, und besondere Begabungen aus der Jugend des arbeitenden Volkes zu fördern, ist der Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu ihrer Verwaltung wird ein Kuratorium errichtet, das die Statuten der Stiftung veröffentlicht wird.

### Quittung.

Bis jetzt sind folgende Beiträge beim Parteivorstand eingegangen: J. M., Frankfurt, 5 Mark; S., Klosterlausitz, 30 Mark; S. M., Frankfurt, 50 Mark; Trauerfeier Göttingen 107 Mark; G. A., Berlin, 10 Mark; Frau J., Frankfurt, 2 Mark; H. v. G. B., in J. 100 Mark; Bezirksvorstand Weidau, 50 Mark; S., Berlin, 100 Mark; P. V.-Bureau 1. Rate 160 Mark, 2. Rate 110 Mark; Gewerkschaftsverein München 1000 Mark; Dr. W. B., Frankfurt, 20 Mark; Parteivorstand 1000 Mark; Dr. J. B., Berlin, 10 Mark.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an das Postfachkonto Konrad Ludwig, Berlin, Nr. 155854 oder an das Bankkonto bei der Post für Arbeiter, Angehörige und Beamte L.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65, unter „Ebert-Spende“ oder direkt an „Ebert-Spende“ Konrad Ludwig, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Arbeitsplätze sind Betriebsanlagen.

Zu einer außerordentlich wichtigen Entscheidung kam das Dresdner Gewerbegericht. Bei einer Kürschnerfirma wurde Anfang Januar elf gewerbliche Arbeitern mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt. Es handelte sich in der Hauptsache um Pelznäherinnen, die bei der Firma nur den Raum und den Arbeitsplatz beanspruchten, also weder Maschinen noch sonstige technische Hilfsmittel. Nach den Bestimmungen der Verordnung über Betriebsanlegungen und Betriebsabbrüche sind die Inhaber von Gewerbebetrieben, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, verpflichtet, bei Entlassung von zehn Arbeitnehmern der Demobilisationsbehörde — jetzigem Gewerbeaufsichtsamte — Anzeige zu ermitteln, sofern durch die Entlassungen Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden. Vom Tage der Anzeigerstattung tritt dann eine vierwöchige Sperrfrist ein, das heißt die Arbeiter können erst nach 4 Wochen entlassen werden.

Die besagte Firma hat die Anzeige unterlassen, weil ihrer Meinung nach der Arbeitsplatz einer Handnähmaschine nicht mit zur Betriebsanlage gerechnet werden kann. Die Filiale Dresdens des Deutschen Metallarbeiterverbandes stand jedoch auf einem andern Standpunkt und erstattete von sich aus die Anzeige beim Gewerbeaufsichtsamte. Ein Beamter dieses Amtes nahm daraufhin Rücksprache mit der Firma und gab nach Augeninspektion des Betriebs sein Gutachten dahingehend ab, daß eine Benutzung von Betriebsanlagen im Sinne seiner Verordnung nicht vorliege und daß deshalb eine Anzeigepflicht nicht bestehe. Da im Sommer vorigen Jahres ein anderer Beamter in einem gleichen Fall und bei derselben Firma gerade im entgegengesetzten Sinn entschied, berief sich das Gewerbeaufsichtsamte nach einer Interpellation auf eine Dienstankündigung des jüdischen Arbeitsministeriums. Aus den Akten des Arbeitsministeriums, die bei der Gewerbegerichtsverhandlung vorlagen, ergab sich keine irrtümliche Dienstankündigung, sondern das Arbeitsministerium stellte die Definition des Begriffs „Betriebsanlage“ der Entscheidung des zuständigen Gerichts anheim.

Der Metallarbeiterverband legte im Namen von vier entlassenen Näherinnen gegen die Firma auf Nachzahlung von je 14 Tagen Lohn. Der Vertreter des Verbandes betonte, daß die Auffassung des Gewerbeaufsichtsamtes eine schwere Verachtelung der Arbeiter des Schneidergewerbes bedeute, aber ebenso der anderer Berufszweige, die ohne technische Hilfsmittel oder Maschinen in den Räumen des Unternehmers ihre Arbeit verrichten. Er verwies auf eine Abhandlung eines Dr. Auerwald, der über den Begriff „Betriebsanlage“ zu dem Ergebnis kam, daß jede Sache, die der unmittelbaren Wertproduktion diene, zur Betriebsanlage gerechnet werden muß. Der Inhaber der besagten Firma erklärte, daß für ihn die Ansicht des Gewerbeaufsichtsamtes maßgebend sei. Wäre der Standpunkt dieses Amtes entgegengekehrt gewesen, so hätte er sich geübt oder nur neun Arbeitnehmer entlassen, so daß also die Verordnung nicht berührt worden wäre.

Ein Vergleichsvorschlag des Gerichts scheiterte an der ablehnenden Haltung beider Parteien. Der Besagte bestimmt deshalb auf einer Entscheidung, weil er im Falle seiner Verurteilung gegen das Gewerbeaufsichtsamte Ersatzansprüche stelle. Nach längerer Beratung verurteilte das Gewerbegericht die besagte Firma im Sinne der Klage.

Diese Entscheidung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie zum erstenmal von einem Gericht gefällt wurde und eine große Anzahl von Berufsgruppen umfaßt, die bisher über die Auslegung des Begriffs „Betriebsanlage“ im unklaren und stets willkürlichen Ansätzen ausgelegt waren. In der Begründung heißt es u. a.:

Die Entscheidung hängt davon ab, wie die äußerst bestrittene Frage zu beantworten ist: Sollen Arbeitsplätze als Betriebsanlage im Sinne der Verordnung vom 8. 11. 1920 und 15. 10. 1923? Das Gericht, hat sich der von Auerwald und anscheinend auch vom Gewerbeaufsichtsamte Dresden ursprünglich vertretenen Ansicht angeschlossen, wonach jede Sache die der unmittelbaren Wertproduktion diene, als Betriebsanlage zu gelten hat. Danach gehört auch der Arbeitsplatz, an dem der Arbeiter im Dienste der Produktion tätig ist, zur Betriebsanlage. Da es weiter für das Gericht zweifellos ist, daß die Nichtbenutzung der Arbeitsplätze eines Teiles der gewerblichen Arbeitnehmer die Entlassung von mindestens zehn Arbeitnehmern zur Folge gehabt hat, so bestand für die Besagte die Verpflichtung, vor der Nichtbenutzung Anzeige an die Demobilisationsbehörde zu erstatten.

Die vorgenommenen Kündigungen der Näherinnen zum 16. Januar 1925 sind gemäß Absatz 5 von § 2 der Verordnung unwirksam. Die Näherinnen haben Anspruch auf noch 2 Wochen Lohn, da bei den der Verordnung unterliegenden Fällen eine Mindestkündigungsfrist von 4 Wochen erforderlich ist.

## Polens Niederlage.

In der am Freitag abgehaltenen öffentlichen Vormittags-Sitzung des Völkerbundrats begründete Benech nochmals die Haltung seiner Regierung, die an dem Protokoll unbedingt festhalten, da es gerade für die kleinen Völker die einzige Friedensgarantie bedeute.

In der Saarfrage wurde von Scialoja (Italien) folgender Ratsbeschluss bekanntgegeben: Das Mandat der fünf Regierungskommissionsmitglieder wird auf ein Jahr verlängert. Klauß bleibt als Präsident bestätigt bis zum 1. April 1925. Die Instruktionen des Rats für die Regierungskommission bleiben in Kraft. In allen anderen Fragen tritt keine Veränderung ein.

Am Freitag nachmittag befaßte sich der Völkerbundrat mit der polnisch-danziger Frage. Die Verhandlungen nahmen jedoch nicht den allgemein erwarteten sensationellen Verlauf. Auf Antrag des Berichterstatters de Leon (Spanien) wurde ein endgültiger Beschluß über die Streitfrage auf die nächste Sitzung im Juni verschoben.

Dieser Ausgang der Besprechungen bedeutet zweifellos einen Mißerfolg der polnischen Versuche, das gesamte polnische Problem in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzuarbeiten und eine Auslegung des Friedensvertrags durchzuführen, die praktisch eine ernsthafte Bedrohung der Unabhängigkeit Danzigs bedeuten würde. Die Engländer ließen z. B. keinerlei Zweifel darüber, daß lediglich der Wortlaut der bestehenden Verträge zur Regelung der Streitfragen maßgebend sein kann und jeder Versuch einer Umdeutung der Verträge entschieden zurückzuweisen sei. Bezeichnend ist ferner, daß der englische Oberkommissar Macdonald, dessen Abberufung Polen gefordert hat, wieder in seinem Amte bestätigt wurde.

Im Danziger Briefkastenstreit ist die Entscheidung ähnlich ausgefallen. Der Berichterstatter stellte ausdrücklich fest, daß Polen unkorrekt gehandelt habe, indem es Briefkasten anbringen ließ, ohne vorher den Oberkommissar zu verständigen. Die ganze Angelegenheit wurde von dem Rats schlichtlich an den internationalen Gerichtshof zur endgültigen Entscheidung überwiesen.

## Notizen.

Wenn Reaktiväre regieren. Die schwarzweißrote Braun-schweigische Regierung hat dem Landtag ihren Haushaltsplan für 1925 vorgelegt, der mit 4,3 Millionen Mark Beschleibetrag abschließt. Die Regierung betont, daß die Finanzen zu ersten Sorgen Anlaß geben, plant aber trotzdem, die Landwirtschaft aus der Gewerbesteuer herauszunehmen. Der deutsch-nationale Finanzminister ist natürlich ein Rittergutsbesitzer. Was er den Agrariern schenkt, soll an den Volksschulen gespart werden. Der Etat wird dem stärksten Widerspruch der Sozialdemokratie begegnen.

Der neueste Korruptionsauschuss. Die Sozialdemokraten beantragen im Preussischen Landtag, einen neuen Untersuchungsausschuss, der die Kredite der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) an die Firma Paul Schmidt u. Co. prüfen soll. Insbesondere soll festgestellt werden, welche politischen Einflüsse zur Kreditgewährung beigetragen haben und wer auf die Zurückzahlung des Kredits zu dem gegebenen Termin oder überhaupt zu einem Teil verzichtet.

Sinter verschlossenen Türen. Im Hochverratsprozeß gegen die oberpreussischen Kommunisten vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit bis auf weiteres ausgeschlossen.

Oberkommunistischer Irrewahn. Im Württembergischen Kommunistenprozeß wurde am Freitag nach zweitägiger Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig das Urteil gefällt. Das Gericht ging erheblich über den Strafanzug der Reichsanwaltschaft hinaus und verurteilte die Angeklagten wegen Sprengstoffverbrechens und wegen unerlaubten Waffenbesitzes, und zwar den Maurer Reinhold Lische, den Zimmermann Karl Lische und den Bankkassier Luz zu je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, den Mauermeister David Lische und den Mechaniker Wilhelm Neuffer zu je ein Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, den Strider Koch und den Hilfsarbeiter Boehler zu je ein Jahr drei Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, den Weber Gad und den Tagelöhner Holzwarth zu je neun Monate Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. Allen Angeklagten werden drei bis neun Monate und die Geldstrafe auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Metallarbeiterfreizug in der Lombardie. In Brescia befindet sich die Metallarbeiter schon seit einigen Tagen in einem Lockereiz, der bisher ohne politische Bedeutung war. Die Leitung lag in den Händen faschistischer Gewerkschaften. Seit Donnerstag morgen haben nun die freien Gewerkschaften den allgemeinen Metallarbeiterfreizug für die ganze Lombardie erklärt.

Ergebnis der ägyptischen Kammerwahlen. Die ägyptischen Kammerwahlen sind gegen Zaghlul-Pascha ausgefallen. Die Zaghlul-Partei, die jede Art englischer Mitbestimmung in Ägypten verwirft, hat nur 101 Sitze erhalten. Die andern drei Parteien erhalften 191 Sitze. Zwölf Ergebnisse fanden am Freitag abend noch aus. Zaghlul-Pascha kündigt scharfe Opposition gegen die Regierung an.

## Depeschen.

### Gesetzung der deutschen Industrie.

25. London, 14. März. Der Sonderberichterstatter der „Morning Post“ aus der Leipziger Messe schreibt, die deutsche Industrie schreite rasch ihrer Genesung entgegen und bereite sich auf eine große Ausbehnung vor.

### Explosion.

25. Ganne (Kreis Osterburg), 14. März. Beim Auseinanderbrechen von Baumwurzeln war ein Schuß nicht abgeheert. Infolgedessen kamen die Arbeiter anzu sagen. Der Schuß ging nicht los und verletzte zwei Arbeiter erheblich.







# Sieben Tote in einer Versammlung.

Aus Halle wird uns gemeldet: Am Freitag abend kam es in Halle zu einer folgenschweren Schießerei in einer von den Kommunisten einberufenen Versammlung im „Volkspark“, die zur Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen sollte, und in der der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thälmann ebenfalls als Redner vorgesehen war. Die kommunistische Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger hatte bereits gesprochen und nach ihr nahmen ein Engländer und ein Franzose das Wort, ohne von der Polizei im Reden behindert zu werden.

Die Polizei hatte mit dem kommunistischen Versammlungsleiter vereinbart, daß die Reden der Ausländer in deutscher Uebersetzung erst der Polizei vorgelegt werden sollten. Diese Vereinbarung war von dem in Frage kommenden Kommunisten durch seine Unterschrift anerkannt worden.

Als ein deutscher Kommunist mit der Uebersetzung der Reden beginnen wollte, stieg der Führer der zwei Hundertschaften Schutzpolizei, die vor dem Lokale Aufstellung genommen hatten, auf einen Tisch und verbot die Wiedergabe der Reden, weil sich die Versammlungsleitung nicht an die selbst eingegangene Vereinbarung gehalten habe. Der Tisch soll sofort umgekippt worden sein, worauf der Polizeioberleutnant seine Schußwaffe zog und einen Schuß gegen die Decke abfeuerte.

Durch diesen Schuß entstand eine ungeheure Aufregung. Stühle und Biergläser wurden von der Galerie heruntergeworfen und aus der Menge der Versammlungsbesucher soll auch geschossen worden sein. Gleichzeitig drang die Polizei, alarmiert durch den Schuß des Oberleutnants, in den Saal und drang mit Gummistöcken und Schußwaffen auf die Menge ein, sie in ungeheure Panik versetzend. Die drei bis vierhundert Versammlungsbesucher drängten mit aller Kraft nach dem Ausgang zu. Der Druck von den Galerien war so groß, daß die Treppengeländer abbrachen und die Menschenmassen einen Stoß nach auf die unten zusammengebrängten Leute fielen. Dadurch kamen sehr viele schwere Verletzungen zustande.

Der Vorgang ereignete sich gegen 10 Uhr abends. Bis jetzt sind sieben Tote und annähernd dreißig Schwerverletzte gezählt worden, die in verschiedenen Krankenhäusern untergebracht sind, in denen die ganze Nacht hindurch operiert wurde. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen. Die Polizei gibt die Zahl ihrer (leicht) Verletzten mit vier an.

Der anscheinend für die ganze Angelegenheit verantwortliche Polizeioberleutnant bekannte sich in einem Prozeß gegen das sozialdemokratische „Volkblatt“, in dem er als Zeuge gegen die Sozialdemokraten aussagte, als Anhänger der Deutschnationalen.

Eine spätere Meldung lautet: Am Freitag abend um 8 Uhr begann eine kommunistische Wählerversammlung, in der der kommunistische Reichspräsidentenwahlkandidat Thälmann referieren sollte. Er war durch ein größeres Aufgebot sogenannter „Noter Frontkämpfer“ in geschlossenem Zuge vom Bahnhof abgeholt worden. Im „Volkspark“ waren circa viertausend Menschen anwesend, so daß zwei Säle von der Polizei abgeperrt werden mußten. Im obern Saale sprach die Abgeordnete Hedwig Krüger, im untern Thälmann. Die untere Versammlung verlief vollkommen ruhig. In der obern Versammlung kam es nach den Reden eines französischen und eines englischen Kommunisten zu Tumulten, als der diensttuende Polizeioffizier zur Auflösung der Versammlung schreiten wollte.

Eine Abteilung der Polizei drang in den Saal ein und die Polizei behauptet, sie sei dabei beschossen worden von Versammlungsteilnehmern. Tatsache ist, daß zwei Mauereinschläge vorhanden sind, die nicht von der Polizei verursacht worden sein können.

Gegen die von der Polizei befohlene Bühne stiegen Stühle und Biergläser. Ein Beamter erlitt eine klaffende Kopfwunde, einer mehrere Rippenbrüche und einer einen einfachen Rippenbruch. Ein regelrechtes Bierglaskanonenfeuer soll auf die Beamten niedergegangen sein.

Auf der andern Seite muß festgestellt werden, daß der Befehl zum Feuer von dem Polizeioffizier gegeben worden

ist und daß nachher ein planloses Schmelzfeuer auf die in wilder Angst flüchtende, dichtgeballte Menschenmenge abgegeben wurde. Die Massen drängten nach außen und versuchten, die Treppen zu gewinnen. Dabei brachen die Geländer und die Menschen stürzten teilweise zehn Meter tief ab.

Der Volksparksaal war zu einem Schlachtfeld umgewandelt. Hunderte von Stühlen wurden zerbrochen. Der Sachschaden ist ungeheuer groß. In vielen Stellen des Saales lagen noch am Morgen über quadratmetergroße Blutlachen. Die Stelle, wo ein Trommler des „Noten Frontkämpferbundes“ gefallen hatte, war in eine große Blutlache verwandelt, in der Felsen des Gehirns schwammen. Drei der Verletzten waren auf der Stelle tot, zwei starben während der Entlieferung in das Krankenhaus und zwei kurze Zeit danach. Die Zahl der Verwundeten läßt sich nicht feststellen, weil viele von ihnen nach der ersten Hilfe durch ihre Freunde in die Wohnungen gingen, ohne sich zu melden.

Die Hauptschuld an dem entsetzlichen Geschehen trägt neben der kommunistischen Versammlungsleitung der diensttuende Oberleutnant der Schutzpolizei, ein ehemaliger Oberjäger, der durch schnelles Vortreten seine Qualifikation zum Offizier zu beweisen sucht. Aber auch die kommunistische Versammlungsleitung hat alles getan, um den Zusammenstoß nicht zu umgehen. Die aufgeregten Menschen wurden von ihr noch mehr aufgepeitscht, als es die Leitung der Polizei je fertiggebracht hätte, und so wurden beide Teile von der Versammlungsleitung regelrecht aufeinander losgelassen.

# Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das Leben Friedrich Eberts bietet das bisher glanzvollste Beispiel für den Aufstieg eines Mannes aus den arbeitenden Massen zu höchsten Leistungen im Dienste der Allgemeinheit. Auf sein Vorbild dauernd hinzuweisen, die heranwachsende Generation zur Nachahmung anzuspornen, und besondere Begabungen aus der Jugend des arbeitenden Volkes zu fördern, ist der Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu ihrer Verwaltung wird ein Kuratorium errichtet, das die Statuten der Stiftung veröffentlichen wird.

# Quittung.

Bis jetzt sind folgende Beträge beim Parteivorstand eingegangen: H. N., Frankfurt, 5 Mark; H., Klosterlausnitz, 20 Mark; S. N., Frankfurt, 50 Mark; Trauerfeier Göttingen 107 Mark; G. S., Berlin, 10 Mark; Frau S., Frankfurt, 2 Mark; H. u. G. S. in Z. 100 Mark; Bezirksvorstand Weidau 20 Mark; E., Berlin, 100 Mark; P. W.-Bureau 1. Rate 160 Mark, 2. Rate 110 Mark; Gewerkschaftsverein München 1000 Mark; Dr. W. B., Frankfurt, 20 Mark; Parteivorstand 1000 Mark; Dr. J. B., Berlin, 10 Mark.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an das Postfachkonto Konrad Ludwig, Berlin, Nr. 1588 54 oder an das Postkonto bei der Post für Arbeiter, Angehörige und Beamte L.-G., Berlin S 14, Waldstraße 65, unter „Ebert-Spende“ oder direkt an „Ebert-Spende“ Konrad Ludwig, Berlin SW 68; Lindenstraße 3.

# Arbeitsplätze sind Betriebsanlagen.

Zu einer außerordentlich wichtigen Entscheidung kam das Dresdner Gewerbegericht. Bei einer Kürschnerfirma wurde Anfang Januar elf gewerblichen Arbeitern mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt. Es handelte sich in der Hauptsache um Belgierinnen, die bei der Firma nur den Raum und den Arbeitsplatz beanspruchten, also weder Maschinen noch sonstige technische Hilfsmittel. Nach den Bestimmungen der Verordnung über Betriebsabbrüche sind die Inhaber von Gewerbebetrieben, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, verpflichtet, bei Entlassung von zehn Arbeitnehmern der Demobilisationsbehörde — jetzigem Gewerbeaufsichtsammt — Anzeige zu erstaten, sofern durch die Entlassungen Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden. Vom Tage der Angebermittlung tritt dann eine vierwöchige Sperrfrist ein, das heißt die Arbeiter können erst nach 4 Wochen entlassen werden.

Die beklagte Firma hat die Anzeige unterlassen, weil ihrer Meinung nach der Arbeitsplatz einer Handwerkerin nicht mit zur Betriebsanlage gerechnet werden kann. Die Justiz des Dresdener Deutschen Gewerbearbeiterverbandes stand jedoch auf einem andern Standpunkt und erlachte von sich aus die Anzeige beim Gewerbeaufsichtsammt. Ein Beamter dieses Amtes nahm daraufhin Rücksprache mit der Firma und gab nach Augenscheinnahme des Betriebs sein Gutachten dahingehend ab, daß eine Veranlagung von Betriebsanlagen im Sinne seiner Verordnung nicht vorliege und daß deshalb eine Anzeigepflicht nicht bestehe. Da im Sommer vorigen Jahres ein anderer Beamter in einem gleichen Fall und bei derselben Firma gerade im entgegengesetzten Sinn entschieden, bezog sich das Gewerbeaufsichtsammt nach einer Interpellation auf eine Demotivierung des sachlichen Arbeitsministeriums. Aus den Akten des Arbeitsministeriums, die bei der Gewerbegerichtsverhandlung vorlagen, ergab sich keine schriftliche Dienstamtsweisung, sondern das Arbeitsministerium stellte die Definierung des Begriffs „Betriebsanlage“ der Entscheidung des zuständigen Gerichts anheim.

Der Vorklagersverband hatte im Namen von vier entlassenen Arbeiterinnen die Firma auf Rückzahlung von je 14 Tagen Lohn. Der Vertreter des Verbandes betonte, daß die Auffassung des Gewerbeaufsichtsamts eine schwere Vernechtung der Arbeiter des Schneidergewerbes bedeute, aber ebenso der anderer Berufsstände, die ohne technische Hilfsmittel oder Maschinen in den Räumen des Unternehmers ihre Arbeit verrichten. Er verwies auf eine Abhandlung eines Dr. Uerswald, der über den Begriff „Betriebsanlage“ zu dem Ergebnis kam, daß jede Sache, die der unmittelbaren Wertproduktion diene, zur Betriebsanlage gerechnet werden muß. Der Inhaber der beklagten Firma erklärte, daß für ihn die Ansicht des Gewerbeaufsichtsamts maßgebend sei. Wäre der Standpunkt dieses Amtes entgegengekehrt gewesen, so hätte er sich gefügt oder nur neun Arbeitnehmer entlassen, so daß also die Verordnung nicht berührt worden wäre.

Ein Vergleichsvorschlag des Gerichts scheiterte an der ablehnenden Haltung beider Parteien. Der Beklagte bestand deshalb auf einer Entscheidung, weil er im Falle seiner Verurteilung gegen das Gewerbeaufsichtsammt Ersatzaufträge stelle. Nach längerer Beratung verurteilte das Gewerbegericht die beklagte Firma im Sinne der Klage.

Diese Entscheidung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie zum erstenmal von einem Gericht gefällt wurde und eine große Anzahl von Berufsgruppen umfaßt, die bisher über die Auslegung des Begriffs „Betriebsanlage“ im unklaren und stets widersprüchlichen Ansichten ausgelegt waren. In der Begründung heißt es u. a.:

Die Entscheidung hängt davon ab, wie die äußerst bestrittene Frage zu beantworten ist: Gelten Arbeitsplätze als Betriebsanlagen im Sinne der Verordnung vom 8. 11. 1920 und 15. 10. 1923? Das Gericht hat sich der von Uerswald und anscheinend auch vom Gewerbeaufsichtsammt Dresden ursprünglich vertretenen Ansicht angeschlossen, wonach jede Sache die der unmittelbaren Wertproduktion diene, als Betriebsanlage zu gelten hat. Danach gehört auch der Arbeitsplatz, an dem der Arbeiter im Dienste der Produktion tätig ist, zur Betriebsanlage. Da es weiter für das Gericht zweifellos ist, daß die Nichtbenutzung der Arbeitsplätze eines Teiles der gewerblichen Arbeitnehmer die Entlassung von mindestens zehn Arbeitnehmern zur Folge gehabt hat, so bestand für die Beklagte die Verpflichtung, vor der Nichtbenutzung Anzeige an die Demobilisationsbehörde zu erstatten.

Die vorgenommene Kündigung der Arbeiterinnen zum 16. Januar 1925 sind gemäß Absatz 3 von § 3 der Verordnung unwirksam. Die Arbeiterinnen haben Anspruch auf noch 2 Wochen Lohn, da bei den der Verordnung unterliegenden Fällen eine Mindestkündigungsfrist von 4 Wochen erforderlich ist.

# Polens Niederlage.

In der am Freitag abgehaltenen öffentlichen Vormittags-Sitzung des Völkerbundesrats begründete Beneš nochmals die Haltung seiner Regierung, die an dem Protokoll unbedingt festhalte, da es gerade für die kleinen Völker die einzige Friedensgarantie bedeute.

In der Saarfrage wurde von Scialoja (Italien) folgender Ratsbeschluss bekanntgegeben: Das Mandat der fünf Regierungskommissionsmitglieder wird auf ein Jahr verlängert. Rault bleibt als Präsident bestätigt bis zum 1. April 1925. Die Instruktionen des Rats für die Regierungskommission bleiben in Kraft. In allen andern Fragen tritt keine Veränderung ein.

Am Freitag nachmittag besaßte sich der Völkerbundesrat mit der polnisch-danziger Frage. Die Verhandlungen nahmen jedoch nicht den allgemein erwarteten sensationellen Verlauf. Auf Antrag des Berichterstatters de Leon (Spanien) wurde ein endgültiger Beschluß über die Streiffrage auf die nächste Sitzung im Juni verschoben.

Dieser Ausgang der Besprechungen bedeutet zweifellos einen Mißerfolg der polnischen Versuche, das gesamte polnische Problem in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzurollen und eine Inauguration des Friedensvertrages durchzuführen, die praktisch eine ernsthaftige Bedrohung der Unabhängigkeit Danzigs bedeuten würde. Die Engländer ließen J. A. keinerlei Zweifel darüber, daß lediglich der Wortlaut der bestehenden Verträge zur Regelung der Streitfragen maßgebend sein kann und jeder Versuch einer Umdeutung der Verträge entschieden zurückzuweisen sei. Bezeichnend ist ferner, daß der englische Oberkommissar Macdonald, dessen Abberufung Polen gefordert hat, wieder in seinem Amte bestätigt wurde.

Im Danziger Briefkastenstreit ist die Entscheidung ähnlich ausgefallen. Der Berichterstatter stellte ausdrücklich fest, daß Polen unkorrekt gehandelt habe, indem es Briefkasten anbringen ließ, ohne vorher den Oberkommissar zu verständigen. Die ganze Angelegenheit wurde von dem Ratspräsidenten an den internationalen Gerichtshof zur endgültigen Entscheidung überwiesen.

# Notizen.

Wenn Reaktionsäre regieren. Die schwarzweiße braunschweigische Regierung hat dem Landtag ihren Haushaltsetat für 1925 vorgelegt, der mit 4,8 Millionen Mark Schlichtbetrag abschließt. Die Regierung betont, daß die Finanzen zu ernstlichen Sorgen Anlaß geben, plant aber trotzdem, die Landwirtschaft aus dem Gewerbesteuer herauszunehmen. Der deutschnationale Finanzminister ist natürlich ein Rittersgutbesitzer. Was er den Ignoranten schenkt, soll an den Volksschulen gespart werden. Der Etat wird dem schärfsten Widerspruch der Sozialdemokratie begegnen.

Der neueste Korruptionsausfluß. Die Sozialdemokraten beantragen im Preussischen Landtag, einen neuen Untersuchungs-ausschuß, der die Kredite der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) an die Firma Paul Schmidt u. Co. prüfen soll. Insbesondere soll festgestellt werden, welche politischen Einflüsse zur Kreditgewährung beigetragen haben und wer auf die Zurückzahlung des Kredits zu dem gegebenen Termin oder überhaupt zu einem Teil verzichtet.

Hinter verschlossenen Türen. Im Hochverratsprozeß gegen die oberösterreichischen Kommunisten vor dem Vierten Straffenrat des Reichsgerichts in Leipzig wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit bis auf weiteres ausgeschlossen.

Opfer kommunistischen Jermwahn. Im Würtembergischen Kommunistenprozeß wurde am Freitag nach zweitägiger Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig das Urteil gefällt. Das Gericht ging erheblich über den Strafmaßstab der Reichsanwaltschaft hinaus und verurteilte die Angeklagten wegen Sprengstoffverbrechens und wegen unerlaubten Waffenbesitzes, und zwar den Mannen Reinhold Nische, den Rummern Karl Nische und den Bauhilfslieferer Bus zu je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, den Maurermeister David Nische und den Mechaniker Wilhelm Reuffer zu je ein Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, den Stricker Koch und den Hilfsarbeiter Woelher zu je ein Jahr drei Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, den Weber Gad und den Tagelöhner Holzwarth zu je neun Monate Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. Allen Angeklagten werden drei bis neun Monate und die Geldstrafe auf die erstinstanzliche Untersuchungshaft angerechnet.

Metallarbeiterstreik in der Lombardi. In Brescia befindet sich die Metallarbeiter schon seit einigen Tagen in einem Lohnstreik, der bisher ohne politische Bedeutung war. Die Leitung lag in den Händen faschistischer Gewerkschaften. Seit Donnerstag morgen haben nun die freien Gewerkschaften den allgemeinen Metallarbeiterstreik für die ganze Lombardi erklärt.

Ergebnis der ägyptischen Kammerwahlen. Die ägyptischen Kammerwahlen sind wegen Jaghul-Pascha ausgefallen. Die Jaghul-Partei, die jede Art englischer Mitbestimmung in Ägypten verwirft, hat nur 101 Sitze erhalten. Die andern drei Parteien erlitten 191 Sitze. zwölf Ergebnisse standen am Freitag abend noch aus. Jaghul-Pascha kündigt scharfe Opposition gegen die Regierung an.

# Devisen.

Genehmigung der deutschen Industrie. London, 14. März. Der Sonderberichterstatter bez „Morning Post“ aus der Leipziger Messe schreibt, die deutsche Industrie schreite rasch ihrer Genehmigung entgegen und bereits sich auf eine große Ausdehnung vor.

# Explosion.

St. Sanne (Kreis Osterburg), 14. März. Beim Auseinandergehen von Baumwurzeln war ein Schuß nicht abgefeuert. Infolgedessen fingen die Arbeiter an zu sagen. Der Schuß

Wanderbühnen warnt, über Schnitzler als den „größten Volksvergifter“ berzieht und sogar — Nathan den Weisen“ abheilt! Diese Kulturhanswürste scheuen sich auch nicht, die „Volksbühne“ als „sozialdemokratische Parteiorganisation“ hinzustellen, trotzdem sie genau wissen müssen, daß Sozialdemokraten nirgends, auch in Berlin nicht, in der Mehrheit sind.

Wer wundert sich darüber, daß der Scherens- und Klempner-Medakteur in der Himmelreichstraße sich derselben Taktik bedient und den Schminke von der „sozialdemokratischen Volksbühne“ gehoriam abdruckt? Obwohl in „Geschäftsführenden Vorstand“ unter sieben Mitgliedern ganze zwei aus unserer Partei sind und unter dreizehn des Kunstauschusses nicht mehr als drei. Auf ein paar Dogen mehr oder weniger kommt es nicht an. Daß die Kritik der „Volkstimme“, eines Blattes, das für den „Bühnenvolksbund“ zur „Judenpresse“ zählt, ebenfalls mit drei beschaffen wird, ist für die mit dem „christlich-nationalen Hintergrund“ Ohrensache. Als Werkzeug dafür hat sich der Konzerte-meister Kade vom städtischen Orchester hergegeben, der als Veranjalter von Kammermusikabenden schon von vornherein ein Kritiker von zweifelhafter Objektivität ist. Auch sonst ein recht eigenartlicher Zeitgenosse. Im städtischen Orchester hat er eine gefährliche Rolle gespielt: nicht allein, daß er gegen Konzertmeister Sobin mit unfauberen Waffen seit Jahren ankämpft, hat er sich auch zum Dirigenten Abendroth hergegeben, der sein Saitenspiel als Herrscher in Magdeburg zu üblen Intrigen mißbraucht hat — genau wie er gegen Jurmwangler in Leipzig gehandelt hatte. Kurzum: der Widerstand des Orchesters gegen die jungen Dirigenten Dr. Unger und Volkmann, die Herrn Abendroth als Konkurrenten unangenehm waren, ist hauptsächlich von Kade geschürt worden; ihm haben wir es mit zu verbanken, daß Otto Volkmann Magdeburg den Rücken gestützt hat. Herr Kade rückt in seinem Flugblatt, auf das eingegangen ich mir nicht die Mühe nehme, plötzlich mit seinem Namen heraus und gesteht sich in der Märtyrerrolle des Wahrheitsfanatikers. Dieser Geldverdiener kommt reichlich spät. Als vor Monaten das erste Schminkeblattchen herauskam, stand kein Name darunter, und als die vorgesetzte Behörde den Konzertmeister zur Rechenschaft zog, leugnete er unter Verpändung seines Ehrenworts die Autorität ab. Und wenn er jetzt mit einem von niemand unterzeichneten Verlautbarung des Orchesters anruft, so fällt mir ein, daß er bei einem Redaktionsbesuche vor Jahren seinen Kollegen das Gegenteil von einem Vertrauensbrotum ausgestellt hat. Und schließlich verschweigt er mit seiner kühnen und sicheren Gebärde ganz, daß der Generalmusikdirektor ihm, als er auch seine Unterschrift einholen wollte, zeigte, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Was ihm, in noch wesentlich ungarterer Form, vom Inhaber der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung vorgelesen ist.

Der Kade-Bühnenvolksbund fand den Kade, Kade er ist nicht gefunden, war es schade!



Und wieder  
sind grosse Mengen  
**GARDINEN**  
nein hereingekommen!  
Grosse Posten davon gelangen  
wieder billig  
zum Verkauf!

Große Posten Künstler-Gardinen	nur beste Fabrikate Garnitur Mk. 18 — 15.— 13.50 11.— 9.50 7.50 6.— 4.90	3.60
Große Posten Madras-Gardinen	garantiert echtfarbig Garnitur Mk. 20.— 18.— 15.50 12.— 9.90 8.50 7.50	6.90
Große Posten Halbstores	Engl. Tüll und Etamine, mit Einsätzen Stück Mk. 17.50 15.— 12.50 9.— 7.50 6.75 4.90 3.90	2.25
Große Posten Bettdecken	über 2 Betten Mk. 22.— 20.50 18.— 16.— 14.50 12.—	9.50
Gardinen vom Stück, in reicher Auswahl	Meter 90. 65	50 Pf.
Schleiergardinen moderne Muster	Meter 1.25	Mk. 95 70 Pf.
Etamine glatt und kariert, 150 cm breit	Meter 1.30 1.25	Mk. 85 Pf.
Gardinen-Mull 115 u. 125 cm breit, gemustert	Meter Mk. 2.25 1.90	1.40
Rollostoff glatt und gemustert, elfenbein, gold, weiß, 80 cm breit	Meter 1.80 1.10	Mk. 85 Pf.
Chaiselongue-Decken Phantasie- u. Gobelingewebe	Mk. 18.50 13.50	9.50
Chaiselongue-Decken Moquette und Mohär	Mk. 51.— 45.—	38.—
Leinen imitiert gestreift in verschiedenen Farben, 130 cm breit	Meter Mk. 3.50 2.70	1.90
Panama für moderne Dekorationen, in verschiedenen Farben 120 cm breit	Meter Mk.	3.50
Madrasstoffe hell- und schwarzgründig, 130 cm breit	Meter Mk. 5.50 4.50 3.80	3.25
Dekorationsstoffe bedruckt und gewebt, 130 cm breit	Meter Mk. 6.— 4.50 3.50	2.20
Gobelinstoffe in schönen Zeichnungen 130 cm breit	Meter Mk. 10.50 9.— 6.50	5.90
Steppdecken doppelseitig guter Satin, Halbwohlfüllung, Handarbeit	Mk.	22.—
Steppdecken doppelseitig vorzüglicher Satin, Halbwohlfüllung, Handarbeit	Mk.	29.—

## Einmalige Angebote!

Ein Posten Gardinen-Muster zum Anschauen Stück 50 Pf.  
Ein Posten Gardinen-Schals zum Anschauen Stück Mk. 2.50

Ein Posten Gardinen-Mull mit kleinen Fehlern, fast all die Hälfte des Preise.  
Ein Posten Bettstellen teils leicht beschädigt, enorm billig!

## Deutsche Teppiche außergewöhnlich billig

nur erstklassige, bewährte Fabrikate, moderne Muster wie farbenprächtige Perser-Nachbildungen, für Wohn-, Speise- und Herrenzimmer.

**Dieckhoff & Sohn**



Der Stahlhelmkandal von Striegau.

Schon aus den gedrängten Berichten, die wir aus Naumburg nur geben konnten, war zu ersehen, daß der Blutsonntag in Striegau voll auf das Konto des „Stahlhelms“ kommt. Mit jedem Verhandlungstage wird es unverständlicher, wie Reichsbannerleute, und nicht die Kadaverbrüder des „Stahlhelms“ auf der Anklagebank sitzen müssen.

Und wie die Anklage aufgebaut ist, welche Sorte Verlastungszeugen der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehen: Bei der Vernehmung des Angeklagten Pusch ergab sich, daß die gegen ihn erhobene Beschuldigung von einem gewissen Kleinert stammt, dem er selbst wegen Unzuverlässigkeit die Stellung kündigen mußte und der einmal wegen eines Raubzugs nach Mettkau und weiterer nächtlicher Heberfälle, Straftaten gegen Rechtsorganisationen schwere Strafen erhalten hatte, unter anderem mehrere Jahre Zuchthaus. Dieser Kleinert steht, wie Reichsbannerleute, der sich zeitweise sehr links gebärdete, ist selbstverständlich inzwischen schon längst beim „Stahlhelm“ gelandet!

Dann der Striegauer Polizeieinspektor Lehmann, der seiner vorgelegten Behörde bereits in einem Disziplinarverfahren Rechenschaft über die Striegauer Vorgänge ablegen mußte. In diesem Verfahren wurde er freigesprochen, doch ist Revision eingelegt. Ob er am Sonntagabend mit Stahlhelmlenkern am Tisch geessen und getrunken hätte, wisse er nicht mehr. Er habe aber auch mit einem andern Polizeibeamten im Café geessen und Bier getrunken. Ferner habe er von einem dritten Beamten gehört, daß dieser unter den Stahlhelmlenkern einen alten Schulfreund getroffen habe, und mit diesem beim Beschlommers am Sonntagabend zusammengefallen. Das war die Polizei, die die Bevölkerung vor den wildgemachten Stahlhelmlenkern schützen sollte.

Und dann der Staatsanwalt! Als er den Polizeieinspektor nach der allgemeinen Stimmung und dem sonstigen Verhalten des Publikums fragt, kommt es zu einer erregten Szene. Der aufgeregte Staatsanwalt beginnt nämlich eine lange Rede zu halten. Die Striegauer seien immer schon sehr gewalttätig gewesen. Einmal hätten sie einen Bürgermeister verjagt, ein andermal einen Gemeinderat geprügelt usw. Daraufhin greift Reichsbanneradvokat Sandmann ein und erhebt namens der Verteidigung scharfen Protest gegen das Vorgehen des Staatsanwalts. Wenn dieser irgendwelche Ausführungen über das Striegauer Volksleben machen wolle, so

solle er sich gefälligst als Zeuge melden.

Aber beim Staatsanwalt sei dieses Verhalten unzulässig. Um zu beweisen, daß Stahlhelmlenke fast immer mit Ausschreitungen gegen Andersgeinnte verbunden sind, und schwere Gewalttätigkeiten gegen Leben und Eigentum von Republikanern auf solchen Tagen verübt wurden, beantragt die Verteidigung als Zeugen zu laden:

1. Den Amtsvorsteher Hoffmann aus Schönan bei Osterwieh. Dieser wird bekunden, daß die Vereinigten Vaterländischen Verbände anlässlich eines Umzugs den auf Einhaltung der gestellten Bedingungen drängenden

Umtsversteher verprügelten,

das Wirtshaus stürmten und mehrere Republikaner verletzten.

2. Ministerialdirektor Bill, Weimar. Dieser wird bekunden, daß anlässlich des nationalsozialistischen Parteitagsglieder der Vereinigten Vaterländischen Verbände des Weimarer Volkshauses stürmten, mehrere Leute durch Schutzmassen verletzten und schwere Sachschäden anrichteten.

3. Polizeipräsident Runge, Halle. Dieser wird bekunden, daß beim Stahlhelmtag in Halle die auferlegten Bedingungen nicht innegehalten wurden und es infolge des Heberführers dieser Bedingungen zu schweren Zusammenstößen kam.

4. Regierungsrat Dr. Wenzel, Magdeburg. Dieser wird bekunden, daß anlässlich des vorletzten Stahlhelmtags in Magdeburg der Stahlhelm die auferlegten Bedingungen nicht innehielt, daß sie mehrere ausdrücklich unterlegte Umzüge machten, weiter auch entzogene Spatenkreuzflaggen mitführten, daß sie schwere Zusammenstöße mit der Polizei hatten und Angehörige des Stahlhelms kürzlich in zweiter Instanz wegen dieser Vorfälle rechtskräftig verurteilt worden sind.

5. Magistratssekretär Lichtenberg in Bernburg. Dieser wird bekunden, daß gelegentlich des Stahlhelmtags in Gröbzig bei Köthen eine Schirmwirtschaft von Angehörigen der Vereinigten Vaterländischen Verbände planmäßig gestürmt und zahlreiche Republikaner verwundet worden sind.

6. Der Landtagsabgeordnete Auer, München. Dieser wird für zahlreiche in Bayern begangene Heberfälle der Vereinigten Vaterländischen Verbände benannt.

Diese von der Verteidigung beantragte Beweisaufnahme brachte die Staatsanwaltschaft in einige Verwirrung. Sie wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie gegen die Annahme des Antrags Widerspruch erhob, für den Fall der Annahme aber ihrerseits eine Beweisaufnahme ankündigte, nach der zahlreiche Reichsbanner-Veranstaltungen trotz der Anwesenheit vieler Stahlhelmlenke ungeführt blieben.

Der Staatsanwalt hat sicher nicht bedacht, daß ein solcher Beweis nur zugunsten des Reichsbanners

sprechen würde, das eben nur dann zur Wehr greift, wenn es angegriffen ist. Es ist aber doch interessant, daß die Staatsanwaltschaft den Stahlhelm verteidigen und seinen guten Ruf retten will.

Dritter Verhandlungstag.

Der am dritten Verhandlungstage als Zeuge vernommene Stahlhelmführer Koch, der auch bejodelter Angefallter des „Stahlhelms“ ist, muß bei seinem Zeugnis vom Reichsanwalt Landsberg aufmerksam gemacht werden, daß er als Zeuge nicht Erlebtes und Erkauftes mit einander verquiden darf. Welcher Art auch dieser Zeuge ist, beweist die Tatsache, daß er behauptet, gesehen zu haben, wie der Angeklagte Müller eine Wagentheile in den Stahlhelmlenken geworfen hat. Schließlich muß er zugeben, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau genommen hat. Müller hätte die Wagentheile nur angefaßt. So etwas nennt sich deutsch und führer. Er wurde denn auch vom Gericht nicht verurteilt.

Der Zeuge Zeit aus Steinau ist Stahlhelmführer im Steinauer Bezirk. In einer Stahlhelmversammlung Anfang Oktober wurde ein Kundschreiben des Landesverbandes Schlesien vom Stahlhelm verlesen, in dem nach den Angaben des Zeugen darauf hingewiesen wurde, man solle in nächster Zeit zahlreich in Striegau erscheinen, denn „es laufen bereits Gerüchte umher, daß das Reichsbanner stören will“.

Reichsbanneradvokat Landsberg bemerkt dazu, daß es doch höchst sonderbar sei, wober denn der Landesverband Schlesien des Stahlhelms diese Wissenschaft bekommen sei. Es habe durchaus den Anschein, als ob diese Bemerkung nur eine Finte und glatte Lüge des „treudeutschen“ Stahlhelms war, um möglichst viel rausfluchtige Stahlhelmer nach Striegau zu locken.

Damals sei der Zug in Striegau verboten gewesen und das Reichsbanner habe sich gar nicht von der Veranstaltung gewagt. Wie konnte denn das Reichsbanner eine Veranstaltung stören wollen, die erst verboten war, also gar nicht stattfinden würde, und von der ihm abweisens gar nichts bekannt war!

Der Staatsanwalt Loderhose, der stets einspringt, sobald der Stahlhelm belästigt zu werden droht, will auch diesmal wieder seine Stahlhelmlenken verteidigen und behauptet, daß die Veranstaltung weder erlaubt noch verboten war. Der Stahlhelmlenke angelegte Stock widerlegt ihn jedoch sofort selbst, indem er auf Grund der Akten erklärt, daß das Verbot am 5. September erfolgte, während die Einladung nach Steinau am 8. Oktober abging.

Die folgenden Vernehmungen runden das traurige Bild vom Stahlhelm ab. Wenn das wahr ist, was die Stahlhelmlenke behaupten, dann ist der ganze Stahlhelm eine schlappe Gesellschaft: Meiner lassen sich — immer nach treudeutschen Stahlhelmauslagen — von zwei jungen Mädchen schwere Säbel entreißen, die „Dienstuniformen“ sind nur historische Kostüme mit Papphelmen usw.

Zeuge Chauffeur Wollny, der am betreffenden Sonntagabend die Steinauer Stahlhelmer nach Striegau beförderte, bekennt unter Eid, daß die Leute in seinem Wagen Revolver

Reichsbanner vor die Front!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht zu den Reichspräsidentenwahlen folgenden Aufruf: Kameraden!

Der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, ruft auf dem Vergriedhof seiner Vaterstadt Heideberg. Wie allen deutschen Republikanern war er uns, die wir im Reichsbanner auf der Wacht für die Republik stehen, ein Vorbild leuchtender Pflichtenfüllung. Unauslöschlich ruht sein Andenken in den Herzen aller deutschen Republikaner.

Der Kampfplan unserer Zeit gemahnt uns daran, daß wir uns nicht in stiller Trauer verlieren dürfen, sondern daß es unsere Aufgabe ist, uns mit allen Kräften für die

Wahl eines neuen Reichspräsidenten einzusetzen, dem als würdigen Nachfolger Friedrich Eberts die Geschichte der deutschen Republik in die Hand gegeben werden.

Der Präsident ist tot, es lebe die Republik! Es unterliegt bei all denen, die im Reichsbanner vereint sind, keinem Zweifel, daß im Kampf um die Präsidentschaft nur ein

überzeugter, untadeliger Republikaner auf den Schild erhoben werden darf.

Neben den republikanischen Parteien rufen aber auch die Gegner der Republik. Geht auf die ungeheuren Geldmittel der hinter ihnen stehenden Kreise und die Macht der von ihnen gelaufenen Presse werden sie alles aufbieten, um den Kampf um die Präsidentschaft zu ihren Gunsten zu entscheiden. Das aber würde bedeuten, daß das Amt des ersten Beamten der Republik mit einem Monarchisten besetzt würde, der nach den Eigenschaften der Gegner als

Platzhalter für einen künftigen Monarchen anzusehen wäre. Das darf nicht sein, denn eine solche Wahl hätte das deutsche Volk mit schweren Konflikten nach innen und außen zu büßen, unter denen die Fortsetzung des in den letzten sechs Jahren so erfolgreich begonnenen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes zur Unmöglichkeit werden würde.

Wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Republik. In viel größerem Maß, als es im letzten Reichstagswahlkampf der Fall war, wird im Kampf um die Präsidentschaft um die

Entscheidung zwischen Schwarzrotgold und Schwarzweißrot gerungen werden. In diesem Kampfe müssen unsere Kameraden vom Reichsbanner in den einzelnen republikanischen Parteien in vorderster Linie stehen. Wie im letzten Reichstagswahlkampf arbeitete auch diesmal jeder Reichsbannermann im Rahmen seiner Partei.

Kameraden! Der Bundesvorstand appelliert in diesem Kampf an euren Opfermut und euer Pflichtgefühl, das sich in der kurzen Zeit des Bestehens des Reichsbanners so oft in so überwältigendem Maße gezeigt hat. Bei dieser Wahl darf es keine Wahlmüdigkeit, keine Verunsicherung darauf geben, daß die Entscheidung erst im zweiten Wahlgang fällt. Wer so denkt und der Wahl fernbleibt, verläßt sich auf den Republik und belastet sein Gewissen damit, daß er unter Umständen dem Monarchisten im ersten Wahlgang zum Siege verhilft!

Kameraden! Es geht um die Republik! Ihr Schicksal ist mit in eure Hand gegeben! Ihr habt zu beweisen, daß der große Augenblick in euch ein großes Geschlecht findet.

In die Trize einen treuen und ehrlichen Republikaner, das ist das Ziel, für das wir kämpfen. Wir wollen und wir werden aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen, wenn jeder Republikaner, jeder Reichsbannerkamerad seine Pflicht tut.

Der Kampf hat begonnen! Tritt gefaßt! und fähnen frei! Unser Feldgeschrei:

Es lebe die Republik!  
Frei Weil!  
Der Bundesvorstand.

J. A. Otto Göring, Bundesvorsitzender.

und Gummiknüppel mitgenommen haben. Er sah selbst, wie etwa sechs die Sicherung der Revolver nachsahen. Untermweg, in Groß-Rosen, wurden Feldmine auf das Auto geladen. Nach der Ankunft in Striegau ließ der Zeuge auf dem Führer des zweiten Wagens, der von Steinau mitfuhr, eine Handgranate liegen. Er untersuchte sie, schraubt den Zügel ab — der Zeuge war im Felde und verfehlt mit Handgranaten umzugehen — und stellt fest, daß sie geladen ist.

Handgranaten werden Schnapsflaschen.

Zeuge Zeit, der Stahlhelmführer von Steinau, will nachweisen, daß diese Handgranate nichts anderes gewesen sei als eine Flasche Schnaps, Marke „Kronfeldangeit“ in der Handgranate. Dieser Schnaps sei bei Stahlhelmlenkern sehr beliebt und befindet sich in Flaschen, die Handgranatenform haben.

Rechtsanwalt Baerenprung. Wir kennen diesen Frontsoldatengeist nur Genüge aus Stahlhelmlenkungen, wo er immer angeberien wird. Aber haben diese Flaschen einen Gelbstiel zum Abdrücken? Sie sind doch aus Glas!

Zeugin Thomas (Striegau) gibt ebenfalls unter Eid an, am Sonntagabend kurz vor der Abfahrt der Stahlhelmer sei sie mit ihren Kindern aus ihrem Hause gekommen und habe ge-

sehen, wie eine Anzahl junger Leute in einem Sandhaufen herumwühlten und dabei erklärten: Über

Handgranaten lassen wir nicht hier.

Da sie große Angst hatte, ging sie schnell weiter und sah nur noch, wie etwa fünf eine Kette bildeten und so die ausgegrabenen Handgranaten in das bereitstehende Auto beförderten. Sie trugen Schwarzweißrote Abzeichen.

Mit dieser Vernehmung schloß der dritte Verhandlungstag ab, der nicht nur fünf Angeklagte vollständig entlastete, sondern auch eine Anzahl von außerordentlich schweren Verlastungen des Stahlhelms ergab.

Vierte Verhandlungstag.

Zu Beginn des vierten Verhandlungstages erklärt das Gericht, den von der Verteidigung gestellten Beweisanspruch über Stahlhelmlenkungen im ganzen Reich planmäßig abzulehnen zu müssen. Es werde als richtig unterstellt, daß die Angeklagten die unter Beweis gestellten Tatsachen aus den Tageszeitungen kennen und daß sie diesen Meldungen geglaubt hätten. Ob und wie bei den einzelnen Tatsachen Stahlhelmer zur Beurteilung gelangten, sei für den vorliegenden Prozeß unerheblich. Das Gericht gibt damit nachgedrungen zu, daß die Angeklagten einen berechtigten Grund zu ihren Feststellungen hatten, es werde auch bei dem Deutschen Tag in Striegau zu Stahlhelmausschreitungen gegen Leben und Eigentum von Republikanern kommen.

Major Hoffmann (Steinau) legt hierauf zwei Klagen „Frontsoldatengeist in der Handgranate“ vor und behauptet zur allgemeinen Erheiterung der Zuhörer alles Ernstes, der Zeuge Chauffeur Wollny habe wohl diese Klagen für die Handgranaten des Stahlhelms gehalten! Erst Reichsanwalt Baerenprung muß ihn darauf aufmerksam machen, daß kein Mensch, geschweige denn ein gedienter Soldat, derartige Glasflaschen, die mit einem roten Zügel gefüllt sind, mit Handgranaten verwechseln könne. Der Zeuge Wollny habe die Handgranate, die er auf dem Stahlhelmauto fand, derartig ins einzelne gehend geschildert, daß eine Verwechslung unmöglich sei. Im übrigen glaube man es dem Zeugen Hoffmann gern, daß

auch Schnaps mitgenommen worden sei.

Im Anschluß daran bekunden mehrere Zeugen aus Steinau, daß der Stahlhelmmann Kroll ihnen gegenüber sich geäußert habe, der Stahlhelm werde sich in Striegau in sein Waffenverbot kehren. Der Zeuge Stahlhelmmann Kroll gibt zu, diese Äußerungen gemacht zu haben.

Hierauf werden mehrere Zeugen aus Groß-Rosen benannt, die einstimmig und ohne sich vom Staatsanwalt einschüchtern zu lassen, bekunden, daß die Insassen der zwei Stahlhelmautos auf ihrer Fahrt nach Striegau sich

mit Ziegelsteinen und Feldsteinen

verhauen. Mehrere in Groß-Rosen wohnende Reichsbannerleute wurden vom Auto aus mit Steinen bedroht und einige Stahlhelmer riefen ihnen zu: „Kommt ihr nur nach Striegau!“ Der Zeuge Stahlhelmmann Schmelzberger verweigert der Verteidigung die Antwort auf die Frage, ob Waffen mitgeführt worden seien. Schließlich reden ihm Gericht und Staatsanwaltschaft zu, er habe wohl nur nicht richtig verstanden, um was es sich handele. Dieses Zureden hat den Erfolg, daß er schließlich erklärt, ob die andern Waffen angehabt hätten, wisse er nicht.

Eine Reihe weiterer Zeugen bestätigen noch einmal bestimmt, daß die Steinauer Stahlhelmlenke bei ihrer Fahrt nach Striegau mit Waffen versehen waren.

Die Zeugin Bedienungsfrau Gorlt, die am Sonntagabend in einer Striegauer Gastwirtschaft eine Rede des Stahlhelmausführenden Koch mit angehört hatte, bekundet, daß Koch in einer Rede von einem schamlosen Verhalten des Landrats gesprochen hatte. Von dem Hauptlehrer Geburi habe Koch erklärt, daß dieser die Seelen der Kinder verfluchte. Auf diese Behörde hin zeigte ein in der Nähe der Zeugin Koch sitzender Stahlhelmlenke seinem Nachbarn einen Revolver und sagte in bezug auf Geburi: „Zeigi mir doch einmal den Kerl.“

Wenn der eine Bohne kriegt, ist er erledigt. Mich kennt keiner hier, ich verschwinde.“

Dem Zeugen Stahlhelmführer Koch werden von der Verteidigung diese Aussagen der Zeugin Gorlt vorgehalten. Der Zeuge behauptet, er könne sich auf solche Ausführungen nicht mehr besinnen.

Die Staatsanwaltschaft behauptet in der Anklageschrift, eine Hauptbelastung für das Reichsbanner bestehe die planmäßige Vereinstellung der Arbeiter-Samariter für den in Frage kommenden Sonntag. Diese Behauptung wird von mehreren Zeugen einmündig widerlegt. Der Führer, der technische Leiter und zahlreiche Mitglieder des Arbeiter-Samariterbundes erklären übereinstimmend, daß sie lediglich zu einer schon vorher festgesetzten Übung zusammengekommen sind. Dagegen wird durch zuverlässige Zeugen festgestellt, daß der Stahlhelm ausdrücklich

das rote Kreuz um Hilfeleistung für eventuell vorkommende Fälle ersucht hat.

Derwichtig für diesen Verhandlungstag war die Heber-einstimmung, mit der sämtliche Stahlhelmlenken sich weigerten, unbekannte Verteidigerfragen zu beantworten. Die fast wörtliche Heber-einstimmung aller Aussagen des Stahlhelmführers Koch und den Ausführungen der Anklageschrift wirkte befreundlich.

Der Prozeß, dem im ganzen Reich wegen seiner politischen Bedeutung große Beachtung geschenkt wird, wird sich angeichts der immer neuen Zeugenladungen länger als erwartet ausdehnen. —

Die abläsen Grundstücke\*ulanten.

In Reichstag und Landtag tagten am Freitag alle bisher eingesehenen Untersuchungsausschüsse. Im Anschluß zur Untersuchung der Vorgänge bei der Landespfandbriefanstalt wird zunächst festgestellt, daß die an die deutsch-nationalen Abtügen ausgezahlten Beiträge die

Söhe von 4583 780 Mark

erreicht haben. Anschließend macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß Dr. Gann, der gleichzeitig als Zeuge vernommen wurde, es sehr gut verstanden hat, sich persönlich zu sichern. Für Speisen, Provisoren usw. hat er sich etwa 400 000 Mark angeeignet.

In der weiteren Debatte wird dann die Belebung der niederländischen Pfandbriefe, die sich im allgemeinen als wertlos herausgestellt haben, besprochen. Der Direktor Kunert, Generalbevollmächtigter der Industrie- und Landwirtschaftsbank, behauptet zwar als Zeuge das Gegenteil, aber er wird von Justizrat Warendt überführt, daß die Papiere an der Amsterdamer Börse einen Kurs überhaupt nicht gehabt haben. Durch gegenseitiges Angebot und Annahme an der Börse sei wahrscheinlich ein Kurs von 88 Prozent von den Beteiligten selbst künstlich geschaffen worden. Auch die Gehaltsliste und die Stadt Berlin haben erklärt, daß sie niemals die Pfandbriefe lombardiert hätten.

W. Ebdorf habe das Verhalten Dr. Ganns ihm gegenüber direkt als Erpressung bezeichnet. Besonders sei ihm auch aufgefalle die Angabe der Zahlung von 400 000 Mark an die Reichsanwälte Auerbach und Salomon, die Dr. Gann als seine Handl. bezeichnet habe, für eine ganz kurze Tätigkeit. Für die Beschaffung von 400 000 Dollar sei schließlich die ungeheure Summe von 85 000 Mark herausgekommen.



15 600 Mark seien allein für Telegramme,

Portovorgabe, usw. angelegt worden; allerhöchstens könne hier ein Betrag von 500 Mark in Frage kommen. In der Nachmittagssitzung werden die Briefe besprochen, aus denen hervorgeht, daß Dr. Cann die ganzen Transaktionen mit der Niederländischen Grundkreditbank auf sich genommen und von sich aus noch einmal einen Vertrag gemacht hat. 2 1/2 Millionen holländischer Gulden sollten in Form von Pfandbriefen geliefert werden, Grundstücke mit einem jährlichen Mietvertrag von 1 1/2 Millionen Mark sollten als Pfand dienen. Aus dem zugrunde liegenden Schriftverkehr ist dann ein neuer Vertrag entstanden, der bei Justizrat Stöhr abgeschlossen wurde. Die Rückzahlung des Darlehens sollte nur in Gold erfolgen. Die Provision setzt sich zusammen aus: 1 Prozent für die Niederländische Grundkreditbank, 5/8 Prozent jährlich für 5 Jahre für die Geldbeschaffung, davon 1 Prozent jährlich für Dr. Cann, schließlich 2 1/2 Prozent Abschlußprovision für die Firma „Niederländische Geldbeschaffung“.

Abg. Dallmer (dt.-natl.) stellt fest, daß der ungeheure Betrag von insgesamt

30 Prozent als Provision

abgeschlossen worden ist. Von der Landespandbriefanstalt wurden nach einem zur Verlesung kommenden Schreiben Dr. Canns an die „Kontinentele Geldbeschaffung“ 195 000 Mark gezahlt; davon seien 70 000 Mark verwandt für Unkosten, besonders für die Rechtsanwälte und Notare. In Rechtsanwaltschaft Querebach gingen allein 21 000 Mark. Die weitere eingehende Untersuchung wird durch Fortsetzung der Vernehmung Dr. Canns feststellen, wie die Gelder verwandt bzw. verbucht worden sind, ohne eine ausreichende Klärung geben zu können, da der Zeuge Cann anhaltend ausweichende Antworten gibt. Er gibt zu, daß die Geschäfte einen „ungewöhnlichen“ Charakter trügen (Geheimheit) und erklärt unter lebhaftem Widerspruch durch v. Karstedt und v. Ebdorf, daß er auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Beilegung der Pfandbriefe aufmerksam gemacht habe.

Rehring erklärt dazu, daß Cann ihm ausdrücklich Lombardierung und Verkauf zugesichert habe. Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß er doch unmöglich sich habe 200 000 Mark auszahlen lassen dürfen von einem Geschäft, von dem er wußte, daß die Pfandbriefe schwer beizubringen seien, wenn er nicht auf Betrug habe ausgehen wollen.

Die weitere Erörterung befaßt sich mit den hohen Kosten für die Verlängerung eines Kredits für die italienische Firma Sequi. Justizrat Berendt bestreitet die Verlängerung Canns über die Enstehung des Kredits. Für die Verlängerung sei nicht an eine, sondern an drei Stellen ein außerordentlich hoher Betrag gezahlt worden, an Wien, New York und Rom. Er habe den Betrag von 425 000 Mark für das Dollarkaufgeschäft als ganz unerhört angesehen. Die die Beträge ausgegeben hätten, zeige, daß für Porto allein 15 000 Mark angelegt wurden. Cann jagt auf Befragen des Abg. Jaeger (dt.-natl.) aus, daß sämtliche Banken, die an dem Dollarkauf beteiligt waren, die Devisenankaufserlaubnis gehabt hätten. (Diese Angabe soll nachgeprüft werden.) Die Dollars seien in Deutschland von deutschen Banken des besetzten Gebietes gekauft worden.

Der Ausschuss beschließt, Bankfachverständige zu hören und für eine der nächsten Sitzungen den Bankier Cann aus Wien zu laden. Am Sonnabend will der Ausschuss mit der Behandlung der Frage der Staatskaufkraft beginnen. Montag und Dienstag sollen keine Sitzungen stattfinden.

Die finanzielle Kraft der Partei.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstags über die Vornat-Affäre vernimmt am Freitag zunächst den Direktor Prischom. Prischom erklärt, die Zahlungsbedingungen für die Geschäfte mit Vornat seien mit den in Betracht kommenden Ministern vereinbart worden. Das Reich habe dabei keinen Schaden erlitten, auch nicht bei Verzicht auf Lieferungen.

Nach Prischom erfolgte die Vernehmung des Ministerialdirektors Killaß, jetzt im bayerischen Landwirtschaftsministerium. Er erklärt, mit den Vornats sei er niemals in Berührung gekommen.

Nach Killaß folgt Ministerialrat Köhnen, 1919 Vorsitzender der Reichsfinanzstelle. Er sagt, alles, was er über Vornat wisse, aus zweiter Hand zu haben.

In der Nachmittagssitzung wurde der Syndikus der Futterhandelsvereinigung, Ludwig Ruge, vernommen. Im Juli 1919 sollte Vornat holländische Futter liefern, während das Geschäft mit einer deutschen Firma annulliert worden sei. Daraus habe sich ein Prozeß entwickelt. Nach Ansicht des Zeugen sei die Forderung Vornats nur durch Korruptionserlöse zu erklären gewesen.

Landtagspräsident Bartels wird nunmehr um Auskunft darüber gebeten, ob Vornat Beiträge für die sozialdemokratische Parteikasse gegeben hat. Bartels verneint dies von 1913 bis Ende 1923 die Parteikasse. Im vorigen Herbst hat Bartels nach seiner Erklärung von Heilmann einen Scheck Vornats in Höhe von 20 000 Mark bekommen, das war zur Zeit der Wahlkündigung und der einzige Fall eines größeren Betrags. Sonst habe es sich nur um Kleinigkeiten gehandelt. So habe z. B. Vornat einmal einem deutschen Genossen 50 bis 60 Gulden zu einer Reise nach London gegeben.

Vorj. Saenger: Können Sie die Frage beantworten, ob die Sozialdemokratie mit bestimmten

Wachter an den Parteivorsitzenden

Vornats beteiligt gewesen ist und daß solche Geschäfte nur abgeschlossen werden, wenn Vornat persönlich war, bestimmte Forderungen an die Sozialdemokratie aufzuführen?

Bartels: Diese Behauptung ist schon im vorigen Jahre vom Parteivorstand durch eine Erklärung als durchaus falsch zurückgewiesen worden. Es ist ein glatter Schwindel, daß die Sozialdemokratie jemals bei Vornat oder bei jemand anderem an betrieblichen Geschäften beteiligt war. Wenn das von dritter Seite vorgebracht worden wäre, so wäre das sofort zurückgewiesen worden. Franz Krüger soll 1920 eine ähnliche Erklärung gegeben haben, und wir haben darüber gesprochen. Es wurde aber festgestellt, daß Franz Krüger niemals eine solche Äußerung gemacht oder daß auf solche Weise Geld in die Parteikasse geflossen sei. Es wäre auch sofort zurückgewiesen worden. Es wäre natürlich denkbar gewesen, daß an örtliche Organisationskommissionen betragslose Zahlungen geleistet werden sind. Ich habe mich deshalb an dem Sekretär der Berliner Organisation in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß auch hier keinerlei Zahlungen dieser Art gemacht wurden. Weder direkt noch indirekt sind jemals an die Sozialdemokratie solche Zahlungen geleistet worden. In erster Vernehmung hat auch ein Herr Haderbrennig genannt werden, der solche Zahlungen gemacht haben soll. Ich habe niemals diesen Namen gehört. Was er

dazu gekommen sein sollte, für unsere Partei Umwandlungen zu treffen, ist mir ganz unverständlich.

Abg. Pfleger (Bayr. Vp.): Besteht die Möglichkeit, daß durch eine der vielen Gesellschaften der Sozialdemokratischen Partei Gelder zugeführt worden sind?

Bartels: Auch das ist ganz ausgeschlossen. Der Parteivorstand hat zu keiner dieser Gesellschaften Beziehungen gehabt. Abg. Pfleger: Ist es möglich, daß durch bestimmte Personlichkeiten, die Herrn Vornat nahestanden, direkt oder indirekt betragslose Zahlungen gemacht wurden? In diesem Zusammenhang sind doch die Namen Wels und Heilmann genannt worden?

Bartels: Es ist natürlich vorgekommen, daß nicht nur Herr Wels, sondern auch andere Mitglieder des Parteivorstandes Beiträge an die Parteikasse überwiesen haben. Es ist aber ganz ausgeschlossen, daß irgendwelche Vorbedingungen daran geknüpft wurden.

Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge wiederholt mit der größten Bestimmtheit, außer der bereits aufgeführten Zahlung vor der Wahl

Keinerlei Zahlungen

an die Kasse des Parteivorstandes geleistet worden sind. Vielmehr habe Vornat auf Sammelreisen kleinere Beträge gezahlt, wie das in jeder Partei üblich sei. Anfang 1919, als von Vornat noch keine Rede gewesen sei, habe der Parteivorstand einen Aufruf für die Wahlkassensammlung erlassen. Damals hätten manche Leute gezeichnet, die der Partei nur sympathisch gegenüberstanden. Schließlich stellt Bartels fest, daß freiwillige Zuwendungen an die Partei selbst in der schwierigsten wirtschaftlichen Zeit nur

Das Blatt des Volkes

ist die Volksstimme!

Für Demokratie, Republik, Sozialismus, Freiheit und Frieden

Wer dazu steht, lese die Volksstimme!

einen geringen Bruchteil der Gesamteinnahmen ausgemacht hätten. Die finanzielle Kraft der Partei beruhe lediglich auf den regelmäßigen Beitragszahlungen ihrer Mitglieder. Das sei das feste Fundament der Partei.

Rechtsanwalt Sieghart Coewy wird darüber vernommen, ob es richtig sei, daß er sich zu Rechtsanwaltschaft Ruge dahin geäußert habe, die Sozialdemokratische Partei habe Zuwendungen von Vornat erhalten. Der Zeuge stellt dies entschieden in Abrede. Er könne Ruge schon seit 20 Jahren, und es sei nur möglich, daß er einige scherzhafte Bemerkungen gemacht habe. Er wisse nur einen Fall, in dem geschäftliche Dinge eine Rolle spielten. Das war nach dem Abschluß eines größeren Geschäfts mit Sachfen, wo Vornat einen größeren Betrag zur Errichtung eines Kinderheims gestiftet habe. Bekannt sei dem Zeugen, daß Vornat der holländischen Sozialdemokratie ein großes Darlehen gegeben habe, und zwar zur Gründung der Zeitung „Vormoarts“ in Rotterdam.

Die Vernehmung des Zeugen Franzmann Kollwitz, der 1919 in der Reichsfinanzstelle tätig war, und des Staatssekretärs Peters, Leiter der Ernährungsfragen unter dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, bringt keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte.

Die falschen Anklagen gegen Robert Schmidt.

Vor dem preussischen Vornat-Ausschuss wurde zunächst Ministerialrat Staudinger vom Reichswirtschaftsministerium als Zeuge vernommen. Der Vorsitzende fragt ihn, was ihm über die geschäftlichen Besuche Vornats bei Robert Schmidt bekannt sei.

Staudinger: Ich war, wie bei anderen Ministern, auch bei Minister Robert Schmidt Adjutant. Soweit ich mich entsinnen kann, ist Vornat beim Minister zweis- bis dreimal gewesen, und zwar in der Zeit vom Sommer bis Dezember 1919. Ich kannte Vornat persönlich, denn es kam niemand zum Minister, ohne daß der Adjutant es wußte. Ich habe in meinen Notizen Angaben über einen Brief des Ministers an die holländische Sozialdemokratie gefunden, der lautet:

Herrn Genosse! Im Verlauf des Besuchs, den wir Genosse Vornat aus Amsterdam erhalten hat, befragte ich ihn gern, daß wir uns freuen würden, wenn die holländische Sozialdemokratie uns bei Beschaffung von Lebensmitteln aus Holland in internationaler Solidarität unterstützen würde, jeweils dabei ausländische Saluta für Zahlungen ins Ausland nicht in Anspruch genommen wird, wie das Genosse Vornat in Aussicht gestellt hat.

Bei den Besuchen Vornats war ich nicht zugegen, aber ich konnte mich überzeugen, daß Vornat auf den Minister Schmidt keinen besonderen Eindruck machte, und zwar wohl deshalb, weil dem Minister Schmidt zu Ohren gekommen sein mag, daß Vornat die

Internationalistische Bewegung unterstützt

haben sollte. Die Gründe, die den Minister bewegen, Vornat geschäftlich zuzulassen, liegen darin, daß Vornat mit der holländischen Sozialdemokratie und mit der internationalen Sozialdemokratischen Bewegung hatte und daß er von ihr gefördert war. Es war aber in der damaligen Zeit ungeheuer wichtig, sowohl im allgemeinen deutschen wie im nationalen Interesse, daß die Beziehungen zum Ausland wieder angeknüpft werden mußten. Das hat auch der Minister bestimmt, daß er den Brief an die holländische Sozialdemokratie geschrieben hat. Später hat Vornat noch öfter versucht, den Minister zu sprechen; auch seine Vertreter kamen wiederholt. Ich habe sie jedoch abgewiesen, da der Minister sich in der damaligen schweren Zeit nicht mit Einzelheiten beschäftigen konnte. Der Zeuge bestreitet, daß Vornat anschließend über die von der Reichsfinanzstelle resp. dem Wirtschaftsministerium gestrichelten Geschäfte.

Vorsitzender Seidig erklärt, daß wegen Vornats Angelegenheit auf den Minister erfolgt seien: das beste doch Beweismittel sein müßten, die Beziehungen abzuwehren.

Zeuge: Der Minister hat damals eine Erklärung herausgegeben, Vornat solle nicht schlechter und nicht besser behandelt werden als andre.

Vorj.: Die Reichsfinanz- und Reichsfinanzstelle haben ihn aber behauptet, sie hätten geschäftlich mit Vornat abgeschlossen müssen, entgegen ihrer kaufmännischen Ueberzeugung, unter dem Druck des Direktors Prischom, der sich dabei auf Wünsche des Ministers gestützt habe.

Staudinger: Nicht der Minister hat seine Unterschrift gegeben, die Entscheidung lag vielmehr bei dem diktorischen Ausschuss; Direktor Prischom hatte große Vollmacht.

Der Vorsitzende verliest hierauf eine amtliche Notiz des Reichswirtschaftsministeriums, die feststellt, daß mit Vornat nicht teurer abgeschlossen wurde als mit andern Lieferanten.

Im Anschluß hieran erklärt der Zeuge, Abgeordneter Wels sei mehrere Male beim Minister gewesen, aber nicht in Vornats Angelegenheiten. Das treffe nur für Heilmann zu.

Am Sonnabend soll Zeilich in Sachen „Vornat“ vernommen werden. Für Montag ist die Vernehmung Sollmanns, Baummeisters und Davidsohns geplant. Zwischen dem 20. März und 1. April soll Veratung eintreten.

Wie wurde Rausch erschossen?

Im Tscheta-Prozeß in Leipzig wurde am Freitag zunächst die Vernehmung des Zeugen Koppenhöfer fortgesetzt. Rechtsanwaltschaft Rosenfeld stellt die Frage, ob ihm bekannt sei, wann die schon so oft erwähnte Broschüre „Das wahre Gesicht der Kommunisten“ erschienen sei. Koppenhöfer verneint das. Der Vorsitzende stellt demgegenüber fest, daß die Broschüre schon am 22. Januar erschienen sei.

Mehrere Fragen des Rechtsanwalts v. Bagnato werden teils vom Vorsitzenden, teils durch Gerichtsbeschlässe als ungeeignet zurückgewiesen, über einen andern Teil berweigert der Zeuge die Auskunft, da er von seiner Behörde keine Genehmigung dazu habe. Da der Zeuge behauptet, das Wort Tscheta vom Angeklagten Boege gehört zu haben, beantragt die Verteidigung die Parteikarte über unerledigte Strafsachen im Falle Rausch des Stuttgarter Polizeipräsidentiums heranzuziehen, weil sie vermutet, daß darauf schon das Wort Tscheta verzeichnet sei. Dieser Antrag wird von der Reichsanwaltschaft abgelehnt.

Es werden noch einige Fragen von den Verteidigern und der Reichsanwaltschaft gestellt, welche zu einer längeren Debatte zwischen den beiden Parteien führen. Eine von der Reichsanwaltschaft gestellte Frage wird von der Verteidigung als ungeeignet beanstandet und Gerichtsbeschluß beantragt. Der Senat befürwortet nach kurzer Beratung, daß die Frage, ob dem Zeugen bekannt sei, daß eine Tinktur existiere, um unerledigte Strafsachen schriftlich zu machen, zulässig sei, da sie als durchaus zur Sache gehörig und nicht als ungeeignet erscheine.

In der Nachmittagssitzung wird zu der Vernehmung des Kriminalkommissars Schmaderer geschritten.

Vorj.: Sie haben früher die Ampulle bei Meus beschlagnahmt.

Schmaderer: Ich begab mich am 17. März auf Veranlassung Koppenhöfers in die Wohnung des Meus. Er bestritt zunächst den Besitz des Pakets. Auf Grund des von Neumanna geschriebenen Zettels habe ich es dann aber schließlich doch erhalten.

Vorj.: War das Paket versiegelt?

Schmaderer: Ich kann mich nicht mehr genau daran entsinnen, halte es aber für unwahrscheinlich.

Vorj.: Was war darin enthalten?

Schmaderer: Glasröhrchen, eine ganze Reihe von Schriftstücken und

eine gelatineartige Masse

Es wird dann der Kriminalkommissar Heller aus Verlin vernommen.

Vorj.: Sie hatten den Fall Rausch übernommen. Wollten Sie einmal die Vorwürfe schildern.

Heller: Am 8. Januar wurde mir der Anschlag mitgeteilt. Ich begab mich darauf in das Lazarus-Krankenhaus. Rausch sagte mir, die Täter waren ein gewisser Fritz und Peter. Ausgegangen war der Plan von einem Albert Men. Der zweite Schuß wäre abgegeben worden, als er schon am Boden lag, um ihm vollends den Garaus zu machen, wobei die Verwundung gefallen ist: So, Du Uas, das ist für Potsdam!

Es folgen nun die übrigen Aussagen des Rausch bei seinen jeweiligen Vernehmungen, die vom Vorsitzenden größtenteils verlesen werden, da sich der Zeuge nicht mehr genau entsinnen kann. Diefelben sind bereits medietemal erwähnt worden. Bemerkenswert ist nur folgendes: Dem Rausch wurde von Heller eine Photographie vorgelegt. Diese Person bezeichnete Rausch als den Täter Peter. Es war aber nicht das Bild Neumanns, sondern eines andern, welcher im Verdacht des Mordes stand, aber dem Neumann ähnlich sah.

Vorj.: Herr Zeuge, Rausch hat Herrn Koppenhöfer bei seiner Vernehmung angegeben, daß der

zweite Schuß während des Anfalls

abgegeben worden ist.

Heller: Es ist möglich, daß sich Rausch mir gegenüber auch so geäußert hat, worauf ich jedoch keinen besondern Wert gelegt habe.

Angekl. Neumann: Rausch hat auch angegeben, wir wären am Sonnabend den 3. in Söbende gewesen. Ich möchte feststellen, daß es am Sonntag den 6. Januar 1924 war.

Vorj.: Was bezweifeln Sie mit dieser Erklärung?

Neumann: Ich bezweifle die Glaubwürdigkeit des Rausch, da ich auch die erwähnte Äußerung nicht getan habe. Bei Koppenhöfer hat er angegeben, sie wäre beim ersten Schusse gefallen und dem Heller gibt er an, sie wäre beim zweiten Schusse gefallen.

Neuer: Ich möchte angeben, daß ich niemals den Namen Men geführt habe und auch immer Alfred hieß. Ich habe auch den Wort nicht angehtiftet.

Neumann: Ich habe auch Meyer niemals gesagt, zu welchem Zweck er mir den Rausch zuführen sollte.

Boege: Ich bestreite, daß ich am Sonntag den 6. Januar mit Rausch zusammen im Hühner war, sondern mit diesem und Neumann zusammen in Söbende. Kaffee habe ich bei dem Rausch nicht getrunken vor der Mordtat.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend vertagt. (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Speziell bei vera'tetem Husten gebrauchen Sie

Fragoni & Ueberraisende Wirkung. 2.50 Mk. bis 4.50 Mk. Vornatland. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

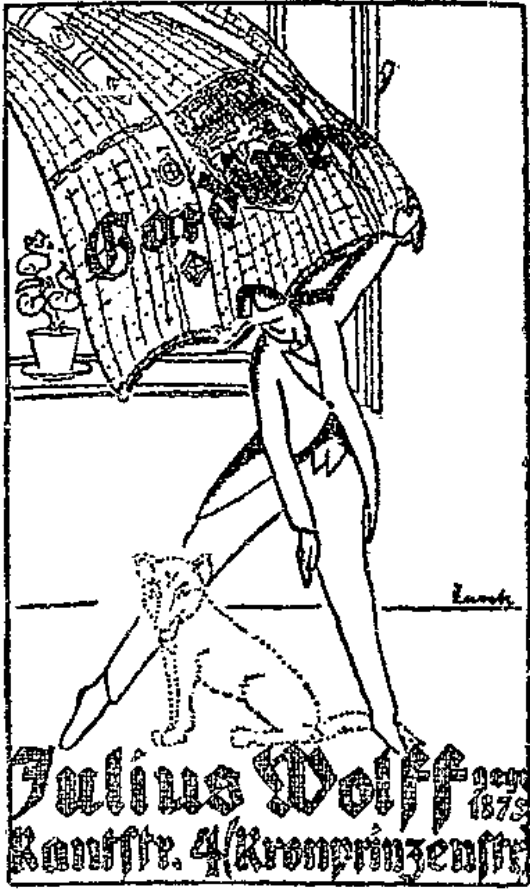
Gardinen-Zentrale
Schleier-Gardinen . . . Meter von 60 J an
Halbstores . . . Stück von 1.95 an
Künstler-Gardinen . . . Fenster von 3.25 an
Madras-Garnituren . . . Fenster von 5.50 an
Bettedecken über 2 Betten . . . Stück von 6.50 an
Madras 130 cm breit . . . Meter von 2.50 an
Fürstenauer 3, 1 Treppe
Direkt ab Wert Blauen, daher billig und gut!



# Magdeburger Stadtbank

## Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Große Münzstraße 6  
— Telephon 9985—89, 8690 (außerdem über Rathaus). —



**Julius Wolff**  
Kantstr. 4 (Kronprinzenstr.)

**Prima Fatterschweine**  
Seben preisw. zum Verkauf.  
W. Lutzow, Südost, Erfurter Straße 1.

**Große Kerkel**  
vert. bill. Hermann, Kroatenstr. 13.

**Kanarienvogel**  
Zuhle heute er-  
höht e Preise i.  
F. W. Weidchen 1.20, 2.10, 3.10, 4.10, 5.10, 6.10, 7.10, 8.10, 9.10, 10.10, 11.10, 12.10, 13.10, 14.10, 15.10, 16.10, 17.10, 18.10, 19.10, 20.10, 21.10, 22.10, 23.10, 24.10, 25.10, 26.10, 27.10, 28.10, 29.10, 30.10, 31.10, 1.11, 2.11, 3.11, 4.11, 5.11, 6.11, 7.11, 8.11, 9.11, 10.11, 11.11, 12.11, 13.11, 14.11, 15.11, 16.11, 17.11, 18.11, 19.11, 20.11, 21.11, 22.11, 23.11, 24.11, 25.11, 26.11, 27.11, 28.11, 29.11, 30.11, 1.12, 2.12, 3.12, 4.12, 5.12, 6.12, 7.12, 8.12, 9.12, 10.12, 11.12, 12.12, 13.12, 14.12, 15.12, 16.12, 17.12, 18.12, 19.12, 20.12, 21.12, 22.12, 23.12, 24.12, 25.12, 26.12, 27.12, 28.12, 29.12, 30.12, 31.12, 1.1, 2.1, 3.1, 4.1, 5.1, 6.1, 7.1, 8.1, 9.1, 10.1, 11.1, 12.1, 13.1, 14.1, 15.1, 16.1, 17.1, 18.1, 19.1, 20.1, 21.1, 22.1, 23.1, 24.1, 25.1, 26.1, 27.1, 28.1, 29.1, 30.1, 31.1, 1.2, 2.2, 3.2, 4.2, 5.2, 6.2, 7.2, 8.2, 9.2, 10.2, 11.2, 12.2, 13.2, 14.2, 15.2, 16.2, 17.2, 18.2, 19.2, 20.2, 21.2, 22.2, 23.2, 24.2, 25.2, 26.2, 27.2, 28.2, 29.2, 30.2, 31.2, 1.3, 2.3, 3.3, 4.3, 5.3, 6.3, 7.3, 8.3, 9.3, 10.3, 11.3, 12.3, 13.3, 14.3, 15.3, 16.3, 17.3, 18.3, 19.3, 20.3, 21.3, 22.3, 23.3, 24.3, 25.3, 26.3, 27.3, 28.3, 29.3, 30.3, 31.3, 1.4, 2.4, 3.4, 4.4, 5.4, 6.4, 7.4, 8.4, 9.4, 10.4, 11.4, 12.4, 13.4, 14.4, 15.4, 16.4, 17.4, 18.4, 19.4, 20.4, 21.4, 22.4, 23.4, 24.4, 25.4, 26.4, 27.4, 28.4, 29.4, 30.4, 31.4, 1.5, 2.5, 3.5, 4.5, 5.5, 6.5, 7.5, 8.5, 9.5, 10.5, 11.5, 12.5, 13.5, 14.5, 15.5, 16.5, 17.5, 18.5, 19.5, 20.5, 21.5, 22.5, 23.5, 24.5, 25.5, 26.5, 27.5, 28.5, 29.5, 30.5, 31.5, 1.6, 2.6, 3.6, 4.6, 5.6, 6.6, 7.6, 8.6, 9.6, 10.6, 11.6, 12.6, 13.6, 14.6, 15.6, 16.6, 17.6, 18.6, 19.6, 20.6, 21.6, 22.6, 23.6, 24.6, 25.6, 26.6, 27.6, 28.6, 29.6, 30.6, 31.6, 1.7, 2.7, 3.7, 4.7, 5.7, 6.7, 7.7, 8.7, 9.7, 10.7, 11.7, 12.7, 13.7, 14.7, 15.7, 16.7, 17.7, 18.7, 19.7, 20.7, 21.7, 22.7, 23.7, 24.7, 25.7, 26.7, 27.7, 28.7, 29.7, 30.7, 31.7, 1.8, 2.8, 3.8, 4.8, 5.8, 6.8, 7.8, 8.8, 9.8, 10.8, 11.8, 12.8, 13.8, 14.8, 15.8, 16.8, 17.8, 18.8, 19.8, 20.8, 21.8, 22.8, 23.8, 24.8, 25.8, 26.8, 27.8, 28.8, 29.8, 30.8, 31.8, 1.9, 2.9, 3.9, 4.9, 5.9, 6.9, 7.9, 8.9, 9.9, 10.9, 11.9, 12.9, 13.9, 14.9, 15.9, 16.9, 17.9, 18.9, 19.9, 20.9, 21.9, 22.9, 23.9, 24.9, 25.9, 26.9, 27.9, 28.9, 29.9, 30.9, 31.9, 1.10, 2.10, 3.10, 4.10, 5.10, 6.10, 7.10, 8.10, 9.10, 10.10, 11.10, 12.10, 13.10, 14.10, 15.10, 16.10, 17.10, 18.10, 19.10, 20.10, 21.10, 22.10, 23.10, 24.10, 25.10, 26.10, 27.10, 28.10, 29.10, 30.10, 31.10, 1.11, 2.11, 3.11, 4.11, 5.11, 6.11, 7.11, 8.11, 9.11, 10.11, 11.11, 12.11, 13.11, 14.11, 15.11, 16.11, 17.11, 18.11, 19.11, 20.11, 21.11, 22.11, 23.11, 24.11, 25.11, 26.11, 27.11, 28.11, 29.11, 30.11, 31.11, 1.12, 2.12, 3.12, 4.12, 5.12, 6.12, 7.12, 8.12, 9.12, 10.12, 11.12, 12.12, 13.12, 14.12, 15.12, 16.12, 17.12, 18.12, 19.12, 20.12, 21.12, 22.12, 23.12, 24.12, 25.12, 26.12, 27.12, 28.12, 29.12, 30.12, 31.12, 1.13, 2.13, 3.13, 4.13, 5.13, 6.13, 7.13, 8.13, 9.13, 10.13, 11.13, 12.13, 13.13, 14.13, 15.13, 16.13, 17.13, 18.13, 19.13, 20.13, 21.13, 22.13, 23.13, 24.13, 25.13, 26.13, 27.13, 28.13, 29.13, 30.13, 31.13, 1.14, 2.14, 3.14, 4.14, 5.14, 6.14, 7.14, 8.14, 9.14, 10.14, 11.14, 12.14, 13.14, 14.14, 15.14, 16.14, 17.14, 18.14, 19.14, 20.14, 21.14, 22.14, 23.14, 24.14, 25.14, 26.14, 27.14, 28.14, 29.14, 30.14, 31.14, 1.15, 2.15, 3.15, 4.15, 5.15, 6.15, 7.15, 8.15, 9.15, 10.15, 11.15, 12.15, 13.15, 14.15, 15.15, 16.15, 17.15, 18.15, 19.15, 20.15, 21.15, 22.15, 23.15, 24.15, 25.15, 26.15, 27.15, 28.15, 29.15, 30.15, 31.15, 1.16, 2.16, 3.16, 4.16, 5.16, 6.16, 7.16, 8.16, 9.16, 10.16, 11.16, 12.16, 13.16, 14.16, 15.16, 16.16, 17.16, 18.16, 19.16, 20.16, 21.16, 22.16, 23.16, 24.16, 25.16, 26.16, 27.16, 28.16, 29.16, 30.16, 31.16, 1.17, 2.17, 3.17, 4.17, 5.17, 6.17, 7.17, 8.17, 9.17, 10.17, 11.17, 12.17, 13.17, 14.17, 15.17, 16.17, 17.17, 18.17, 19.17, 20.17, 21.17, 22.17, 23.17, 24.17, 25.17, 26.17, 27.17, 28.17, 29.17, 30.17, 31.17, 1.18, 2.18, 3.18, 4.18, 5.18, 6.18, 7.18, 8.18, 9.18, 10.18, 11.18, 12.18, 13.18, 14.18, 15.18, 16.18, 17.18, 18.18, 19.18, 20.18, 21.18, 22.18, 23.18, 24.18, 25.18, 26.18, 27.18, 28.18, 29.18, 30.18, 31.18, 1.19, 2.19, 3.19, 4.19, 5.19, 6.19, 7.19, 8.19, 9.19, 10.19, 11.19, 12.19, 13.19, 14.19, 15.19, 16.19, 17.19, 18.19, 19.19, 20.19, 21.19, 22.19, 23.19, 24.19, 25.19, 26.19, 27.19, 28.19, 29.19, 30.19, 31.19, 1.20, 2.20, 3.20, 4.20, 5.20, 6.20, 7.20, 8.20, 9.20, 10.20, 11.20, 12.20, 13.20, 14.20, 15.20, 16.20, 17.20, 18.20, 19.20, 20.20, 21.20, 22.20, 23.20, 24.20, 25.20, 26.20, 27.20, 28.20, 29.20, 30.20, 31.20, 1.21, 2.21, 3.21, 4.21, 5.21, 6.21, 7.21, 8.21, 9.21, 10.21, 11.21, 12.21, 13.21, 14.21, 15.21, 16.21, 17.21, 18.21, 19.21, 20.21, 21.21, 22.21, 23.21, 24.21, 25.21, 26.21, 27.21, 28.21, 29.21, 30.21, 31.21, 1.22, 2.22, 3.22, 4.22, 5.22, 6.22, 7.22, 8.22, 9.22, 10.22, 11.22, 12.22, 13.22, 14.22, 15.22, 16.22, 17.22, 18.22, 19.22, 20.22, 21.22, 22.22, 23.22, 24.22, 25.22, 26.22, 27.22, 28.22, 29.22, 30.22, 31.22, 1.23, 2.23, 3.23, 4.23, 5.23, 6.23, 7.23, 8.23, 9.23, 10.23, 11.23, 12.23, 13.23, 14.23, 15.23, 16.23, 17.23, 18.23, 19.23, 20.23, 21.23, 22.23, 23.23, 24.23, 25.23, 26.23, 27.23, 28.23, 29.23, 30.23, 31.23, 1.24, 2.24, 3.24, 4.24, 5.24, 6.24, 7.24, 8.24, 9.24, 10.24, 11.24, 12.24, 13.24, 14.24, 15.24, 16.24, 17.24, 18.24, 19.24, 20.24, 21.24, 22.24, 23.24, 24.24, 25.24, 26.24, 27.24, 28.24, 29.24, 30.24, 31.24, 1.25, 2.25, 3.25, 4.25, 5.25, 6.25, 7.25, 8.25, 9.25, 10.25, 11.25, 12.25, 13.25, 14.25, 15.25, 16.25, 17.25, 18.25, 19.25, 20.25, 21.25, 22.25, 23.25, 24.25, 25.25, 26.25, 27.25, 28.25, 29.25, 30.25, 31.25, 1.26, 2.26, 3.26, 4.26, 5.26, 6.26, 7.26, 8.26, 9.26, 10.26, 11.26, 12.26, 13.26, 14.26, 15.26, 16.26, 17.26, 18.26, 19.26, 20.26, 21.26, 22.26, 23.26, 24.26, 25.26, 26.26, 27.26, 28.26, 29.26, 30.26, 31.26, 1.27, 2.27, 3.27, 4.27, 5.27, 6.27, 7.27, 8.27, 9.27, 10.27, 11.27, 12.27, 13.27, 14.27, 15.27, 16.27, 17.27, 18.27, 19.27, 20.27, 21.27, 22.27, 23.27, 24.27, 25.27, 26.27, 27.27, 28.27, 29.27, 30.27, 31.27, 1.28, 2.28, 3.28, 4.28, 5.28, 6.28, 7.28, 8.28, 9.28, 10.28, 11.28, 12.28, 13.28, 14.28, 15.28, 16.28, 17.28, 18.28, 19.28, 20.28, 21.28, 22.28, 23.28, 24.28, 25.28, 26.28, 27.28, 28.28, 29.28, 30.28, 31.28, 1.29, 2.29, 3.29, 4.29, 5.29, 6.29, 7.29, 8.29, 9.29, 10.29, 11.29, 12.29, 13.29, 14.29, 15.29, 16.29, 17.29, 18.29, 19.29, 20.29, 21.29, 22.29, 23.29, 24.29, 25.29, 26.29, 27.29, 28.29, 29.29, 30.29, 31.29, 1.30, 2.30, 3.30, 4.30, 5.30, 6.30, 7.30, 8.30, 9.30, 10.30, 11.30, 12.30, 13.30, 14.30, 15.30, 16.30, 17.30, 18.30, 19.30, 20.30, 21.30, 22.30, 23.30, 24.30, 25.30, 26.30, 27.30, 28.30, 29.30, 30.30, 31.30, 1.31, 2.31, 3.31, 4.31, 5.31, 6.31, 7.31, 8.31, 9.31, 10.31, 11.31, 12.31, 13.31, 14.31, 15.31, 16.31, 17.31, 18.31, 19.31, 20.31, 21.31, 22.31, 23.31, 24.31, 25.31, 26.31, 27.31, 28.31, 29.31, 30.31, 31.31, 1.32, 2.32, 3.32, 4.32, 5.32, 6.32, 7.32, 8.32, 9.32, 10.32, 11.32, 12.32, 13.32, 14.32, 15.32, 16.32, 17.32, 18.32, 19.32, 20.32, 21.32, 22.32, 23.32, 24.32, 25.32, 26.32, 27.32, 28.32, 29.32, 30.32, 31.32, 1.33, 2.33, 3.33, 4.33, 5.33, 6.33, 7.33, 8.33, 9.33, 10.33, 11.33, 12.33, 13.33, 14.33, 15.33, 16.33, 17.33, 18.33, 19.33, 20.33, 21.33, 22.33, 23.33, 24.33, 25.33, 26.33, 27.33, 28.33, 29.33, 30.33, 31.33, 1.34, 2.34, 3.34, 4.34, 5.34, 6.34, 7.34, 8.34, 9.34, 10.34, 11.34, 12.34, 13.34, 14.34, 15.34, 16.34, 17.34, 18.34, 19.34, 20.34, 21.34, 22.34, 23.34, 24.34, 25.34, 26.34, 27.34, 28.34, 29.34, 30.34, 31.34, 1.35, 2.35, 3.35, 4.35, 5.35, 6.35, 7.35, 8.35, 9.35, 10.35, 11.35, 12.35, 13.35, 14.35, 15.35, 16.35, 17.35, 18.35, 19.35, 20.35, 21.35, 22.35, 23.35, 24.35, 25.35, 26.35, 27.35, 28.35, 29.35, 30.35, 31.35, 1.36, 2.36, 3.36, 4.36, 5.36, 6.36, 7.36, 8.36, 9.36, 10.36, 11.36, 12.36, 13.36, 14.36, 15.36, 16.36, 17.36, 18.36, 19.36, 20.36, 21.36, 22.36, 23.36, 24.36, 25.36, 26.36, 27.36, 28.36, 29.36, 30.36, 31.36, 1.37, 2.37, 3.37, 4.37, 5.37, 6.37, 7.37, 8.37, 9.37, 10.37, 11.37, 12.37, 13.37, 14.37, 15.37, 16.37, 17.37, 18.37, 19.37, 20.37, 21.37, 22.37, 23.37, 24.37, 25.37, 26.37, 27.37, 28.37, 29.37, 30.37, 31.37, 1.38, 2.38, 3.38, 4.38, 5.38, 6.38, 7.38, 8.38, 9.38, 10.38, 11.38, 12.38, 13.38, 14.38, 15.38, 16.38, 17.38, 18.38, 19.38, 20.38, 21.38, 22.38, 23.38, 24.38, 25.38, 26.38, 27.38, 28.38, 29.38, 30.38, 31.38, 1.39, 2.39, 3.39, 4.39, 5.39, 6.39, 7.39, 8.39, 9.39, 10.39, 11.39, 12.39, 13.39, 14.39, 15.39, 16.39, 17.39, 18.39, 19.39, 20.39, 21.39, 22.39, 23.39, 24.39, 25.39, 26.39, 27.39, 28.39, 29.39, 30.39, 31.39, 1.40, 2.40, 3.40, 4.40, 5.40, 6.40, 7.40, 8.40, 9.40, 10.40, 11.40, 12.40, 13.40, 14.40, 15.40, 16.40, 17.40, 18.40, 19.40, 20.40, 21.40, 22.40, 23.40, 24.40, 25.40, 26.40, 27.40, 28.40, 29.40, 30.40, 31.40, 1.41, 2.41, 3.41, 4.41, 5.41, 6.41, 7.41, 8.41, 9.41, 10.41, 11.41, 12.41, 13.41, 14.41, 15.41, 16.41, 17.41, 18.41, 19.41, 20.41, 21.41, 22.41, 23.41, 24.41, 25.41, 26.41, 27.41, 28.41, 29.41, 30.41, 31.41, 1.42, 2.42, 3.42, 4.42, 5.42, 6.42, 7.42, 8.42, 9.42, 10.42, 11.42, 12.42, 13.42, 14.42, 15.42, 16.42, 17.42, 18.42, 19.42, 20.42, 21.42, 22.42, 23.42, 24.42, 25.42, 26.42, 27.42, 28.42, 29.42, 30.42, 31.42, 1.43, 2.43, 3.43, 4.43, 5.43, 6.43, 7.43, 8.43, 9.43, 10.43, 11.43, 12.43, 13.43, 14.43, 15.43, 16.43, 17.43, 18.43, 19.43, 20.43, 21.43, 22.43, 23.43, 24.43, 25.43, 26.43, 27.43, 28.43, 29.43, 30.43, 31.43, 1.44, 2.44, 3.44, 4.44, 5.44, 6.44, 7.44, 8.44, 9.44, 10.44, 11.44, 12.44, 13.44, 14.44, 15.44, 16.44, 17.44, 18.44, 19.44, 20.44, 21.44, 22.44, 23.44, 24.44, 25.44, 26.44, 27.44, 28.44, 29.44, 30.44, 31.44, 1.45, 2.45, 3.45, 4.45, 5.45, 6.45, 7.45, 8.45, 9.45, 10.45, 11.45, 12.45, 13.45, 14.45, 15.45, 16.45, 17.45, 18.45, 19.45, 20.45, 21.45, 22.45, 23.45, 24.45, 25.45, 26.45, 27.45, 28.45, 29.45, 30.45, 31.45, 1.46, 2.46, 3.46, 4.46, 5.46, 6.46, 7.46, 8.46, 9.46, 10.46, 11.46, 12.46, 13.46, 14.46, 15.46, 16.46, 17.46, 18.46, 19.46, 20.46, 21.46, 22.46, 23.46, 24.46, 25.46, 26.46, 27.46, 28.46, 29.46, 30.46, 31.46, 1.47, 2.47, 3.47, 4.47, 5.47, 6.47, 7.47, 8.47, 9.47, 10.47, 11.47, 12.47, 13.47, 14.47, 15.47, 16.47, 17.47, 18.47, 19.47, 20.47, 21.47, 22.47, 23.47, 24.47, 25.47, 26.47, 27.47, 28.47, 29.47, 30.47, 31.47, 1.48, 2.48, 3.48, 4.48, 5.48, 6.48, 7.48, 8.48, 9.48, 10.48, 11.48, 12.48, 13.48, 14.48, 15.48, 16.48, 17.48, 18.48, 19.48, 20.48, 21.48, 22.48, 23.48, 24.48, 25.48, 26.48, 27.48, 28.48, 29.48, 30.48, 31.48, 1.49, 2.49, 3.49, 4.49, 5.49, 6.49, 7.49, 8.49, 9.49, 10.49, 11.49, 12.49, 13.49, 14.49, 15.49, 16.49, 17.49, 18.49, 19.49, 20.49, 21.49, 22.49, 23.49, 24.49, 25.49, 26.49, 27.49, 28.49, 29.49, 30.49, 31.49, 1.50, 2.50, 3.50, 4.50, 5.50, 6.50, 7.50, 8.50, 9.50, 10.50, 11.50, 12.50, 13.50, 14.50, 15.50, 16.50, 17.50, 18.50, 19.50, 20.50, 21.50, 22.50, 23.50, 24.50, 25.50, 26.50, 27.50, 28.50, 29.50, 30.50, 31.50, 1.51, 2.51, 3.51, 4.51, 5.51, 6.51, 7.51, 8.51, 9.51, 10.51, 11.51, 12.51, 13.51, 14.51, 15.51, 16.51, 17.51, 18.51, 19.51, 20.51, 21.51, 22.51, 23.51, 24.51, 25.51, 26.51, 27.51, 28.51, 29.51, 30.51, 31.51, 1.52, 2.52, 3.52, 4.52, 5.52, 6.52, 7.52, 8.52, 9.52, 10.52, 11.52, 12.52, 13.52, 14.52, 15.52, 16.52, 17.52, 18.52, 19.52, 20.52, 21.52, 22.52, 23.52, 24.52, 25.52, 26.52, 27.52, 28.52, 29.52, 30.52, 31.52, 1.53, 2.53, 3.53, 4.53, 5.53, 6.53, 7.53, 8.53, 9.53, 10.53, 11.53, 12.53, 13.53, 14.53, 15.53, 16.53, 17.53, 18.53, 19.53, 20.53, 21.53, 22.53, 23.53, 24.53, 25.53, 26.53, 27.53, 28.53, 29.53, 30.53, 31.53, 1.54, 2.54, 3.54, 4.54, 5.54, 6.54, 7.54, 8.54, 9.54, 10.54, 11.54, 12.54, 13.54, 14.54, 15.54, 16.54, 17.54, 18.54, 19.54, 20.54, 21.54, 22.54, 23.54, 24.54, 25.54, 26.54, 27.54, 28.54, 29.54, 30.54, 31.54, 1.55, 2.55, 3.55, 4.55, 5.55, 6.55, 7.55, 8.55, 9.55, 10.55, 11.55, 12.55, 13.55, 14.55, 15.55, 16.55, 17.55, 18.55, 19.55, 20.55, 21.55, 22.55, 23.55, 24.55, 25.55, 26.55, 27.55, 28.55, 29.55, 30.55, 31.55, 1.56, 2.56, 3.56, 4.56, 5.56, 6.56, 7.56, 8.56, 9.56, 10.56, 11.56, 12.56, 13.56, 14.56, 15.56, 16.56, 17.56, 18.56, 19.56, 20.56, 21.56, 22.56, 23.56, 24



Das **1.** große  
**Frühjahrs-Angebot**  
 in der Abteilung  
**Damen-Konfektion**  
 beginnt am Montag den 16. März  
 und endet  
 am Montag den 23. März

**BILLIGE PREISE**  
**für M'ANTTEL**

**Auch für Minderbemittelte eine außergewöhnlich billige Kaufgelegenheit!**

Donegal-Mäntel für Konfirmanden und Kommunikanten			Donegal-Mäntel für Backfische und junge Damen			Donegal-Mäntel in allen Weiten und Größen		
10.75	12.75	15.00	16.50	18.00	21.00	22.50	24.00	27.00



Covercoat - Mantel  
 reiche Biesen- und Knopf-garnierung **13.75**

Covercoat - Mäntel  
 deutsche Wolle, moderne gerade Form,  
 für Konfirmanden und Backfische

9.75 13.75 15.75

Covercoat - Mäntel  
 prima gezwirnte Ware, mit moderner  
 Knopf- und Biesenverzierung

32.00 36.75 42.50

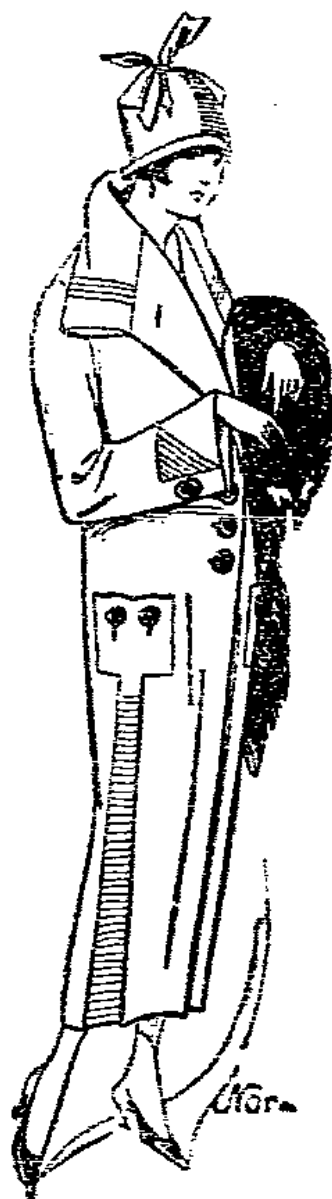
Tuch - Mäntel  
 moderne Fassons in großen Farben-  
 sortimenten

22.50 26.00 34.50

Tuch - Mäntel  
 in allerfeinsten Ausführungen, guter Sitz  
 und tadellose Verarbeitung

39.75 45.50 54.00

Hochelegante  
 Modell-Kostüme,  
 -Kleider und -Mäntel  
 in Mouline, Epinglé, Burberry, Otto-  
 messe und Gabardine



Covercoat - Mantel  
 prima gezwirnte  
 Ware, m. Tasche  
 und Biesen-Garn. **28.00**

Covercoat - Mäntel  
 deutsche Wolle, guter Sitz und beste  
 Verarbeitung

18.75 21.00 30.50

Burberry-Mäntel  
 in vielen modernen Farben, offen und ge-  
 schlossen zu tragen, mit u. ohne Gürtel

39.50 49.50 59.00

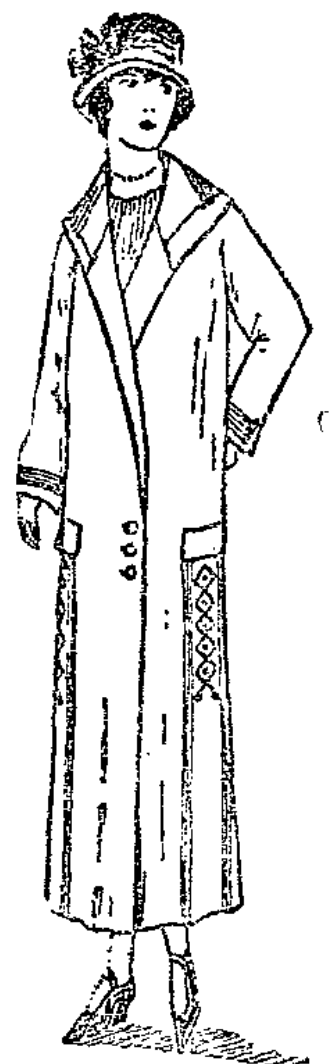
Rips - Mäntel  
 in fabelhaft schönen Macharten, in allen  
 Farben

38.00 48.75 56.00

Rips - Mäntel  
 sehr vornehme Verarbeitung, modernste  
 Farben

60.00 65.00 76.00

Große Auswahl in  
**Blusen und Röcken**  
 in allerneuesten Stoffen u. Macharten



Tuch-Mantel  
 wie Abbildung,  
 mit Knopf- und  
 seitlicher Lasse-  
 bandgarnierung. **24.00**

Seidentrikot-Unterkleider und  
 -Hemdosen sehr moderne Farben  
 5.95 7.50 9.85

**Das Gespräch des Tages**  
 ist die **aussergewöhnliche Billigkeit**  
**meiner Seidentrikot-Kleidung**

Seidentrikot-Kleider  
 fabelhafte Farben und reichhaltige Auswahl  
 8.95 12.50 22.50

Sehr preiswerte Seidenstoffe  
 prima Lindener Seide, schwarz, 70 cm breit Meter **6.75**

Helvetia 90 cm breit, in allen mod. Farben Mit. **4.50**  
 Marocain in apart., mod. Farben Mit. 10.75 7.50 **5.75**

Crépe de Chine in allen mod. Farben Meter **7.50**  
 Taft in allen Farben . . . . . Meter **7.50**

**H. Lublin**

Ausstellung  
**Der Hut — Das Kleid** im 1. Stock



### Der zweite Magdeburger Prozeß.

Fortsetzung der Freitag-Verhandlung.

Der vierte Verhandlungstag im Magdeburger Verleumdungsprozeß begann, wie schon kurz berichtet, mit der Vernehmung des damaligen Redaktionssekretärs beim „Vorwärts“, Weimann, der die Vernehmung des Oberbürgermeisters Scheidemann folgte. Nachzutragen ist noch aus der

#### Vernehmung Scheidemanns:

Zu der ersten Sitzung der Streikleitung wurde über ihre Zusammenfassung und über die Forderungen der Streikenden verhandelt; denn der Streik war veranlaßt durch die Gegner der Sozialdemokratie. Gleich zu Beginn wurde von uns die Frage aufgeworfen, ob es nicht gescheiter sei, sich sofort mit dem Staatssekretär des Innern, Wallraf, in Verbindung zu setzen.

Der Zeuge schildert dann die vergeblichen Versuche, mit Wallraf in Verbindung zu kommen, der lediglich Reichstagsabgeordnete empfangen wollte, aber nicht streikende Arbeiter. Ich hatte den Eindruck, daß Wallraf schon einen Wind bekommen hatte; denn er hat sich benommen, wie ich es nie vorher und nachher von einem Minister erlebt hatte. Selbst die Vermittlung des Zentrumsabgeordneten Giesberts hat er abgelehnt. Dabei stellten wir Wallraf vor, daß wir nicht über politische Fragen mit ihm verhandeln wollten, sondern nur über das Versammlungsverbot und Ernährungsfragen. Später trat ich aus der Streikleitung aus, um einem Gewerkschaftler der Generalkommission, Gustav Bauer, Platz zu machen.

Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge: Es ist mir absolut unerfindlich, wie man Ebert derartige Vorwürfe machen kann, wie sie ihm in diesem Verfahren gemacht wurden. Noch Ende 1918, zehn Monate nach dem Streik, ist Ebert dafür eingetreten, alles für die Landesverteidigung zu tun. Es ist daher irrsinnig, ihm den Vorwurf des Landesverrats zu machen.

Damals galt es, einen bösen Verlauf des Streikes, den Uebergang zur Revolution und zum Bürgerkrieg zu verhindern. Aber alle streikenden Arbeiter haben nicht daran gedacht, daß sie Landesverrat begehen. Bei einem Entgegenkommen der Reichsregierung wäre der Streik sofort abgebrochen und die Arbeit am anderen Tag wieder aufgenommen worden. Das wurde unmöglich durch die Haltung Wallrafs.

Einen breiten Raum in der Vernehmung Scheidemanns nimmt dann die Schilderung der Streikbewegung und der Beteiligung an der Streikleitung in Scheidemanns Buch „Der Zusammenbruch“ ein. Ueber den Beschluß des Parteiaussschusses vom 30. Januar 1918 sagt Scheidemann, daß schon vorher die beiden Kronprinzen Preußens und Bayerns in Engaden an den Reichskanzler und die Oberste Heeresleitung für einen Verständigungsfrieden, einen Frieden ohne Annexionen, eingetreten waren. Beide Kronprinzen stellten fest, daß der Unterjochungskrieg gescheitert war. Wallraf hat seinen ablehnenden Standpunkt eingenommen auf Befehl der Heeresleitung, von der jetzt bekannt sei, daß sie den Standpunkt vertreten habe: Uns liegt nichts an einer geringen Munitionsmenge, uns liegt vornehmlich daran, daß

unter keinen Umständen den Streikenden nachgegeben

wird. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Scheidemann: Höher als der Erlaß des Generals von Kessel, der die Streikbeteiligung verbot, war für uns das Gebot, im Interesse des Landes die Arbeiter nicht joblos zu lassen. Daher stellte sich jeder einzelne auch weiterhin den Arbeitern zur Verfügung, um sie nicht im Stich zu lassen. Ich war und bin sehr überzeugt, daß sonst das größte Unheil gekommen wäre; denn damals kamen aus dem radikalen Lager zum erstenmal Anregungen, Sabotageakte zu verüben, Elektrizitätswerke usw. lahmzulegen. Demgegenüber hätten wir als Vertreter der Arbeiter und Leute, die ihr Vaterland liebten, verbrecherisch gehandelt, wenn wir dem Befehl des Generals von Kessel Folge geleistet hätten.

Scharf weist Scheidemann die Unterstellung zurück, wie sie Rechtsanwalt Martin aus der „Roten Fahne“ sich zu eigen macht, als ob er eine Polizeisteife habe durchbrechen wollen, um in diesen Tagen in einer Versammlung in Moabit vor Streikenden zu sprechen. Hier handelte es sich um einen verlogenen Polizeibericht, was schon längst geklärt sei. Tatsache sei, daß er ganz allein war, als er von 20 Menschen überfallen wurde.

Auf eine Frage der Verteidigung bestätigt der Zeuge, daß ein Teil der Forderungen der Streikenden auch Forderungen der Mehrheitssozialdemokratie gewesen sind. Diese sei aber von Anfang an dagegen gewesen, daß sie durch Streik durchgesetzt werden.

Es kommt dann ein Flugblatt mit den Forderungen der Streikenden zur Verlesung. Auf einen Vorhalt der Verteidigung erklärt Scheidemann: Wenn ich damals gewußt hätte, was ich jetzt weiß, hätte ich damals viel härter im Reichstag gesprochen, um die feige, erbärmliche Regierung unter Druck zu setzen und ihr die Stimmung im Lande zu zeigen. Befragt über die von Ebert in einer Rede betonte Solidarität mit der österreichischen Arbeitererschaft, erklärt Scheidemann: Eine Solidarität zwischen Kaiser Wilhelm 2. und Kaiser Karl bestand schon lange nicht mehr. Am 10. mehr mußte die Solidarität zwischen den österreichischen und deutschen Arbeitern unterstrichen werden.

Die Verteidigung beantragte schließlich die Verlesung des Dankschreibens Eberts an den aus dem Amte des Reichskanzlers ausgeschiedenen Scheidemann, in dem er an den jahrelangen gemeinsamen Kampf gegen die

#### Gewalttätigkeiten des alten Regimes

erinnert. Die Verteidigung wünscht Abschluß über diese Gewalttätigkeiten. Als Beispiel führt Scheidemann den Fall Eckardt an. Diesen jahrelangen deutschen Volkshäfter in England ließ der Staatssekretär des Innern v. Jagow im Kriege wegen angeblichen Landesverrats von der Straße weg verschleppen, weil er ein Buch über die Sünden der kaiserlichen Diplomatie geschrieben und das Manuskript bei einem Verleger deponiert hatte. Der Außenminister hatte Angst, kompromittiert zu werden. Daher griff er zur Verdächtigung des Landesverrats gegen v. Eckardt, der Nachrichtenoffizier des deutschen Kronprinzen war. Bei einem halben Duzend von Gerichten hat der Außenminister die Klageerhebung versucht. Als alle deutschen Gerichte diese Gewalttätigkeit ablehnten, ließ der Staatssekretär

den Volkshäfter ins Irrenhaus stecken, bis ihn der Direktor freiließ. „Solche und ähnliche Gewalttätigkeiten meinte Ebert in seinem Schreiben an mich.“ — Um 1 Uhr mittags wurde die Vernehmung des Zeugen unterbrochen.

Kurz vor 3¼ Uhr wird die Vernehmung Scheidemanns fortgesetzt. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß zum 23. März weitere Zeugen geladen werden. Die Staatsanwaltschaft beantragt die Ladung des Chefredakteurs Stampfer vom „Vorwärts“. Auf Veranlassung des Vorsitzenden gibt Scheidemann eine Schilderung des Zustandekommens der Regierung des Kronen Prinzen Max, der auf dem Eintritt der Sozialdemokratie in seine Regierung bestand. Ebert sei für den Eintritt in die Regierung gewesen. Er, Scheidemann, habe den Standpunkt vertreten, es sei ganz aussichtslos, den guten Namen der Partei für diese banalste Sache herzugeben. Ebert sei jedoch mit seiner Meinung durchgedrungen. Seine Ansicht hat im Parteivorstand und in der Fraktion gefestigt. „Ich wurde dann sofortigen zur Strafe in die Regierung geschickt und habe mich als Demokrat gefügt.“

Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Streikbeteiligung führt Scheidemann aus: Die Leute, die beim Streik in Frage kamen, waren nicht alle Sozialdemokraten, Unabhängige und Sozialisten; zweifellos waren auch Sirsch, Dundersee,

Christliche sowie Unorganisierte am Streik beteiligt. In der Rüstungsindustrie waren

Rechtsanwälte, Schuhmacher, Bädermeister usw. beschäftigt, und alle sind mitgegangen beim Streik.

Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß der Parteivorstand die Parteipresse nur auf die prinzipielle Haltung hin überwacht. Zur Erörterung kommt dann der „Vorwärts“-Artikel über den Streik und die Forderungen der Streikenden. Plötzlich ruft Rechtsanwalt Martin, der mit seinen nagehenden Fragen die Vernehmung stundenlang in die Länge zieht, ob es richtig sei, daß Scheidemann als Staatssekretär im Einverständnis mit seiner Partei und dem Parteivorstandenden Ebert am 20. Oktober 1918 den Rücktritt des Kaisers gefordert hat, indem er mit dem Rücktritt der Sozialdemokratie aus der Regierung drohte. Der Generalstaatsanwalt erhebt Einspruch gegen die Zulassung dieser Frage, die mit dem beleidigenden Artikel des Angeklagten nichts zu tun habe, und weist auf die Folgen für den ganzen Prozeß hin. Daraufhin stellt der Vorsitzende an den sichtbar verduhten Angeklagten, der nicht damit rechnet, daß man auch von ihm etwas wissen will, die Frage, welche Behauptungen er aufstelle, um gegen Ebert den Vorwurf des Landesverrats auch über die Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik hinaus zu erheben.

Der Angeklagte erhebt sich schwerfällig. Er ist nicht imstande, sich mit einem einzigen Worte zu äußern. Als Erlösung ertönen die Zurufe der Verteidiger:

Der Angeklagte braucht nicht zu antworten!

Vors.: Das weiß ich, aber ich habe den Angeklagten zu vernehmen und nicht die Verteidiger.

Tatsächlich ist aus dem Angeklagten kein Wort herauszubringen. Der Generalstaatsanwalt weist auf die Erklärung der Verteidigung zu Beginn des Prozesses hin, daß es sich um Ebert als Parteivorstandsmittglied handle, daß sich das Vorgehen der Verteidigung aber gegen alle Politiker richte, die am Sturze der damaligen Regierung beteiligt waren.

M.-A. Luettebrunne: Der Generalstaatsanwalt droht also (der Vorsitzende rügt den Ausdruck) mit der Verweisung des Verfahrens an den Staatsgerichtshof? Dazu liegt kein Grund vor. Schließlich zieht sich das Gericht um 4¼ Uhr zur Beschlußfassung über die Zulassung der folgenjahrenen Frage zurück.

Nach einstündiger Beratung des Gerichtshofs erhält Verteidiger Luettebrunne das Wort, um die Gründe der Verteidigung für ihre Fragestellung nochmals darzulegen. Die Frage wird infolgedessen von der Verteidigung dahin beschränkt, ob Scheidemann den Brief vom 20. Oktober 1918 an den Kronen Prinzen Max von Baden geschrieben habe. Da für diese Aussage keine Genehmigung der Regierung vorliegt, wird die Frage zurückgestellt.

M.-A. Martin: Ich möchte den Zweck der Reise wissen, die Ebert und Braun bei Kriegsausbruch nach der Schweiz unternommen haben.

Zeuge: Den Zweck möchte ich auch wissen, ich kenne ihn nicht.

Martin: Weshalb ist Hermann Müller bei Kriegsausbruch nach Paris gegangen?

Scheidemann: Wir haben ihn dahin geschickt, weil wir keinen Versuch unterlassen wollten, bei unsern französischen Parteifreunden dahin einzuwirken, daß sie die französische Regierung bremsen,

damit der Krieg nicht ausbricht.

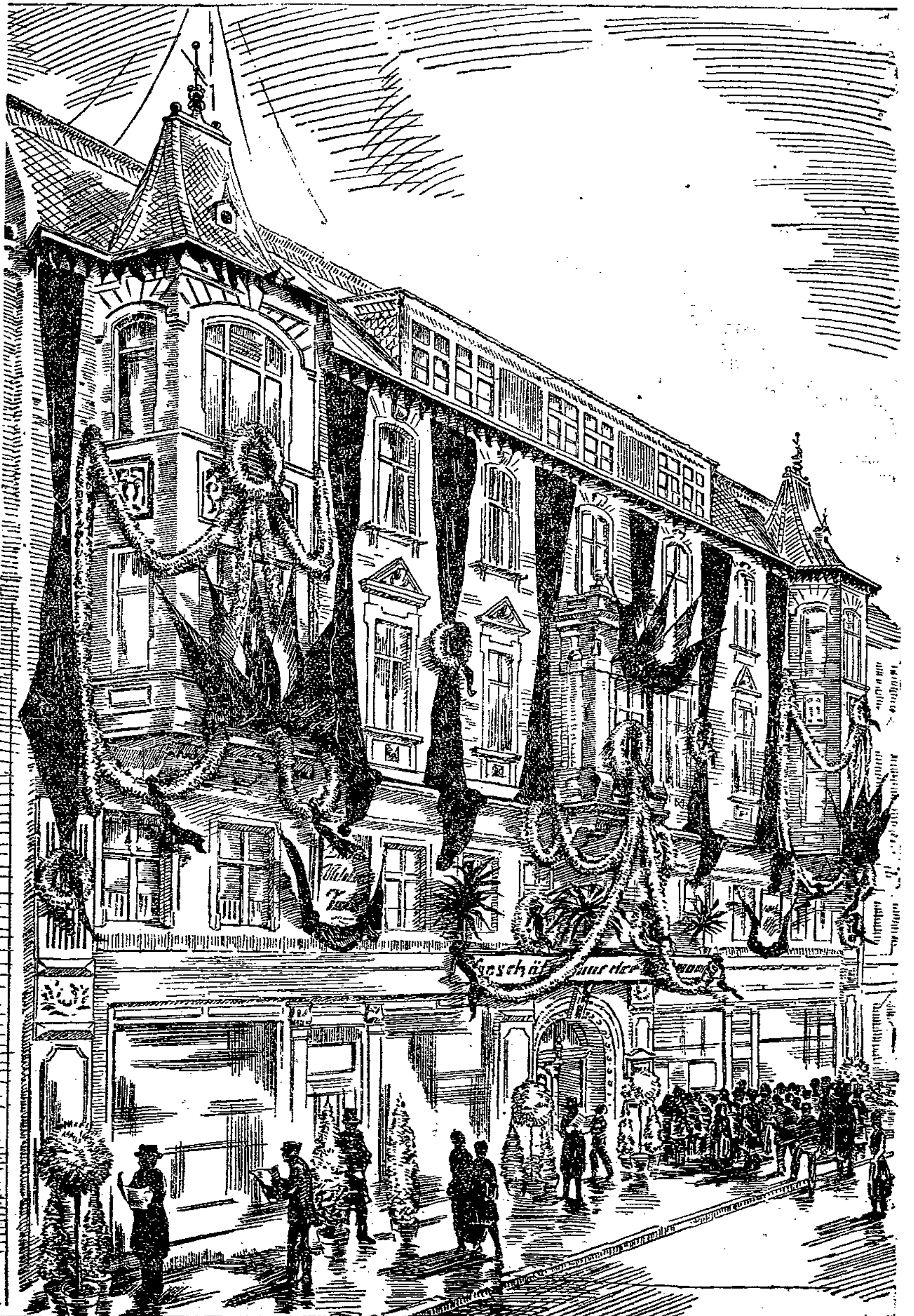
Aber Jaurès, der ungeheuren Einfluß hatte, wurde bei Müllers Ankunft ermordet, und damit war der Zweck der Reise schon nahezu erledigt.

M.-A. Martin: Ist es richtig, daß in der Fraktion die Frage, ob es sich um einen Verteidigungskrieg handle, schon im März 1915 aufgeworfen wurde?

Scheidemann: Solange wir nicht gespalten waren, haben immer schon solche Debatten stattgefunden; denn vierzehn Fraktionsmitglieder wollten von Anfang an die Kriegskredite nicht bewilligen.

Damit ist die Vernehmung Scheidemanns kurz vor 6 Uhr beendet.

### Das Haus der Volksstimme im Trauerkleid.



Um der Trauer der Arbeiterschaft um den aus ihren Reihen hervorgegangenen ersten Präsidenten der deutschen Republik sichtbaren Ausdruck zu geben, hatte das Haus der Volksstimme in den Tagen nach Friedrich Eberts Tode ein Trauerkleid angelegt. Ernst und düster schauerten die schwarzen Store herab und mahnten die Vorübergehenden, des großen Toten zu gedenken. Aus dem Dunkel schwarzer Rahmen heraus leuchtete das Schwarzrotgold der Republik. Das Girlandengrün, das die Front des Hauses umzog, war in der Trauer ringsum symbolisch für die lebendige Hoffnung, daß das Erbe des Toten, die Republik, ihre Güter finden möge. Die Tage der Trauer sind nun vorüber. Der Kampf um die Republik, die im Geiste Friedrich Eberts geleitet werden soll, hat begonnen und ruft jeden Republikaner auf zu treuer Pflichterfüllung.



**Zeuge Hermann Müller,**

Der nächste Zeuge ist Hermann Müller, schon damals Mitglied des Parteivorstandes. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte er, daß Ebert sich zuletzt auf den Standpunkt der Landesverteidigung gestellt und bei allen Gelegenheiten auch innerhalb des Parteivorstandes und der Fraktion für die Landesverteidigung diese Ansicht vertreten hat. Wir haben immer nach dem Grundgesetz gehandelt, daß es sich bei einem Weltkrieg um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handle. Unser Standpunkt war, auszuharren bis zu einem Frieden der Verständigung; ein Frieden um jeden Preis kam nicht in Betracht. Ebert war immer der Ansicht, daß Munitionsarbeiterstreike nutzlos und schädlich waren.

Der Zeuge schildert dann, wie nach Ausbruch des Streikes am Montag vormittag die Arbeiter aus den Großbetrieben kamen und über den Streik berichteten: Ich erklärte ihren Forderungen gegenüber, daß es zweifelhaft sei, ob die Streikenden überhaupt den Eintritt von Sozialdemokraten in die Streikleitung wollten. Der Streik mußte nach meiner Auffassung spätestens nach acht Tagen zusammenbrechen bei den Nachmitteln des Oberkommandos der Marine. Der Grund für die Änderung in der Haltung der Parteivorstandesmitglieder, die

**zuerst alle gegen eine Beteiligung**

am Streik waren, lag darin, daß man die Streikenden nicht den Richard Müller, Melchior und ausliefern wollte. Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, er sei bestimmt gewesen, einige Worte zu den Streikenden in einer Versammlung in Moskau zu sprechen. Er kam aber nicht dazu, weil die Polizei eintritt. Auf eine weitere Frage bezeichnet der Zeuge als günstigen Abschluß des Streikes z. B. einen solchen Abschluß, wie ihn der bayerische Minister von Dandl damals durch Verhandlungen erreicht hat.

Auf die Frage des Staatsanwalts bestätigt der Zeuge, daß nach seiner Auffassung der Streik bei Eintritt der Sozialdemokratie in die Leitung schon auf dem Höhepunkt angelangt war. Schließlich sucht Rechtsanwalt Martin den Zeugen, allerdings vergeblich, festzulegen auf seine Ausführungen auf der Berner Konferenz.

Zum Schluß kommt das Zenoramt zur Erörterung, das Hermann Müller in der Zeit vom Oktober 1916 bis April 1917 auf Veranlassung des Oberkommandos beim „Vorwärts“ ausübt hat, nachdem das Blatt dreimal verboten worden war. Er hatte zu überprüfen, daß keine Veröffentlichungen erfolgten, die von der Zenitur verboten waren. Nachher schließt diese Sache aber ein. Ueber das Verhältnis des Parteivorstandes zum „Vorwärts“ befragt, bestätigt Hermann Müller die Angaben der früheren Zeugen. Um 6.45 Uhr ist seine Vernehmung beendet.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend hernachmittag vertagt. —

**Magdeburger Angelegenheiten.**

Magdeburg, den 14. März 1925.

**An die Rechte gekommen.**

Ein Arbeiter schreibt uns: Feiertag ist es, und der Herr der Götter ist voll von heimkehrenden Arbeitern. In einer Gaststube steigt ein „Herr“ auf, die Mantelstücke unterem Arm. Mit freundlichem Lächeln knüpft er den Gesprächsfaden mit den Arbeitern an, über Geld und Feiertag. Wie zufällig fällt das Wort von Varnas-Bauer, ja, der weiß nichts mehr von Geldmangel und Feiertag. Und mit heiserer Stimme geht es dann weiter, gegen Bauer, gegen die Sozialdemokratie. Und die Arbeiter stehen und hören, wie hier einer über einen Sozialdemokraten redet, und keiner antwortet. Und es ist doch böses Gift, was ihnen in kleiner Menge beigebracht wurde.

In Lokal, wo fast nur Republikaner verkehren, ist auch dieser „Herr“, der Anstoß sucht. „Weißt Du Kamerad, schon war es nicht, was Bauer da gemacht hat,“ so beginnt er, harmlos und kameradschaftlich. „Wir quälen uns schwer für unsre paar Pfennige, und dort oben hat man es vergessen. Man verliert dadurch die Lust zum Wählen, kümmert sich um nichts mehr, spart Geld dabei und braucht sich nicht zu ärgern.“ Und die Republikaner sitzen, hören zu und merken nichts von dem Gift.

Geiern hören hörte ich, wie dieser „Herr“ auf einmal eine Antwort erhielt, und zwar von einer Republikanerin. Mit Varnas-Bauer begann das Gespräch, bei den 700 Millionen der Auszubildenden, „den denen Ebert als Präsident doch bestimmt etwas gewußt hat!“ war es angelangt, da meldete sich eine Frauenstimme.

„Nun will ich Ihnen einmal etwas sagen. Bauer war 33 Jahre bei der Partei, er hat gefehlt, ist ausgeschlossen.“

Schluß. Mehr Ehrgefühl wie Ihre Parteihänger hat er bewiesen, indem er ohne weiteres sein Mandat niederlegte, was Leute aus Ihren Kreisen, und wenn sie noch so schwer belastet sind, nicht machen. Und 6 Jahre ist Ebert Präsident gewesen. Deutschland ist durch seine Lastkraft ein deutsches Volk geblieben. 180 Verteidigungsprozesse liefen bei den Gerichten, macht alle zehn Tage eine Verhandlung. Ihr habt den Präsidenten der Republik in den Tod gebracht durch Eueren Dreck und Schmutz. Wenn er und seine Freunde nicht gewesen wären, könntet Ihr Euch jetzt vielleicht hinsetzen in aller Ruhe und solche Reden halten.“

Der „Herr“ schwieg. In der nächsten Haltestelle stieg er ab. Republikaner, macht es ebenso. Ruhe in Ehren, aber bei passender Gelegenheit heraus mit der Sprache. Wir haben es nicht nötig, immer still in der Ecke zu stehen und zu schweigen, wenn unsre Führer und die Republik geschmäht werden. Immer aktiv, und der 29. März wird ein Tag der Millionen werden. —

**25 Jahre Mieter-Bau- und Sparverein.**

Der Mieter-Bau- und Sparverein, E. G. m. b. H. zu Magdeburg, feiert in diesem Monat sein 25jähriges Bestehen. Angeregt durch das Wohnungsproblem in einer kleinen Schar von Männern im Jahre 1900 der Gedanke, durch Selbsthilfe das Wohnungsproblem zu mildern. Durch Gründung einer Bau-Gesellschaft wurde die Verwirklichung dieses Gedankens angefangen. Nur langsam und unter sehr erschwerten Umständen brachten es die Gründer des Vereins im Jahre 1904 so weit, die ersten Häuser errichten zu lassen. Obwohl Widerstände den Weg versperrten, ein Halt gab es nicht mehr. Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Bautätigkeit, so daß die Westhäuser Straße in einigen Jahren entstand. Weitere Häuser wurden errichtet in Friedrichstraße (Grafemanns Garten), in Rothensee (Windmühlentrafé) sowie an der Braunschweiger Straße. Gegenwärtig verfügt der Verein über 54 Häuser mit 758 Wohnungen. Eigene Betriebe, wie Ziegelei, Pflanzerei, Zimmerei, Tischlerei, Kleberei sowie Material liefern eine solide und preiswerte Herstellung der Häuser. Ueber 3200 Mitglieder zählt der Verein zurzeit.

Weiter steht die Bautätigkeit noch in keinem Verhältnis zur Zahl der wohnungsuchenden Mitglieder. Dieses liegt jedoch in der Zeit begründet. Vornehmlich erblickt der Verein seine Aufgabe in der Herstellung von Kleinwohnungen. Gutes Baumaterial, durchweg massive Wände, Gasleitung, elektrische Anlage sowie sanitäre Anordnungen in jeder einzelnen Wohnung, gute Kochrichtungen erhöhen wesentlich die Dauerhaftigkeit, Brauchbarkeit und Annehmlichkeit der Wohnungen und sind die besten Mittel, gesunde Mieter zu erziehen. Aber auch die Kindererziehung hat der Verein nicht unbeachtet gelassen. Die Errichtung des 1 Morgen großen Spielplatzes an der Westhäuser Straße, ausgebaut mit Veranda, Kurbänken, Schaukeln, Reck, Wägen, Sandkasten sowie verschiedenen Handgeräten, ist nie bereut worden. Eltern suchen die Kleinen diesen Platz auf, wo sie ungehindert ihren kindlichen Eingebungen nachgehen können. Bis zur heutigen Zeit war es dem Verein möglich, alljährlich während der Sommermonate eine Kinderkammerin anzustellen. Grundbesitz und Inventar gelten als beachtenswerte Kraft. Die bereits genannten Eigenbetriebe geben eine sichere Gewähr dafür, daß Erschütterungen jedweder Art leichter überwunden werden. Langenostensdanken, die auf gleicher Grundlage in Bezug auf Eigenbetriebe aufgebaut sind, gibt es sehr wenige in Deutschland.

So leben wir das erste Viertel eines Jahrhunderts Vereinsgeschichte in seiner Größe vor uns stehen. Ohne die Unterstützung und das volle Vertrauen der Mitglieder, der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, des Magistrats der Stadt Magdeburg sowie der Volkshilfe wären jedoch Erfolge solcher Art nicht zu verzeichnen gewesen. Die Verwaltung des Mieter-Bau- und Sparvereins hat daher aus Verehrung genommen, die Jubilare sowie Förderer der Bau-Gesellschaft zu einer im engsten Kreise festgelegten Feiern einzuladen. Die all-gemeine Feier findet am 21. März d. J. im „Hoffäger“ statt. —

— Sozialdemokratische Partei. Der Bezirk Neue Neuenstadt hielt am Dienstag seine Bezirksversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Bezirksleiter des berühmten Genossen Friedrich Schmidt. 25 Jahre war dieser Mitglied der Partei. Er hat in der langen Zeit stets für Partei und Presse gewirkt. Genosse Dahms hielt dann einen interessanten Vortrag über Meingartenfragen. Er begrüßte, daß sich die Schrebergärten zu einer festen Organisation zusammengefaßt haben, dadurch sei ein besseres Zusammenarbeiten möglich geworden. Er zeigte aber auch an Hand reicher Materials, daß nicht immer allen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Das Verlangen nach Gartenland ist noch größtenteils befriedigt worden, denn wenn im Jahre 1913 auf 14 Haushaltungen ein Garten anfiel, so kam ein solcher im Jahre 1924 auf 6,6 Haus-

haltungen. In der Meingartenpachtordnung seien zweifellos Mängel vorhanden, die mit der Zeit beseitigt werden müssen. In der Diskussion wurde gewünscht, daß die Obstbaumzucht wieder abgeschafft wird, ferner eine bessere Organisation seitens des Magistrats bezüglich der Bauten in den Schrebergärten. Im Schlußwort behandelte der Referent diese und einige andere gestellte Fragen zur Zufriedenheit der Fragesteller. Zur Reichspräsidentenwahl am 20. März machte der Bezirksleiter die notwendigen Ausführungen und forderte auf, zur Wahlarbeit sich reslos zur Verfügung zu stellen, und vor allem den Wahlfonds zu stärken. Mit einem Hinweis auf das am 14. März im „Hoffäger“ stattfindende Frühlingsfest der Partei wurde die Versammlung geschlossen. —

— Elternversammlung in Sudenburg. Am Mittwoch trafen sich zahlreiche Eltern von Kindern, die die Sudenburger Volkshochschule besuchen, mit den Mitgliedern des Schulkollegiums zu einem gutbesuchten Ausflugsabend. Der Leiter der Schule, Lehrer Forstmann, hielt einen eingehenden, aufklärenden Vortrag über das „Bayerische Konkordat und die Verträge mit den bayerischen evangelischen Landeskirchen und deren Folgen für Schule und Jugenderziehung.“ Eine recht lebhaft ausgeführte Diskussion, welche zeigte, daß die Väter und Mütter für beratige Schulfragen reges Interesse haben. Der nächste Vortragsabend findet am 26. März, abends 8 Uhr, in der Schule statt, an dem über „Grundschulfragen“ gesprochen werden soll. In der Konkordatsfrage nahm die Versammlung folgende Entschliessung gegen 4 Stimmen an: „Die Versammlung lehnt alle drei Verträge der bayerischen Regierung ab, weil durch sie die Interessen des Staates und des Volkes gefährdet werden und die Reichsverfassung verletzt wird. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung, daß ein künftiges Reichsgesetz völlig den Bestimmungen der Reichsverfassung entspricht und die Rechte des Staates an der Schule und damit an der Erziehung der künftigen Staatsbürger wahrt.“ —

— Verzeichnis der Postanstalten. Eine unterzögerte Beförderung der zur Post gegebenen Sendungen ist nur möglich, wenn der Bestimmungsort so genau bezeichnet ist, daß jeder Ungewissheit vorgebeugt wird. Allen Kreisen, die öfter Briefe, Pakete usw. durch die Post befördern lassen, sei deshalb als verbindliches Nachschlagewerk das im Reichspostministerium bearbeitete Verzeichnis der Postanstalten, Eisenbahnen, Kraftwagen-, Luftverkehr- und Dampfstationen in Deutschland und der wichtigsten Orte im Auslande empfohlen. Den Bezug des Werkes, dessen Preis 2.40 Mark beträgt, vermittelt jede Postanstalt. —

— Niederlegung gestufter Grundvermögens- und Hauszinssteuerbeträge. Der „Antilige Preussische Pressedienst“ schreibt: Der preussische Finanzminister hat unterm 9. Februar bekanntgegeben, daß die staatliche Steuer vom Grundvermögen und die Hauszinssteuer, soweit sie gebunden ist, ganz oder teilweise niedergeschlagen werden kann, wenn die Einziehung der rückständigen Steuer eine erhebliche Härte nach sich ziehen würde. Da der Beschluß des Staatsministeriums in der Tagespresse bekanntgegeben worden ist, sind unzählige Gesuche um Niederlegung der gebundenen Beträge beim preussischen Finanzminister eingegangen. Der Finanzminister hat aber die Befugnis zur Niederlegung den Vorsitzenden der Grundsteuerausschüsse (Katasteramt) übertragen. Diese prüfen, ohne daß es eines besonderen Gesuches bedarf, vor Amtswegen, ob nach Lage der Verhältnisse die rückständige Steuer niedergeschlagen oder nachträglich einzugehen ist. Besondere Gesuche um Niederlegung sind also überflüssig. —

— Verlegtes Polizei-Bureau. Die Diensträume des 11. Polizei-Regiments werden am 15. März von der Dorotheenstraße 12 nach dem neu eingerichteten Dienstgebäude in der Thiemstraße 12 verlegt. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

**Eiserne Gesundheit, langes Leben.**

Sehen Sie sich unter Ihren lebenden Bekannten um. Sie finden darunter einige ältere Leute von schmächtigem Körperbau, aber eiserner Gesundheit und zäher Kraft. Und nun sehen Sie sich unter den Toten um, die Sie gekannt haben. Wie manchen, der robust und lebensfröhlich jaher, hat es da in verhältnismäßig jungen Jahren schnell hinweggerafft. Und wie mancher liegt ganz gesund aus, hat aber über allerlei Beschwerden zu klagen, die zunächst unbedeutend scheinen, bis es ihn eines Tages packt und ins Grab wirft. Lesen Sie zunächst folgende Briefe, dann wollen wir es Ihnen genauer erklären.

„Ich war in und nach den Kriegsjahren durch die Unterernährung mit meinen Nerven so heruntergekommen, daß ich in allen Gliedern Schmerzen hatte. Speziell hatte ich Kopfschmerzen, der Magen hat überhaupt nicht mehr gearbeitet, Einbildung ohne Hilfe keine, ich war sehr dünn. Der Arzt stellte fest, daß ich nicht mal einen Teil Brot von dem habe, als ich haben mußte. Und wie ich sehr schwach, Regen konnte ich nicht wegen Rücken-schmerzen. Seitdem ich nun Ihre Nascetin nehme, fühle ich mich wohl und kräftig, ich kann essen und schlafen, die Schmerzen haben nachgelassen, ich nehme jetzt gesund zu.“

Ren Engel, sehr geehrter Herr, für Ihre Dankbarkeit.

Siedow, den 14. Juni 1924.

Herrn Herrn Bauer.

„Schon seit langem ist Ihnen mitteilbar, daß Ihre Nascetin mir sehr nützt. Ich leide seit zwei Jahren an Gicht und Rheumatismus, habe allerlei Mittel versucht, da deren so viele angewendet werden, aber keine hat geholfen, noch aller Versuche und Versuche. Ich wurde schon ganz überdrüssig und dachte, daß ich kein Mittel mehr finden würde. Durch Ihren Brief ist mir Mittel in der Zeitung und wollte den letzten Versuch machen und wie es ist, ist mir das letzte gewollte Mittel von Wirkung. Denn nach 3 Tagen waren die Schmerzen fast vollständig verschwunden und heute, daß es von Tag zu Tag besser wird. Ich kann fast kein Glied mehr schmerzen, aber jetzt kann ich meine ganzen Arbeiten wieder verrichten, was ich bei den vielen Schmerzen die Gefahr noch fürwahr. Auf jeden Fall werde ich Ihre Mittel jedem empfehlen.“

Odenhausen, den 17. September 1924.

Herrn H. H. Odenhausen, Herr Bauer.

Sie leben aus diesen Schilderungen, daß es sich um Schwerleidende handelt, bei denen kaum noch Besserung zu erwarten war.

Und trotzdem wurden sie wieder gesund! Sie hätten sich überhaupt die ganze lange Leidenszeit ersparen können, wenn sie früher gewußt hätten, was die Ursache ihrer Hilflosigkeit war. Es war die fehlerhafte Zusammenziehung (Verunreinigung) des Blutes, der mangelhafte Stoffwechsel.

Normalerweise reinigt sich das Blut von selbst. Es löst alle krankmachenden Stoffe aus, durch den Schweiß, durch den Harn und durch die Ausdünstungen der Haut. Schweiß und Harn werden häufig und häufig, besonders bei den Frauen. Das machen die Blutzellen. Wenn etwas davon im Blute zurück so zeigt sich das in verschiedenen Reize, z. B. durch schlechte Verdauung, Appetitlosigkeit, Angstgefühl, leichte Ermüdbarkeit, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Rücken-schmerzen, Schlaflosigkeit, Raucherhusten, kalte Hände, bleiches oder gelbes Aussehen, Blutandrang zum Kopfe, Blutharnen, Hämorrhoiden, Rheumatisches, Rheumatisches, Gicht, Kurzatmigkeit, Katarhe des Halses, der Nase oder der Ohren und so weiter.

Das Blut muß gereinigt werden, oder richtiger, es muß ihm die Fähigkeit wiedergegeben werden, die Gifte hinauszuschleppen. Die gesundheitswichtigen Abführmittel, die von einer geschädigten Schweißdrüse unter Verwendung geschädigter Mittel als unvollständiger Gesundheitswiederhersteller mit merkwürdigerer Kellerausgabe angeboten werden, erreicht man das nicht, sie jammern nur noch mehr. Aus diesem Grunde erleben Sie, wie die Entgiftung erreicht werden kann. Lebhafte Dankesbriefe über die Wirkung des Nascetin liegen zu vielen Tausenden vor und haben jedem Interessierten zur Anschaffung zur Verfügung.

Nun berichtet ja vielfach gegen solche Verdächtigungen von Lügen ein gewisses Zeugnis, weil es möglich wäre, daß es sich um eine künstliche Färbung handelt. Aber wenn mehr als 10.000 solcher Verdächtigungen, so kann wohl von einem Fälscher keine Rede sein, um so weniger, wenn Sie folgende Anerkennung einer hochachtbaren Universitätsklinik lesen:

„Ich bestätige, daß ich die Nascetin-Präparate seit dem Jahre 1913 bei 1.2.2. Universitätsklinik in Berlin vom 21. Juni 1914

zum allgemeinen Apothekenbetrieb zugelassen wurde, auf unmerkliche Umverteilung öfters verwendet haben. Es enthält keine assimilierbare Nährstoffe und hat sich bestens bewährt bei Stoffwechselstörungen und radiischen Erkrankungen. Da das Nascetin infolge seiner Bekömmlichkeit von den Patienten gern genommen worden ist, können wir es bestens empfehlen und es mit vollem Rechte als ein ausgezeichnetes Präparat bezeichnen.

A. A. Medizinische Universitätsklinik Berlin.

Dr. Ferl.

Die Behandlung des verbeizten Nascetin sind sowohl in der Droschüre als auch auf jeder Original-Verpackung angegeben. Es ist also nicht etwa ein Geheimmittel. Die Herstellung nach dem bewährten Rezept erfolgt unter ständiger Kontrolle eines geschulten Sachverständigen nach den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft.

Wir geben Ihnen aber auch, ohne daß es Sie nur einen Pfennig kostet, Gelegenheit, sich selbst zu überzeugen.

Wenn Sie irgendein anderes Mittel versuchen, so müssen Sie erst Geld ausgeben und wissen dann noch nicht, ob es anschlägt.

Das verbeizte Nascetin kann um so mehr mit gutem Gewissen empfohlen werden, als ein Versuch nichts kostet und für guten Erfolg Garantie geliefert wird. Wenn man einfach unter Verwertung auf diese Mitteilung seine Adresse an Dr. med. H. Schröder, E. m. b. H., Berlin W 35/H 282 einsendet, so erhält man nicht nur eine Probebox des bereits seit vielen Jahren bewährten Mittels gratis, sondern gleichfalls gratis auch ein äußerst interessantes und lehrreiches Buch über die Entstehung und Verbreitung vieler Krankheiten, das für jeden, der sich eine gute Gesundheit und ein langes Leben sichern möchte, sehr lehrreich ist. Es ist aber rasam, von dieser Verkömmigung sofort Gebrauch zu machen, da natürlich der Andrang groß sein wird. Ein Mittel, das naturwissenschaftlich bewiesenen Gehalt hat, von zahlreichen Ärzten und von vielen staatlichen Instituten empfohlen und auf von Krankenkassen verwendet wird — viele Ärzte gebrauchen das verbeizte Nascetin regelmäßig in ihrer eignen Familie, eine Tatsache, die für sich selbst spricht — kostenlos betrieblen können, das ist schon die 5 Pf. für eine Postkarte wert!

Die genaue Adresse ist: Dr. med. H. Schröder, E. m. b. H., Berlin W 35/H 282.







# 3 billige Schürzen Tage.



Mädchen-Schürze  
— aus prima Water —  
1.30 Mk.



Jumper-Schürze  
aus gutem Kretonne, in  
schönen geblühten Mustern  
1.80 Mk.



Jumper-Schürze  
aus bestem Kretonne, in  
— hübschen Mustern —  
1.10 Mk.



Knaben-Schürze  
— aus prima Water —  
0.85 Mk.



Kasak-Schürze  
aus bestem gemust. Satin  
7.00 Mk.

**Hausschürze**  
mit Tasche, aus prima Water,  
hell und dunkel gestreift  
2.70 1.50 1.10 Mk.

**Servierschürze**  
— aus gutem Linon —  
1.45 Mk.

**Jumper-Schürze**  
aus prima Water, mit zwei  
Taschen und extra weit  
4.30 3.90 3.60 Mk.

- Jumper-Schürze aus prima Water, mit Blende und Paspel . . . . . 2.95 1.95 1.70 Mk.
- Blusen-Schürze aus prima Water, hell und dunkel gestreift . . . . . 3.25 2.60 1.75 Mk.
- Jumper-Schürze in schönen modernen Mustern . . . . . 2.10 1.55 1.10 Mk.
- Kleider-Schürze schicke Form, moderne Muster, mit Satinblende . . . . . 8.50 3.90 Mk.
- Knaben-Schürze aus Ia. Water u. Zephir, mit gr. Tasche u. Bilderbes. 0.85 0.65 0.55 Mk.
- Kinder-Hänger aus Water und Kretonne . . . . . 1.30 1.10 0.95 Mk.
- Kinder-Halbreform aus Water und Satin . . . . . 1.75 1.60 1.10 0.95 Mk.



Jumper-Schürze  
— aus prima Water —  
2.95 Mk.

# Steigerwald & Kaiser

**Fußboden-Lackfarbe!**  
höchste Qualität, schnell trocknend und kratzfest  
2-P. und 3-P. Büchje 1.50 Mk.  
Cremers Tintenhaus, Gr. Wriezstraße 1.



**Mundios-Nähmaschinen**  
sind unübertroffen an Güte und Leistung.  
**Mundios Aktien-Gesellschaft**  
Magdeburg.

Alle Freistadt  
Breiter Weg 7/8

Lehmann & Co.  
Berliner Straße 20

## Der Stein der Weisen

Beste Lehrmittel zur Verbreitung  
vollständiger u. wissenschaftl. u. Wissen,  
bringt aller 14 Tage  
**Neues aus Natur u. Technik**  
aus  
**Merke! Lehrsreiches und  
Ergänzendes**  
Die vorzüglichsten ausgestatteten Heft-Blätter  
aus Arabesque  
**des Wissens, der Belehrung  
und Unterhaltung.**  
Jedes Heft kostet nur

**25 Pfennig**

Diejenige, die diesen Heft lesen, werden  
die besten, die es gibt, erhalten. Sie  
sind und geben Sie Ihrer Jugendzeit  
die besten.  
**Buchhandlung  
Volksstimme.**

## Lederausschnitt

sämtl. Schuhmacher-Bedarfsartikel,  
Fischarten- und Einlegesohlen,  
Gummilabsätze, Senkel, Schuhputz-  
mittel und Pantoffelhölzer billig

**Carl Julius Braun**  
Magdh.-Buckau  
Schönebecker  
Straße 18.

## Hundefutter

pro Pfund 10 Pfennig  
täglich frisch zu haben von  
Darüberhandl. d. Dampflok-Schmelze  
der vereinigten Fleischermeister.  
Magdeburg, Poststrasse 6/7.

## Manchester-Samte

Beste aus erster Hand in  
20 versch. Farben u. Qualit.  
von 3.50-7.50 Mk. p. Meter  
**E. Geise**  
Sopanenstraße 13/14,  
Magdeburg.

Vergessen Sie nicht die Auslasten der Buchhandlung Volksstimme zu befechtigen.  
**Eisenwaren, Werkzeuge,  
Haus- und Küchengeräte**  
Hermann Robert, Salzstr. 20



**Reimon  
Cigaretten**  
**Vineta Creme**

**5 Pfg.**



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 14. März 1925.

Wählerlisten zur Reichspräsidentenwahl.

Bei der Reichspräsidentenwahl werden die Wählerlisten vom 7. Dezember benutzt. Diejenigen Personen, die in der Zeit vom 7. Dezember bis 20. März das 20. Lebensjahr erreicht haben, oder diejenigen, die neu zugezogen oder umgezogen sind, werden in die Wählerliste neu aufgenommen.

In den nächsten Tagen wird der Magistrat eine offizielle Bekanntmachung erlassen. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam. Diejenigen Wähler, die Wahlscheine benötigen, müssen frühzeitig einen Antrag stellen, damit sie rechtzeitig in den Besitz solcher Scheine kommen.

Friedrich-Ebert-Brücke.

Der Magistrat hat in der Sitzung vom 9. März auf Antrag des Oberbürgermeisters beschlossen, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, dem Straßenbrückendeg Sternbrücke den Namen „Friedrich-Ebert-Brücke“ zu geben.

Mit diesem Beschluß des Magistrats wird im Kampf um den Namen der neuen großen Eiserbrücke in Magdeburg ein neuer Abschnitt begonnen. Noch als die große Brücke im Bau war, als die großen Eisenträger in einzelnen Stücken am Ufer lagerten, hatte die entstehende Brücke schon einen Namen.

Als dann der Bau immer mehr seiner Vollendung entgegenging, begann der Streit um den Namen. Die ersten Leute, die bei der ersten Taufe für den Namen Sozialistenbrücke waren, die ihn überhaupt erst erfunden hatten, kamen mit allen möglichen Vorschlägen. Die „Magdeburgerische Zeitung“ brachte den Vorschlag Hindenburg-Brücke, der Magistrat den Vorschlag Friedensbrücke. Der Streit wurde entschieden durch den Polizeipräsidenten. Er nannte die Brücke mit Rücksicht auf den historischen Namen der Umgebung Sternbrücke.

Zur Ehre des großen Verstorbenen will der Magistrat die Brücke jetzt Friedrich-Ebert-Brücke benennen. Wir sind der Meinung, daß das eine Ehre für den ersten Präsidenten der deutschen Republik ist, die unserer Stadt würdig ist. Deshalb begrüßen wir den Beschluß des Magistrats.

Der schwarze Mann.

Vom Teufel: Eisenbahnerverband wird uns geschrieben: Die schwebenden Verhandlungen spannen die Geduldprobe der Magdeburger Eisenbahner bis zum höchsten Grad an. Den vordringenden Gewerkschaftsanliegen fällt es schwer, den zur Arbeitsverweigerung dringenden Delegierten klarzumachen, daß bis zum endgültigen Abschluß der Schiedsgerichtsverhandlungen Disziplin gewahrt werden muß.

Ganz anders sieht es bei den verantwortlichen Stellen der Reichsbahnverwaltung aus. Nicht nur die Verhandlungsvertreter der Hauptverwaltung provozieren rücksichtslos, sondern wie an dieser Stelle oft bemerkt wurde, auch die Direktionsleitungen jagen sich möglichst mit Provokation des Personals zu überstampfen. Neulich darf dabei die Reichsbahndirektion Magdeburg nicht fehlen.

Zu allem Überflus hat die Reichsbahn-Aktion-Gesellschaft neben den Herren Direktionspräsidenten noch Vizepräsidenten geschaffen. Als solcher versucht es nun der Herr Oberbaurat Niemann im Schweiße seines Angesichts die „Wichtigkeit“ seines Postens den Beamten nachzuweisen. Als Mensch, der kein Familienleben kennt, ist er des öftern die Klänge hindurch beim abgedämpften Kampfschrei in seinem Direktionsbureau und jetzt nicht nur für seine (an dieser Stelle gekennzeichnete) „Deno“ die Generalkassabarter und Befehle an, sondern er tramt auch alle vorhinflüchtigen Erträge und Verfügungen durch und konzentriert daraus „den schwarzen Mann“, den er dann in der Form eines Telegrammbriefes seinen untergebenen Beamten unter die Nase hält. Mit welchen Reichstufen den Beamten die Streikberechtigtigkeit schmachtlich bereitet wird, beweist der nachfolgende Telegrammbrief:

Magdeburg, den 10. März 1925.

Telegrammbrief

an alle Leiter, Bureau und Dienststellen. — Je besonders. — Wie bekannt, macht sich in einigen Direktionsbezirken eine Streikbewegung unter den Arbeitern bemerkbar. Der Bezirk der R. B. D. Magdeburg ist von dieser Bewegung bisher unberührt geblieben. Wenn der Streik auch auf unsern Bezirk übergreifen sollte, so setzen die Beamten unter Hinweis auf die ersten Folgen einer Dienstverweigerung oder einer nicht willigen Dienstverrichtung eindringlichst darauf gewarnt, 1. sich der Streikbewegung anzuschließen, 2. den Streik mittelbar dadurch zu unterstützen, daß sie die ihnen obliegenden Arbeiten nicht nach bestem Wissen und Können erledigen oder sich weigern, ihnen aus Anlaß des Streikes übertragen, sonst nicht von ihnen wahrzunehmende Dienste, z. B. Arbeitbedienste, zu verrichten oder diese Dienste ebenfalls nicht unter vollem Einfluß ihrer Kräfte verrichten.

Die Beamten sind verpflichtet, unter solchen außergewöhnlichen Umständen nötigenfalls auch Arbeiterdienste zu verrichten.

Ein Streikrecht haben die Beamten nicht. Wir verweisen diesbezüglich auf den durch U. W. Bg. Nr. 852/24 bekanntgegebenen Erlaß vom 23. Juni 1924 — E. II. 90. 204. 333. — An dieser Rechtslage hat sich durch das Reichsbahngesetz nichts geändert. Sie besteht gleichwohl für die Reichsbahnbeamten. Bei dem Seamenstreik im Februar 1922 ist der Reichsdisciplinarhof ebenfalls von der Feststellung gekommen, daß die Beamten kein Streikrecht haben und daß sie durch Dienstverweigerung sich eines Dienstvergehens schuldig machen. Es ist aber damals den Beamten strafmildernd angedreht worden, daß sie sich über die Rechtslage nicht im klaren befinden hätten. Solche Zweifel können heute nicht mehr bestehen. Um sie auf alle Fälle auszuwischen, werden die Beamten auf die Rechtslage hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Gegen Beamte, die diese Warnung nicht beachten, wird rücksichtslos eingeschritten.

Bei lebenslänglich angestellten Beamten wird unter vorläufiger Entziehung vom Dienste das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet. Bei kündbar oder auf Widerruf angestellten Beamten erfolgt die Kündigung oder der Widerruf. Gegebenenfalls wird auf Grund des § 14 Abs. 3 Reichsbeamtengesetz in Verbindung mit § 11 Abs. 1 PersG. das Dienstverhältnis wegen unerlaubter Entfernung einbehalten.

Vorstehende Verfügung ist der Beamtenvertretung und sämtlichen Beamten sofort bekanntzugeben.

N. B. D. 2. geg.: Niemann a. f. P.

Wir rufen den Beamten zu, laßt euch durch den „Schwarzen Mann“ nicht beeindrucken! Denn ob die Beamten ein Streikrecht haben, entscheidet nicht der Herr Direktions-Vizepräsident, sondern

Die Städte bauen.

Magdeburgs neuer Flughafen.

Auf dem großen Cracauer Anger herrscht zurzeit reges Leben. Für die Ausgestaltung des Magdeburger Flughafens werden allerlei Arbeiten in Angriff genommen. Das Flugwesen wird immer mehr zu einem wichtigen Faktor im öffentlichen Verkehr. Neue Fluglinien werden eingerichtet und verbinden die großen Städte und die Länder miteinander. Das Flugzeug wird im Schnellverkehr der Zukunft noch weit mehr als heute eine unentbehrliche Einrichtung sein. Eine Stadt von der Bedeutung Magdeburgs muß deshalb zur rechten Zeit mit der Schaffung eines geeigneten modernen Luftfahrthaftens beginnen, damit sie den zu erwartenden Verkehr aufnehmen kann. Die von der Luftreederei Magdeburg bisher benutzten Hallen genügen für den Betrieb nicht. Auch der Platz ist zum Abflug durchaus ungenügend.

Eine neue massive Fluggewehalle ist im Entstehen. Die große Eichenkonstruktion, die das Gerippe der Halle sein wird, ist fertig. Teilweise haben sich die Wände schon bis fast zum obern Rand erhoben. Im Mai soll sie vollendet sein. Ihr schützendes Dach wird eine ganze Anzahl kleiner Flugzeuge unter sich aufnehmen können. Wenn der Flugverkehr sich steigert, sollen weitere Hallen dieser Art gebaut werden. Einer günstigen Entwicklung ist auf dem Anger genügend Raum gegeben. Neben der ersten Halle wurde ein Verwaltungsgebäude errichtet, das im äußeren Rohbau vollendet ist und spätere Erweiterungen keine Schwierigkeiten bietet.

Der Platz, der für den Start der Flugzeuge nur an einer verhältnismäßig kleinen Stelle geeignet ist, muß in seinem ganzen Ausmaß für Start und Landung jeder Art von Flugzeugen hergerichtet werden. Man hat den Cracauer Anger in der Erinnerung als ebenen, mit Gras bewachsenen Platz. Zur Benutzung als Flughafen ist er jedoch noch nicht eben genug. War mancher Forder und manches Loch würden den Flugzeugen Schaden zufügen. Mit großen Äxten werden deshalb die Hügelchen aufgelockert. Die Erde wird in lange Feldbahngänge geladen und an den tiefen Stellen wieder entladen. Man sieht schon Anläufe von großen ganz ebenen Flächen, auf denen die Flugzeuge dann ungehindert arbeiten können. Wenn der eingetretene Frost längere Zeit anhalten sollte, so würden die schon im Januar begonnenen und bis heute gut fortgeschrittenen Arbeiten eventuell noch eine Unterbrechung erleiden. Im Interesse

der Sache und der dort beschäftigten Arbeiter ist das nicht zu wünschen.

Flugplatz und Fluggewehalle in der geplanten Ausdehnung werden Magdeburg als Flughafen zu einer gewissen Bedeutung gelangen lassen. Der Luftverkehr wird sich in unserer Stadt immer mehr konzentrieren. In den Wästen wird das Brummen und Summen der großen Vögel, die den Menschen auswärts tragen, immer mehr zunehmen. Die wirtschaftlichen Vorteile, die der Stadt aus einem mehr und mehr steigerten Luftverkehr erwachsen, sind heute noch nicht abzusehen.

Die großzügigen Arbeiten auf dem alten Militärübungsplatz, die eine vorausgehende Stadterweiterung in Angriff genommen hat, verdienen gebührende Beachtung, denn sie sind geeignet, den Aufschwung Magdeburgs durch die Lüste zu tragen in alle Teile des Landes. —

Gegen den Verfall von Altimwohnungen.

Neben der Förderung des Wohnungsneubaus durch Bereitstellung gemeindlicher Mittel in Form von Hypotheken und Darlehen außer der Hauszinssteuer bemühen sich die Städte zunehmend darum, auch an der Beseitigung der in der Inflationszeit entstandenen Schäden mitzuarbeiten. Berlin und Marienthal erfordern die Aufmerksamkeit, in dem diesjährigen Haushaltsplan einen ausreichenden Betrag bereitzustellen. Aus einer Uebersicht in den Mitteilungen des Deutschen Städtebundes geht hervor, daß u. a. Hamburg, Dresden, Düsseldorf, Aachen, Lübeck, Potsdam und eine Reihe von Mittelstädten größere Mittel in der Regel zum Reichsbankdiskont zur Verfügung gestellt haben; die Tilgungsdauer ist verschieden von 1 bis 5 Jahren. In der Regel wird als Sicherheit für die Gewährung solcher Darlehen hypothekarische Sicherung verlangt. Gotta hat außerdem grundsätzliche Forderungen eines Kaufrechts bei allen Darlehen über 2000 Mark verlangt.

Ein umfangreiches Bauprogramm hat die Stadt Köln für das kommende Jahr aufgestellt. 1925 sollen 3000 neue Wohnungen geschaffen werden, in den folgenden Jahren je 3800, 4400, 4800 und 5000. Außer der Hauszinssteuer sollen besondere Kredite aufgenommen werden. Andre Städte des Industriegebiets beabsichtigen in ähnlicher Weise vorzugehen. —

die organisatorischen Machtverhältnisse! Dann gibt es auch nach der Auffassung der modernen Arbeitsrechtslehre in der Verrichtung von Streitarbeit eine Grenze der Zumutbarkeit. Bekanntlich muß der Beamte moralisch einwandfrei bestehen. Daß die im Telegrammbrief von den Beamten geforderte Streikbrecherarbeit eine moralische Tat sein soll, wird wohl auch Herr Niemann nicht behaupten wollen.

Es läge im Interesse des Beamtenstands, wenn einmal die modernen Arbeitsrechtler diesen hier geschilderten Vorfall zum Anlaß nehmen würden und den „Niemannschen Telegrammbrief“ auf seine Haltbarkeit öffentlich untersuchen könnten. —

Die Notlage der Altpensionäre.

Wie in einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag ausgeführt wurde, ist die Notlage der Altpensionäre außerordentlich gestiegen. Es wurde deshalb gefordert, sie mit den Neupensionären auf eine Stufe zu stellen, und das Staatsministerium wurde ersucht, sein Aufsichtsrecht über die Privatbahnen dahin geltend zu machen, daß die vor dem 1. Oktober 1923 pensionierten Beamten mit den nach diesem Termin Pensionierten gleichgestellt werden.

We der „Ämtliche Preussische Pressedienst“ der Antwort des preussischen Innenministers entnimmt, steht es dem Staatsministerium nicht zu, die Ruhegehaltsbezüge der Altpensionäre bei den Privatbahnen zu erhöhen, weil hierfür die Zahlung der Pensionen für Beamte deutscher Privatbahnen maßgebend ist. Diese Kasse ist ein Versicherungsunternehmen, das der Aufsicht des Ministers des Innern untersteht. Die Bezüge der vor dem 1. Oktober 1923 pensionierten Angestellten der Privatbahnen wurden mit ministerieller Genehmigung im Vorjahr erhöht und sind auf durchschnittlich etwa 50 Prozent und mehr des Friedenspensionsbetrages bemessen worden. Bei weiterer günstiger Entwicklung wird eine weitere Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Aufsichtsbehörde sein. Eine Gleichstellung dieser Ruhegehaltsempfänger mit den Neupensionären kann mangels verfügbarer Mittel zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden. —

Advertisement for Wilhelm Sollmann, Minister a. D., speaking at a public assembly on Wednesday, March 18, 1925, at 8 o'clock in the „Saalbau“, in a public assembly.

Recht Rücksicht auf Kriegsbeschädigte und alte Leute!

Durch Eintritt des nicht mehr erwarteten Winters mehren sich die Leiden der Kriegsbeschädigten nicht nur durch die mit jedem Witterungswechsel verbundenen Schmerzen, sondern in der größten Hauptsache durch die von den Kindern an allen Ecken der Stadt, hauptsächlich auf den Bürgersteigen, hergestellten Eisbahnen (Schlitterbahnen). Wir haben an sich nichts gegen den leider recht primitiven Winterpark der Kinder unserer nicht mit Glücksgütern gesegneten Volksgenossen einzumenden; wir sind die letzten, die den Kindern irgendein Vergnügen unterbinden wollen, aber wir müssen die dringende und herzliche Bitte an alle Eltern richten, auf diese Eisbahnen, daß sie ihre Eisbahnen nicht mitten auf den Bürgersteigen herstellen, sondern diese auf die ja nun leider sehr wenig vorhandenen Spielplätze verlegen. Wir wissen, daß die Polizeibeamten überall da, wo es ihnen möglich ist, auf die Kinder einzuwirken, auch tatsächlich für Vorseitigung dieser Eisbahnen sorgen, aber meist mit dem Erfolg, daß sie innerhalb einiger Minuten nach Verschwinden des Beamten in nie dagewesener Schönheit wieder entstehen zum Schrecken aller Passanten, aber in erster Linie zum größten Schaden der Weiber, alten und jungen Leute. Ganz besonders machen die Gefahren, wenn die Dunkelheit anbricht oder die Eisbahnen mit einer dünnen Schneeschicht überzogen sind, so daß sie nicht immer rechtzeitig entdeckt werden können. So manches Mütterchen hat da schon übeln Schaden davongetragen, so mancher Kriegsbeschädigte, der jahrelang allen möglichen Gefahren an Leben und Gesundheit ausgesetzt war, hat beim Sturze weitzern Schaden an seiner Gesundheit genommen, so mancher Unparteiische hat — und wenn es immer so günstig abgeht, dann hat er Glück gehabt — seine Prothese geworfen, deren Instandsetzung dem Reiche ganz erhebliche Kosten verursacht. Wir bitten also die Eltern Magdeburg, auf ihre Kinder einzuwirken, daß sie aus den Bürgersteigen keine Winterpark-

plätze bilden. Dem Magistrat der Stadt Magdeburg raten wir aber, mit aller Energie für die Herstellung von öffentlichen Spiel- und Sportplätzen zu sorgen, damit endlich die Jugend den immer größer werdenden Verkehrsgefahren entzogen wird und zweitens Kriegsbeschädigten und alten Leuten außer den Unbilden des Winters auch nicht noch eine künstlich hergestellte Gefahr erfährt.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Ein Gruß der Oesterreicher.

Vom österreichischen Republikanischen Schutzbund ging dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dieses Schreiben zu:

In das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Magdeburg.

Meine Kameraden!

Die Zentralkommission unseres Bundes hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem befristeten Verlaufe und der überaus herzlichen Aufnahme, die die österreichischen Kameraden beim Reichsbannertag in Magdeburg gefunden haben, beschäftigt und beschlossen, der Bundesleitung des Reichsbanners sowie den Magdeburger Mitgliedern und Gastgebern auf diesem Wege nochmals den allerherzlichsten Dank für die liebevolle und vorzügliche Aufnahme zum Ausdruck zu bringen, die die österreichische Delegation in Magdeburg gefunden hat.

Nicht nur den österreichischen Teilnehmern am Magdeburger Reichsbannertag, sondern den gesamten in unserer Bund organisierten österreichischen Republikanern wird diese Manifestation für die deutsche Einheitsrepublik in dauernder Erinnerung bleiben.

Mit republikanischem Gruß Republikanischer Schutzbund (Zentralkommission) Karl Seing, Julius Deusch.

Der Gruß aus Wien gilt den reichsdeutschen Republikanern, insbesondere der Magdeburger republikanischen Bevölkerung, die am Reichsbannertag den lebhaftesten Anteil nahen hat. Deshalb sei der Brief auch durch die „Volksstimme“ der Öffentlichkeit mitgeteilt. —

Darf der Vermieter kündigen?

Die Tatsache, daß in der letzten Zeit wieder viele Hauswirte die Kündigungsparagraphen heranziehen, um ihren unangenehmen Mieter loszuwerden, hat in weitesten Mieterkreisen große Verunsicherung erregt. Bis kurz nach Ausbruch des Weltkrieges (genau bis zum 1. August 1914) galt für alle Mietverhältnisse das Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§§ 535 bis 580). Dem freien Kündigungsrecht des Vermieters machte die Kriegsnotgesetzgebung zunächst für die Familien der Kriegsteilnehmer und im Laufe der Jahre für alle Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen ein Ende. Die Mietverhältnisse wurden als Kontroll- und Entscheidungsstellen für die Zufügigkeit von Kündigungen eingestuft und haben, von Hausbesitzern und Mietern häufig wegen ihrer Rechtsprechung angegriffen, im großen und ganzen ihre Aufgaben recht und schlecht erfüllt. Der Wirrwarr in der „Spruchpraxis“ zwang aber dazu, für die Rechtsprechung in Kündigungsfällen feste Richtlinien zu finden, um der mehr oder minder willkürlichen Anwendung der Notgesetze ein Ende zu machen. Nach jahrelanger Ausübung und unter einwirkender Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei kam im Reichstag das Gesetz über Mieterschutz und Mietverhältnisse am 1. Juni 1923 zustande, das dem Vermieter das freie Kündigungsrecht entzog.

Der Kündigungsprozess.

Seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, das noch viel zu wenig bekannt ist, kann der Vermieter die Beendigung des Mietverhältnisses (d. h. die Räumung der Wohnung oder des Geschäftsräumens) gegen den Willen des Mieters nur noch im Wege der (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Advertisement for Dr. Willibrodus Manninger, Hof- und Privatmediziner, with a portrait and address.















Nachrichten aus der Provinz.

Vom Mittellandkanal.

Eine wichtige Besprechung über den Bau des Mittellandkanals fand in der vorigen Woche beim Landeshauptmann in Merseburg statt. Es wurde dort ausgeführt, daß der Bau des Mittellandkanals einmal bis Magdeburg, dann aber auch weiter der Südfügel über Halle bis Merseburg als gesichert anzusehen ist.

Wanzleben-Döherleben.

Der Kampf um den Reichspräsidenten.

In unsern Kreisen finden in den nächsten Tagen folgende öffentlichen Wählerversammlungen statt:

- Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr: Scherke, bei Huhn. Referent: Stadtverordneter Otto Soff (Döherleben).
Wanzleben, bei Quenz. Referent: Parteisekretär Schumacher und Gaujsekretär Wille.
Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr: Klein-Wanzleben. Referent: Parteisekretär Schumacher.
Klein-Nobdenleben, bei Danzmann. Referent: Angestellter W. Dankworth.
Abbrandleben, bei Mühlmeier. Referent: Gewerkschaftsbeamter Franz Lange (Wandeburg).
Schleibitz. Referent: Landarbeiter Werner Mendorf (Döherleben).
Donnerstag den 19. März, abends 8 Uhr: Jährendorf. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schrader.
Hörsing. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.
Schwanberg. Referent: Gaujsekretär Ernst Wille.
Gunsleben. Referent: Stadtverordneter Otto Soff (Döherleben).

- Freitag den 20. März, abends 8 Uhr: Diesdorf, bei Thiele. Referent: Oberbürgermeister Weims.
Amptfurt. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.
Eggenstedt, bei Falke. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schrader.
Sommerdorf, bei Siebert. Referent: Gewerkschaftsbeamter Franz Lange.
Freitag den 20. März, abends 8 Uhr: Egeln, bei Teute. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.
Klein-Döherleben. Referent: Landarbeiter Werner Mendorf (Döherleben).
Ellenstedt, bei Wegener. Referent: Gaujsekretär Ernst Wille.
Gordorf. Referent: Gewerkschaftsbeamter Oswald Ströbel.
Anderbed. Referent: Stadtrat Paul Köhlich.
Dölben, bei Kömmling. Ref.: Stadtverordneter Lehrer Berg.
Groß-Nilsleben, bei Gerbig. Referent: Stadtverordneter Otto Soff.

- Sonnabend den 21. März, abends 8 Uhr: Mendorf, bei Tuchmann. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.
Galeborn. Referent: Gaujsekretär Ernst Wille.
Groß-Germersleben, in der „Somme“. Referent: Stadtverordneter Lehrer Berg.
Nienhagen. Referent: Stadtrat Paul Köhlich.
Grieborn. Referent: Gewerkschaftsbeamter Oswald Ströbel.
Alfper-Gröningen. Ref.: Gewerkschaftsbeamter Otto Poyold.
Sonntag den 22. März, abends 8 Uhr: Sülborg, bei Ergleben. Referent: Gewerkschaftsbeamter Karl Schrader.
Eggersleben, bei Rodmann. Referent: Gaujsekretär Ernst Wille.
Larthun, bei Plümecke. Referent: Parteisekretär Ernst Schumacher.
Gottorf, bei Helmholz. Referent: Stadtrat Paul Köhlich.
Dölben. Referent: Gewerkschaftsbeamter Oswald Ströbel.
Gröningen. Referent: Gewerkschaftsbeamter Otto Poyold.
Neuwegerleben, bei Kerth. Referent: Stadtverordneter Hermann Krebs.

Die Versammlungen müssen einen Massenbesuch der Republikaner aufweisen. Unsere Funktionäre dürfen keine Gelegenheit verpassen, für den Besuch der Wählerversammlung zu werden.

Wenn alle Kräfte angespannt werden, muß es möglich sein, unsern Kandidaten Otto Braun zum Siege zu verhelfen. Sinein in den Kampf! Mit Parteigrub

Das Parteisekretariat.
S. A.: Ernst Schumacher.

An die Ortsvereinsvorstände!

Werte Genossen! Der Wahlkampf um den Reichspräsidenten hat bereits in scharfer Weise eingesetzt. Es kommt jetzt darauf an, daß

unsere Versammlungstätigkeit

gut entwickelt wird. Die Vermittlung der Referenten geschieht durch die Unterbezirksreferenten. Wünsche irgendwelcher Art müssen dort schriftlich oder mündlich vorgebracht werden. Die schriftliche Agitation ist von den Ortsvereinsvorständen insofern vorzubereiten, als die Funktionäre, wo es noch nicht geschehen ist, sofort anzufragen werden müssen. Am Sonntag den 22. März ist

Flugblattverbreitung.

Mit Verlauf der Woche vom 15. bis 22. März erfolgt der Versand des Flugblattmaterials. Wir bitten um sorgfältigste Verbreitung. Weiteres Material geht in der letzten Woche vor dem Wahltag an die Ortsvereine. Jedoch erjuchen wir, schon jetzt die Funktionäre darauf vorzubereiten, daß an den letzten 3 Tagen vor dem 20. März Flugblätter verbreitet werden müssen.

Die vergangenen Wahlkämpfe haben sehr viel Geld gekostet. Die Partei braucht also jetzt neben den Geldern aus Mitgliederbeiträgen Sondererinnahmen. Zu diesem Zwecke sind an die Ortsvereine

Sammellisten

ausgegeben worden. Wir erwarten mit Bestimmtheit eine energische Sammelstätigkeit. Da aller Voraussicht nach auch noch ein zweiter Wahlgang um das Amt des Reichspräsidenten notwendig ist, so dürfte allen Genossen klar sein, daß möglichst hohe Summen herbeigebrahrt werden müssen.

Genossen und Genossinnen! Wir sind überzeugt, daß sich die Parteimitgliedschaft über die Wichtigkeit der diesmaligen Entscheidung vollkommen im Klaren ist. Unsere Parteigenossen sind in jahrelanger Arbeit für unsern Kampf gekämpft worden. Das darf uns jedoch nicht genügen. Bismehr müssen wir gerade in diesem Wahlkampf alles daransetzen, um

neue Mitglieder

zu gewinnen. Das gleiche gilt für die Parteizeitung. Nutzt den diesmaligen Wahlkampf zu energischer Werbearbeit aus. Stärkt das Geir der organisierten Sozialdemokraten. Vergesst nie, daß ein großer Teil unserer bisherigen Wählerfolge auf das Bestehen einer guten Parteio rganisation zurückzuführen ist.

Der Bezirksvorstand.

Kreis Volkmarstedt-Neuhaldensleben.

Öffentliche Wählerversammlungen.

- Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr: Neplingen. Referent: Genosse Ludwig;
Zahldorf. Referent: Genosse Wiegner;
Hüllersleben. Referent: Genosse Trautz.
Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr: Hermisdorf. Referent: Genosse Schrader;
Groß-Sandersleben. Referent: Genosse Kayser;
Wedringen. Referent: Genosse Wiegner.
Donnerstag den 19. März, abends 8 Uhr: Argleben. Referent: Genosse Verbits;
Sommerdorf. Referent: Genosse Ludwig;
Groß-Immensenleben. Referent: Genosse Wiegner;
Groß-Rottmersleben. Referent: Genosse Kayser;
Klein-Immensenleben. Referent: Genosse Trautz;
Eggenstedt. Referent: Genosse Schrader.

Parteisekretariat.

Verlesen. Gemeindevorsteher-Sitzung. Montag abends 8 Uhr. Vorbesprechung unter Vertretung heute (Sonnabend) im Gemeindefesthaus. Das Wintervergnügen des Arbeiter-Gesangsvereins Freundeskreis findet ebenfalls heute (Sonnabend) statt. Die Sitzung sämtlicher Vereinsvorstände beschäftigt sich im wesentlichen mit der Feier des 20-jährigen Bestehens des Gewerkschaftshauses, die am 1. Osterfesttag stattfinden soll. Sämtliche Sport- und andre Vereine werden es sich angelegen sein lassen, diese Feier gut auszugestalten. Außerdem soll ein Redner gewonnen werden, welcher

cher mit den hiesigen Verhältnissen aus der Gründungszeit bekannt ist. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche mit dem Vorstand des Familienvereins die nötigen Vorarbeiten erledigen soll.

Volmarstedt. Einquartierung. Seit längerer Zeit bereits schmerzte das hiesige Arbeiterblatt von der uns für Sonntag abend und Sonntag bevorstehenden Einquartierung der 10. Kompanie des Inf.-Regt. 12. Im Infanterieteil des Bataillons wurde für freiwillige Quartiere gewonnen. Der Stahlhelm wollte sich wichtig tun und genügend Quartiere beschaffen. Über die „opferfreudigen“ Stahlhelmer haben das nicht fertiggebracht. Nun müssen die Reichswehrsoldaten doch nach in andre als Stahlhelmqartiere gelegt werden. Wir fordern die Republikaner auf, als Quartierwirte die Soldaten bestens aufzunehmen. Während des Aufenthalts der Reichswehr in unser Stadt wird sich natürlich der Stahlhelm ordentlich militärisch-nationalistisch gebärden. Dabei können Provokationen der Republikaner beliebt werden. Wir fordern darum die Republikaner auf, sich vom Stahlhelm nicht provozieren zu lassen.

Neuhaldensleben. Sie schimpfen. „Wieder ein Abschied von Moskau“, unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 52 eine Notiz, worin wir unter Bezugnahme auf den Austritt des Landtagsabgeordneten Böse aus der kommunistischen Partei mitteilten, daß auch der Tischler Otto Falke, der einzige kommunistische Stadtverordnete im hiesigen Stadtparlament, ebenfalls Moskau den Rücken gekehrt hat. Diese Notiz hat es nun der „Tribüne“ angelangt; denn in ihrer Nr. 56 läßt sie eine große Schimpfanrede los, die so gemein gehalten ist, wie man es eben nur von einem kommunistischen Organ von solchem Tiefstand, wie ihn die „Tribüne“ zeigt, erwarten kann. Ihre Genossen von gestern, die die kommunistische Partei für wert hielt, als Spitzenkandidaten, der eine für den Inhaltlichen Landtag, der andre für das hiesige Stadtparlament, zu kandidieren, werden jetzt als „Ausstüß“, ja sogar als „Mißbrauch“ bezeichnet. Wie groß muß der Befand in der kommunistischen Partei sein. Die „Tribüne“ schimpft, wenn sie behauptet, daß Böse sowohl wie Falke als Ausstüß von der kommunistischen Partei hinausgeworfen wurden. Beide sind freiwillig gegangen, einmal weil sie der kommunistischen Sumpf anseufzte und zweitens, weil sie einsehen, daß eine gesunde, im Interesse der Arbeiterklasse liegende Politik in der kommunistischen Partei unmöglich ist. Wenn der Bericht des sogenannten Arbeiter-Korrespondenten in der „Tribüne“ einen Erfolg gezeigt hat, so ist es der, daß eine Anzahl der der kommunistischen Partei angehörenden Leser erlärte: „Die „Tribüne“ erlöst uns an, die lesen wir nicht weiter.“ Sie haben jetzt die „Volksstimme“ bestellt. Bald werden sie auch den Weg zur Sozialdemokratischen Partei gefunden haben.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Advertisement for 'Die Erfahrung' hair cream. Text: 'ist der beste Lehrmeister. Millionen Menschen kennen Schaumpon mit dem schwarzen Kopf als ein an reinigender Wirkung unübertroffenes Haarpflegemittel, das sie nicht mehr missen wollen. Deshalb säumen Sie nicht und machen auch Sie sich die Erfahrung Anderer zu eigen, indem Sie zur Kopfwäsche nur noch das altbewährte „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ verwenden. Eine Auswahl der verschiedensten Sorten mit wirksamen Zusätzen ermöglicht es Ihnen, Ihr Haar nach Beschaffenheit und Farbe individuell zu behandeln. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.'



Die Steinfeldbauern.

Noman von Valentin Droudi. (9. Fortsetzung.)

Und der Dorfgerichtliche schloß dabei unmerklich. Er vergah sich nicht. Sie und ihn saugen, wo an einem Worte vielleicht ein halbes Jahr Gefängnis oder gar noch mehr hing? „Ihr bau's doch wieder auf?“ „Ei no freilich.“ „Wann's aber nochmal kassiert?“ „Das kommt net mehr vor.“ „Als die beiden Männer mit enttäuscht blickenden Augen auf die Straße getreten waren, kam schon der Gendarm vom Feldhof her gerade auf die Bürgermeisterei zu. Die Zimmerleute waren ihm unten bei der Puchmühle, wo man Branntwein und ein Käsebrot bekommen konnte, begegnet und hatten ihm alles erzählt. „Na, das sieht den Steinfeldbauern ähnlich.“ Und ohne sich lange zu bestreiten, war er die Wache heraufgekommen, quer über das Steinfeld nach der Teufelswand geeilt, hatte den Brand, das genau in Augenschein genommen und wollte nun im Dorf Grundfragen einziehen. Seine kühnen Augen flackerten, und seine Worte überstürzten sich in hegegewissem Jubel, als er die zwei Unternehmer anredete. „Kommen Sie gleich wieder mit herein. Die Kerle wollen wir schon fassen!“

„Was? — Es was gefunde? — Sie waren schon an der Brandhof?“ — „Was is' es?“ „Es lag viel Schrecken in der Stimme. Dem Gendarmen schien das große Freude zu machen, und er rühr fort: „Wenn nur nicht gute Freunde von Ihnen dabei sind?“ „Gut mit?“ „Ich meine beispielsweise den Herrn Quellmojer.“ Der Bürgermeister verzürbte sich. „Der Quellmojer?“ „Kann der nicht dabei sein?“ „Das glaub ich net, Herr Wachtmeister.“ „Der Herr Jller.“ „Aua net, Herr Wachtmeister.“ „Sie brauchen sich nicht mehr mit der Angelegenheit näher zu beschäftigen. Ich mache alles allein. Zunächst werden mir Herr Kerb und sein Kompagnon über ihr Verhältnis zu den einzelnen Bauern manches erzählen. Kommen Sie, meine Herren.“ „Soll ich vielleicht den Quellmojer um den lange Jller mal rufen lassen, Herr Wachtmeister?“ „Sei gleich da — Oder habe Sie noch annern Verdacht?“ „Bestellen Sie mir ja keinen. Auch keinen zu sich.“ Der Bürgermeister machte ein dummes Gesicht. Der Wachtmeister schien etwas zu wissen. Er war wenigstens nicht dabei gewesen. Mit hängenden Armen und geballten Fäusten stand er am Fenster und herrte den Dreien nach. Da, vor dem Backhaus blieben sie stehen und redeten noch einige Minuten zusammen. Wie ein Lauch vor sich er jede Bewegung der Sprechenden. Ob sie einmal nach seinem Hof zeigen würden? Es qualte und bohrt und nagte in ihm. Diese Ungewißheit. Gleich kam auch eine Wutwelle hoch. Was brauchten die zwei die Steinfeldbauern an? Was es nicht schon Arbeit genug auf dem Steinfeld? Und nun diese Italiener! Die sollten den Verdienst holen? Wenn sie ihn nicht wollten, sollten ihn die auch nicht. Nein, es war ganz recht, daß das Kerl für die Fremdlinge der Teufel geholt hatte. — Und versuchen sie's nochmal, geht es genau so. Seine Augen funkelten, und seine Faust schlug auf die Fensterbank. Die schwebten noch immer. Man fanden auch einige Neugierige auf der Straße und redten die Köpfe mit suchenden Augen und lauernden Ohren nach dem Knecht. „Die Parade is' abgebrannt!“ „No, das is' recht.“

„Mit — hi!“ „Endlich trennte sich der Beamte von dem Maurerwille und dem Feldhofer, die wieder an der Bürgermeisterei vorbeifamen.“ „Schnell riß der Dorfönig das Fenster auf.“ „Wie? — Hat er ei Spur?“ „Nach den Bewegungen, die der Gendarm ganz am Schluß zu seinen Worten gemacht hatte, schien die Sache nicht ganz geheuer zu sein.“ „Ei natürlich,“ rief der Maurerwille. „Da werd sich einer umgucken!“ „Wer?“ „Das weiß mer noch net.“ „Damit gingen sie weiter.“ „Im Abend ging es durch das ganze Dorf, daß der Wachtmeister dem Quellmojer seine Stallstiefel mitgenommen hatte, weil sich an ihnen Spuren von frischem Teer gezeigt hätten, und der Quellmojer erzt ausgejagt, daß das noch aus der Zeit sei, da er die Klauenjuche im Stalle gehabt, nachher aber doch zugegeben hätte, daß die Stiefel erzt viel später neu borgekehrt und bekehrt worden wären. Ja, der Gendarm! Der Schußer hatte ihn auch hinteres Licht führen wollen.“ „Die Bücher her, in die Ihr die Zustände schreibt.“ „Da hand der Quellmojer schon wieder mehr als ein Duzendmal angekreidet seit den zwei Jahren, da auf dem Steinfeld die Teuche war.“ „Und nun?“ „Der Schußer mußte es eingestehen, daß die Schuhe mit den Teerjuren noch keine drei Wochen neu hergerichtet waren. Der Quellmojer hatte das dann auch zugegeben; aber woher der Teer komme, das wisse er nicht. Das würde man ihm dann schon sagen; denn er bringe noch mehr Beweise vor, halter der Wachtmeister geäußert.“ „Mehr Beweise?“ „Ein K für ein U sollten sie ihm nicht vormachen. Und bald hatte der Quellmojer alle Steinfeldher überzeugt, daß alles nur eine Masche des Feldhofers sei. Nahe, sonst nichts! Wegen seines Weibes!“ „Ihr wißt's ja.“ „Dafür sollte man ihm das Dach über dem Kopf auch noch anfeuden.“

(Fortsetzung folgt)



Stadtfreis Burg.

Der Kinderchor „Deutsches Volkslied“ veranstaltet am Montag im „Hohenzollernpark“ ein Vokalkonzert. Der Chor besteht aus Schülern der Volk- und Mittelschulen unter bewährter Leitung des Lehrers Genossen Kompa. Pflege des Volksliedes ist sein Ziel und seine Konzerte haben stets ein volles Haus gehabt. Der Ertrag der Veranstaltung ist für die „Notgemeinschaft“ bestimmt, die allen Arbeitsinvaliden, Kranken und Erwerbslosen gegen geringes Entgelt die Möglichkeit eines warmen Mittagessens gewährt. Der gute Zweck und der verhältnismäßig geringe Eintrittspreis sollte die Arbeiterschaft zu regem Besuch veranlassen.

Die Streikbrecherorganisation. Die Technische Nothilfe wächelt sich immer mehr zu einer Organisation von Streikbrechern aus. Die Lohnkämpfe der schlecht bezahlten Arbeiter sind jetzt ein Wettkampffeld für die Nothilfe als Unternehmergarde geworden. Der Eisenbahnerstreik soll wieder eine Gelegenheit werden, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Der Selbstschutzplan dazu soll in einer Sitzung am Montag entworfen werden. Die neue Leitung durch einen abgebauten Direktor des Berlin-Burger Eisenwerks muß doch ihren Befähigungsnachweis erbringen. Die Technische Nothilfe bringt es fertig, zu dieser Sitzung die Vertretung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einzuladen. Hat die „Teno“ denn gar kein Gefühl dafür, daß sich ihr kein anständig denkender Arbeiter zur Verfügung stellen kann, wenn sie sich mit ihren Streikbrechergarden in Lohnbewegungen mißt?

Der Reichsbund deutscher Mieter hält am Montag den 16. März, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle“ seine Mitglieder-versammlung ab.

Kreis Serichow 1.

Verständlich. Zur Reichspräsidentenwahl liegen die Wählerlisten vom Sonntag an beim Gemeindevorsteher zur Einsicht aus. Bei dieser Wahl wird getrennt zwischen Siedlung und dem Orte gewählt. Wahllokal für den Ort ist bei Gastwirt Beder und für die Siedlung bei Müdiger. Die Wählerlisten müssen sofort eingesehen werden, damit auch jeder wählen kann. Dieser Wahl ist dieselbe Wichtigkeit beizumessen wie jeder andere. Vor allem müssen alle, die inzwischen 20 Jahre alt geworden sind, sich in die Wählerlisten eintragen lassen. Die Karte für jeden Sozialdemokraten und Anhänger der Republik ist Otto Braun! — Wann treten die Elternbeiräte zusammen? Es machen sich mehr und mehr Erregtheit und Fedanten innerhalb der Gemeinde bemerkbar, daß die Elternbeiräte bisher noch keine Arbeit geleistet haben, obwohl es nach unjeren Mitteilungen allerhand zu besichtigen gibt. Seit Festsetzen der Beiräte ist noch keine Sitzung oder Rücksprache gewesen. In der „Vollstunde“ wurde schon einmal auf die Nachlässigkeit hingewiesen, aber der Vorsitzende hält es nicht für nötig, Schritte zu unternehmen. Wenn er der Meinung ist, daß keine Arbeit geleistet zu werden braucht, dann soll er seinen Posten abgeben. — Die Hundertjahrfeier der Gemeinde findet am 21. Juni statt. Es soll ein wirkliches Gemeindefest werden. Ueber die Festplatzfrage ist man sich noch nicht einig. Alle vorgegebenen Schwierigkeiten sind aber sehr wohl aus dem Wege zu räumen, wenn man nur will. Ein Festausschuß zur Erzielung der Hauptarbeiten wurde bereits gebildet.

Kreis Kalbe.

Stettin. Eine Erleichterung beim Steuerzahlen ist für alle diejenigen getroffen, die Reichssteuern beim Finanzamt Schönbeck zu entrichten haben. Das kann jetzt bei der städtischen Sparkasse in Stettin geschehen, bei der das Finanzamt eine Annahmestelle eingerichtet hat.

Stadtfreis Uetersen eben.

Uetersen. Die Sozialdemokratische Partei hält am Montag den 16. März, abends 8 Uhr, eine Mitglieder-versammlung bei Stademeister ad. Genosse Meis wird einen Vortrag über die Reichspräsidentenwahl halten. — Die beiden Vorträge des Arbeiter-Syndikats Bruno S. Vögel über Weltenerziehung und den Sternenhimmel am 11. und 12. März boten einen hohen Genuß. Es waren Feiernunden im wahren Sinne des Wortes. Seine vortrefflichen Vorträge erhielt Vögel dadurch, daß er nicht nur Astronom, sondern auch Dichter und Künstler ist. Seine Darstellungenweise ist poetisch und schwingend; die Lichtbilder sind von bislang unbetroffener Schönheit. Die zahlreichste Zuhörerschaft aus allen Kreisen der Bevölkerung spendete lebhaften Beifall. — Die Grundzüge für die Vergebung von Opfern an Kaufleute, für den Verkauf städtischer Grundstücke und für die Verwendung der neuerrichteten Wohnungen sind nunmehr vom Magistrat veröffentlicht worden. Die Bekanntmachung wendet sich an solche Kaufleute, die mindestens für ein Viertel ihres gesamten Vorhabens, die erforderlichen Mittel aufbringen können. Den fehlenden Rest, also drei Viertel der Kaufpreise, gibt die Stadt, und auf Wunsch den Kaufpreis dazu, zwar nicht ganz unentgeltlich, wenn auch nicht gegen Geld, sondern im Wege des Erbbaurechts.

Ulmars.

Orbelegen. Parteiverammlung. Am Montag den 16. März, abends 8 Uhr, findet in der „Neuen Welt“ eine Mitglieder-versammlung statt. Die Reichspräsidentenwahl bringt wieder große Arbeit für die Partei. Die Kandidaten aller Genossen ist erforderlich. Die Arbeit darf nicht nur auf einzelnen Genossen ruhen. Das Erscheinen aller Genossen zur Versammlung ist Pflicht.

Stendal. In dem Unglücksfall des Wälders Wilhelm Probst in der Dammstraße werden wir jetzt festgehalten: Probst ist jetzt einigermaßen künftlich und ist nunmehr ein Opfer seiner Krankheit geworden. Am 10. März war sein Verbleib im Ansehensbericht zu Ende gewesen und er ging den Opfern seiner Krankheit zu. Der dem Hause Stendal 7 angehangene, Probst hat sein Leben und er trug die Forderung hinunter, schlug dabei um dem Kopf auf das Straßenpflaster und lag dort eine halbe Stunde am Bewußtsein zu, an der er bekehrte. Zwei Personen kamen ihn gegen 1 Uhr auf und trugen ihn in seine Wohnung. Dort verstarb er. Probst ist Mitglied des Deutschen Arbeiterbundes und wird Montag um 11 Uhr von der Friedhofskommission ausbestattet. — Polizeinachrichten. Von der hiesigen Polizei wurden zwei Diebe festgenommen. Der 18jährige Schüler Wilhelm Pfeiffer, der aus seinem Elternhaus in Stendal entwichen war, wurde hier in Gänzhof gefangen. Außerdem wurde ein 16jähriger Schüler verhaftet. — Sozialistische Arbeiterjugend. In einem Briefe vom Sonntag an Sonntag um 11 Uhr von der Friedhofskommission. Am Montag morgen 8 Uhr von der Friedhofskommission. Die Friedhofskommission hat am Sonntag den 16. März um 11 Uhr eine Sitzung abgehalten. Dort trafen sich alle um 11 Uhr im alten Heim.

Die Zahl der Erwerbslosen hat sich in dieser Woche etwas erhöht. Im Stadtbezirk beträgt die Zahl der männlichen 448 (in der Vorwoche 426), der weiblichen 87 (86); im Landbezirk männliche 109 (108), weibliche 6 (26). Insgesamt zählt Stendal 648 Arbeitslose.

Tangermünde. Sehr merkwürdig berichtete der „Tangermünder Anzeiger“ über die Trauerfeier für Ebert. Er erzählt seinen Lesern, daß an ihr einige hundert Menschen, darunter viele Kinder, teilgenommen hätten. Er muß einen sehr schlechten Beobachtungsstand gehabt haben. Uns wundert nur, daß er vor allem die Kinder gesehen hat, als ob die Männer, die im Auge marschierten, hinter den Kindern verschwanden. Markt- und Lange Straße waren doch voll von Menschen. Wie jeder Ortskundige weiß, gehören dazu nicht als einige hundert Menschen. Dem Reichsbanner wird vom „Tangermünder Anzeiger“ vorgeworfen, daß die Feier einseitig gewesen sei. Ich, unsern ollen christlichen Demokraten von Tangermünde schlägt nur das böse Gewissen. Sie fanden nämlich als politische Organisation nicht von selbst den Mut zur Teilnahme an der Ehrung des Reichspräsidenten, und das Reichsbanner hätte niemand persönlich eingeladen, sondern nur einen Aufruf an alle Republikaner erlassen. Die republikanischen Behörden verhalten sich ja bei allen Gelegenheiten absolut passiv, wo es den Staat, der eine Republik ist, zu vertreten gilt. Aber auch der größte Teil der Tangermünder Geschäftsleute hat seine Teilnahme an dem schmerzlichen Ereignis nicht befunden. Die republikanischen Arbeiter werden sich das merken. Sie haben ja ihr eigenes Unternehmen, den Konsumverein, wo sie ihren Bedarf decken können. Arbeiter, stärkt nicht mit euren sauren verdienten Groschen einen politischen Gegner!

Weißewasser. In öffentlicher Versammlung spricht Sonntag nachmittags 3 Uhr Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Kleine Chronik.

400 Zentner Speck und Wurst verbrannt. Ein riesiges Schandfeuer, dem rund 400 Zentner Speck und Wurstwaren zum Opfer fielen, entzünd am Freitag vormittag auf dem Fabrikgrundstück der Breiten-Schneiderei in Wilmersdorf. Gegen 5 Uhr morgens bemerkten Arbeiter, die im Nebenhaus tätig waren, daß aus einem Schuppen, in dem Dauerwaren für den Sommer aufgestapelt waren, Rauchwolken herausdrangen. Wenige Minuten später schlugen bereits helle Flammen aus dem Gebäude heraus. In kurzer Zeit waren mehrere Löschzüge zur Stelle, die den gefährlichen Brand zu bekämpfen suchten. Zunächst waren jedoch alle Bemühungen vergeblich, da in dem Lager schuppen größtenteils Speck und Fettwürste aufbewahrt waren, die den Flammen reichlich Nahrung boten. Tatsächlich hatte die ungeheure Hitze, die sich in dem Lagerraum entwickelte, den Speck zum großen Teil geschmolzen, und so war es außerordentlich gefährlich, an den Brand heranzutreten. Ein Feuerwehrmann, der die Schuppentür einzuschlagen beabsichtigte, wurde von dem explodierenden nach außen drückenden lebenden Fett überstürzt und trug schwere Verwundungen davon. Erst nach harter dreistündiger Arbeit konnte die Wehr des Brandes, der auch die übrigen Teile der Fabrik stark bedrohte, Herr werden. Durch das Feuer sind rund 400 Zentner Speck und Wurstwaren verbrannt.

Razzia durch die Berliner Spielclubs. In der Nacht zum Freitag hat das Sonderdezernat, das bei der Abteilung W beim Berliner Polizeipräsidium die Spielclubsaffären bearbeitet, eine groß angelegte Razzia durch die Berliner Spielclubs vorgenommen. In mehreren Fällen wurden Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften festgestellt und in diesen Lokalen energig eingegriffen. Nicht weniger als 6 Clubs wurden von den Beamten heimgesucht. Ein Kriminalpolizei hatte den ganzen Abend lang das Dezernat unter Leitung des Kriminalkommissars Greiner und die unter Leitung des Kriminalkommissars Sübe stehende Zentralstelle zur Bekämpfung des Schmutzes zur Unterstützung aufbewahrt. Es handelte sich nicht nur darum, offene und verbotene Spielclubs aufzuspüren, sondern die Kontrolle auch auf die Stellen auszuüben, an denen man Nachrichten an Gaststätten und ähnlichen Veranstaltungen vernimmt. Der größte Teil der Clubs, die einen geordneten Betrieb führten, konnte unbeanstandet bleiben. In einer Wohnung in der Rosenheimer Straße in Berlin konnte eine Roulettegesellschaft, die unter dem Namen „Barrie Kaufmann“ bekannt war, aufgespürt werden. Dieser Club machte ständig sein Spiellokal und trat sich meistens in der Wohnung von Privatpersonen, die ihre Zimmer an ihn vermieteten. Die Wohnungen selbst wurden nach dem Ausschluß dieses Spielclubs dem Wohnungsmieter zur Verfügung gestellt. Auch in einem Mühlentor-Verein trafen die Beamten einen kleinen Spielbetrieb an.

Blattat im religiösen Wahn. In dem Bergarbeiterdorf Götzow bei Köpenick i. B. hat der Eisenbahnamagazinarbeiter Engel, wahrscheinlich im religiösen Wahn, eine schwere Verbrechen begangen. In letzter Zeit machten sich bei Engel Anzeichen einer geistigen Störung bemerkbar. U. a. äußerte er meermal, daß er ein Kind erziehen müsse. In der Nacht zum Donnerstag trat er an das den seines 10jährigen Mädchens und ließ mit einem Hammer auf den Kopf des Kindes. Seine Frau, die dem Kinde zu Hilfe kommen wollte, geriet in den Schrei der schreienden Frau. Auch ein zweites Kind verlor er schwer. Schließlich konnten Hausbewohner, die auf das Geräusch der Schreie beachtet, den Wahnsinnigen überwältigen.

Käufer vor Gericht. Die Erwerbslosverbände Köppler und Wiedemann entpuppten Ende August beim Mühltransport von einer Gerichtsverhandlung aus einem jahrelangen Zug in Wilmersdorf, nachdem sie die im beschriebenen Landjäger befaßt und gestrichelt hatten. Mit einer bereits abgerichteten Räuberbande machten sie das ganze mittlere Schwaben unjücher durch blutige Raubüberfälle auf einzeln gelegene Orte und richteten durch Diebstahl großen Schaden an. Bei einem Zusammenstoß wurde der sie erziehende Polizeikommandant Junfer, der ihre Teilnahme bemerkte, tödlich, bei Niederrhein von ihnen erschossen. Nachdem die beiden schwersten Verbrecher, deren Verurteilung mitten im Winter auf einer hoch gelegenen Alm im Winter bemerklich war, bereits vor einiger Zeit während ihrer Raubzüge zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt worden sind, haben sie wegen Ermordung des Zuchthauswärters in Wilmersdorf. Das Strafgericht verurteilte den geistigen Landjäger Köppler wegen Todschlags zu weitem 15 Jahren Zuchthaus, während Wiedemann von der Anklage der Mordtötung zum Tode freigesprochen wurde.

Das moderne Amerika. In Untersuchungsangelegenheit des Reichspräsidentenwahlkampfes hat jetzt seinen Durchbruch das Alkoholverbot gefunden, das zu dem Zeitpunkt kommt, daß die Prohibition fast vollkommen bewährt. Man dürfe nicht erwarten, daß in

vier Jahren seit Inkraftsetzung des Alkoholverbots schon eine völlige Durchsetzung hätte erreicht werden können. Es sei aber auch nicht zu bezweifeln, daß die Zahl der der Öffentlichkeit zur Last fallenden Unterjünglingsbedürftigen erheblich zurückgegangen sei. Die Kriminalität habe sich vermindert, und die Zahl der alkoholischen Vergiftungen und Geisteskrankheiten sei mit den früheren nicht zu vergleichen. Millionen Menschenleben seien durch die Prohibition gerettet worden. In dieser Richtung müsse fortgefahren werden. Der Erfolg könne nicht ausbleiben, wenn das Gesetz von den Behörden mit aller Energie zur Anwendung gebracht werde. Der Ausschuß macht bestimmte Vorschläge zur Beseitigung des Strafmaßes bei Verfehlungen. Die Stimmung im Lande ist, wie bei dieser Gelegenheit hervorzuheben sei, entschieden für Beibehaltung des Alkoholverbots, und auch die häufigen Verträge in den Großstädten können an diesem Tatbestande nichts ändern, denn es handelt sich hier im Grunde doch nur um verschwindende Ausnahmen.

Der Lübecker Fischereikrieg. Das Recht Lübeds auf die alleinige Fischereigerechtigkeit in der Lübecker Bucht wird von Mecklenburg und Schweden bestritten. Lübed hat nun auf dem Verhandlungswege jede Einigung mit Mecklenburg abgelehnt und Fänge und Netze der mecklenburgischen Fischer beschlagnahmt. In einer offiziellen Kriegserklärung der mecklenburgischen Macht wird es nun zwar nicht kommen, wohl aber wurde der erste Schritt zu energischen Abwehrmaßnahmen gegen die Lübecker Beschlagnahmungen getan, und zwar wurde die Anschaffung eines großen Kutters mit Motorantrieb beschlossen, der die mecklenburgische Hoheitsgrenze abpatrouillieren die mecklenburgische Fischerei übermachten und gegen Eingriffe schützen soll. Da nun auch Lübecker Wachtschiffe im Interesse Lübeds auf See sind, herrscht zwischen beiden Mächten zu etwas ein „Kriegsmäßiger Zustand“. Die mecklenburgische „Schlachflotte“, bestehend aus dem Kutter und den Fischerbooten mit handgeführten mecklenburgischen Seebären, dürfte durch schwedische Fischerboote verstärkt werden, denn auch Schweden befindet sich mit Lübed in demselben Fischereikrieg. In der Ausschussung des Landtags wurde noch bekanntgegeben, daß von Lübedischer Seite der Staatsgerichtshof erneut zur Klärung der Rechtslage angerufen sei, um auch darüber zu entscheiden, ob die Parbarollakunde, auf welche sich Lübed ebenfalls stützt, eine Fälschung sei oder nicht. Der Ausschuss ist der Meinung, daß die Urkunde gesäht sei.

Mordung im Budepeter Frauenmord. In der Angelegenheit des Frauenmordes, der ganz Ungarn seit zwei Wochen in Erregung hielt, ist heute eine entscheidende Wendung eingetreten. Der Oberstaatsanwalt verfügte die Verhaftung des Gastwirts Lorenz Veiter, des Vaters der Ermordeten, gegen den zwingende Verdachtsmomente vorlagen. Es schien ganz sicher, daß er seine eigene Tochter ermordet hatte, besonders, da er gestand, in seine Tochter verliebt gewesen zu sein. Nun meldeten sich zwei Strafgefangene beim Untersuchungsrichter und erzählten, daß sie den Mörder der Amalie Veiter kennen. Sie selbst haben von ihm Vergegenstände gekauft, die Eigentum der Ermordeten waren. Sie hatten diese Verhältnisse in einem Saal in der Donau besessen, an einer leicht erreichbaren Stelle. Die Polizei fuhr sofort hin und förderte tatsächlich den Saal zutage. Die Gegenstände, die der Saal enthielt, waren nun mit R. A. gezeichnet, mit dem Monogramm, das Amalie Veiter stets verwendete. Der Mörder, ein aus sehr armer Familie stammender, aber vollends heruntergekommener Mann, namens Julius v. Rasovitz, ist ein der Polizei sehr wohl bekannter Mann. Vor drei Jahren überragte er die ganze Stadt damit, daß er auf die höchste Spitze der Elisabethkirche kletterte, von wo ihn die Feuerwehr herunterholen mußte. Er wurde damals ins Irrenhaus gesteckt, kam aber im November vergangenen Jahres wieder heraus. Kurze Zeit später machte er die Bekanntschaft der Frau, die er jetzt ermordet hat. Als der alte Veiter, der Vater der Ermordeten, erfuhr, daß er wieder auf freien Fuß gesetzt werden sollte, fiel er vor Freude in Ohnmacht.

Streit um der Königin Haare. Die Haar- und Parfümindustrie der Königin war von jeher ausschlaggebend für die Mode. Schon die Sage erzählt, daß die hohe phrygische Mäse den Göttern, die über des Königs Midas Haar hinaustraten, ihren Heilung verdankte. In geschichtlicher Zeit ist die Königin der Mode geworden, weil Ludwig XIV. das Bedürfnis hatte, seine Gletsche zu verdecken, der Rubelbart ist auf den Beschmad der Kaiserin Wilhelm I. und Franz Joseph I. zurückzuführen, der Kaiserreich Schmutz auf das Genie Wilhelms II. Heute wüdet ein Kampf zwischen Friseur und Perückenmacher um den Frauentopf. Der Friseur, der viel Sorgfalt erfordert, ist ein gutes Geschäft für die Friseur, aber seit er in Mode ist, finden die falschen Köpfe wenig Absatz. In letzter Zeit hat zur Freude der Interessenten des falschen Kopfes die Friseurindustrie abzuflauen begonnen und die Pariser Modedamen fangen bereits an, sich die Haare nach Kräften wachsen zu lassen. Die Friseurindustrie fanden natürlich ein „Haar“ in der Suppe und sie sahen sich nach einem Bundesgenossen um. Wichtig fand man in einer amerikanischen Zeitung die Meldung, daß sich die Königin von Belgien die Haare habe abschneiden lassen. Belgien ist zwar trotz der Annexion von Eupen und Malmedy ein kleiner Staat, aber heute, wo die Herrscher so rar geworden sind, kann man mit der Königin eines Kleinstaates schon Staat machen. Die Friseur triumphierten und betrachteten ihren Sieg über die Friseur der falschen Köpfe als gesichert. In den konservativen Kreisen Belgiens freilich machte die Nachricht böses Blut. Die Königin beizte sich deshalb die „phantastische, tendenziöse und lächerliche“ Meldung zu demontieren, und das erschütterte dynastische Gefühl in Belgien ist nun wieder befestigt. Das inoffizielle Kapital im falschen Kopf faßt die Gelegenheit beim Schopf, um die Friseurinteressenten vor aller Welt bloßzustellen, und diejenigen, welche die Haare wachsen hören, sagen voraus, daß die Lage des Friseurgeschäfts gesäht ist.

(Schluß des reaktionellen Teiles.)

Pfarrer Heumanns Heilmittel stets auch vorrätig im Alleimdepot: Hof-Apotheke (Apotheker B. Gemm) Magdeburg, Breitweg 158 (a. Ulrichsb.) — Telephone 1886 Das große Pfarre Heumann-Buch (240 Seiten, 200 Abbildungen) erhält jeder Leser, der seine Adresse einschickt, von der Firma Ludwig Heumann & Co., Nürnberg N 24 gratis u. franko zugesandt. Postkarte 2-24

Nicht Alltägliches Sondern nur vom Guten das Beste. JOSETTI Vera 4-3 Cigarette KON LINON



Praktische Konfirmationsgeschenke!

# Lederwaren

Besuchstaschen bis zu den elegantesten Ausführungen	0.95 1.25 1.75	Briefstaschen Leder	1.25 1.50 2.25
Besuchstaschen Leder, große Form	4.50 6.00 7.50	Briefstaschen Rindleder	4.00 5.00
Besuchstaschen Rindleder, große Form	7.90 9.00	Briefstaschen echt Saffian	7.50 8.25 9.25
Besuchstaschen echt Saffian	7.50	Cigarettes in Leder	2.50 an
Besuchstaschen Rindleder, große Form	5.00 6.00 7.50	Schreibmappen	8.50 12.50 13.50
Schließbügeltaschen Leder	4.50 5.25 7.50	Tresors in Leder	45 an
Schließbügeltaschen Rindleder	8.50	Nähbeutel	2.50 3.00
Schließbügeltaschen Rindleder	4.50 9.00 12.00	Nährollen, Nähkörbe	
Schließbügeltaschen echt Saffian	10.00 11.00 13.50	Sämtliche Zelluloidartikel in großer Auswahl!	
Flügelstaschen	7.50 10.00 15.00	Bürstengarnituren	4.00
Beuteltaschen	5.75 7.75 9.50	Nagelpflegekasten	3.00 3.75 4.50
Tanztaschen	3.00	Aktentaschen Rindleder	5.75 6.50
Elegante Binnertaschen in Leder und Seide!		Aktentaschen Vollerleder	7.90 10.00
		Musikmappen	12.00
		Berufstaschen Leder	1.25 1.50 2.00 3.00

# Hugo Nehab

Johannisberg gegenüber den Rathhauskolonnaden!

# Gerade für Wollwäsche-

## Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Ansehen und behalten die Form. — Man wäscht Wollsachen natürlich immer handwarm.

## Magdeburger Privatschule für Kraftfahrzeuge

Inhaber: Oberingenieur Val. Bohland  
Bisher Abnahme-Ingenieur der Prüfungen beim Magdeburger Verein für Dampfesselbetrieb  
Anerkannt beste und vollendetste Fahrschule der Provinz (über 200 erste Referenzen auf Wunsch)  
Ausbildung für Motorräder, Personewagen, Lastwagen und Elektromobile  
Beratung in allen automobiltechnischen Angelegenheiten  
Beginn der neuen Kurse am 6. März  
Anmeldung täglich von 9 bis 7 Uhr  
**Bohland,**  
vereidigter Sachverständiger der Handelskammer Magdeburg für das gesamte Kraftfahrwesen  
nur Persestrasse 6a (früher Hohenzollernstraße)  
Fernsprecher 6354

## Sudenburger Festsäle

(früher Eiskeller)  
Heute sowie jeden Sonntag von 4 Uhr an  
**Gr. Gesellschaftsball.**

Billigste Preise.



**Martensräder**  
Sehr leicht laufend!  
3 Jahre Garantie.  
Teilzahlung.  
**S. PABST,**  
Berliner Straße 16.

## Salzquelle.

Heute sowie jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Tanzkränzchen.

## Gebrauchs- und Bruterei-Schau, Zuchtstamm-Geflügel-Ausstellung

an Sonntag den 15. März, ab 10 Uhr vormittags im neuen Saal des Hagenjäger. Bestellungen auf Brutereier werden entgegen genommen.  
Geflügelzüchterverein „Magdeburger Börde“

## Golzes Gesellschaftshaus.

Heute sowie jeden Sonntag:  
**Großer Gesellschaftsball.**

## Central-Theater

Heute Sonntag  
zwei Vorstellungen  
3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr  
**Gräfin Mariza**  
Musik von Emmerich Kalman  
mit **Oskar Neruda** a. G.  
und der Original-Zyemer-Kapelle Konkoly.

## Homöop. Kranken-Behandlung

A. Altman, Große Kunststraße 4, 1 St.  
Gegen alle Krankheiten.  
Sprechzeit 9-11 3-6 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr

## Burg. Hohenzollernpark.

Am Montag den 16. März, abends 7 1/2 Uhr,  
**Konzert**  
des Kinderchors Deutsches Volkslied Burg.  
Eröffnung 6 1/2 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr.  
Eintrittsfreie in 50 Pfennig in die Mädchen-Volksschule und an der Abendkasse.  
Der volle Ertrag ist für die Notgemeinschaft bestimmt.

## Burg. 1000-1500 Mk.

an Landwirtschaft zur 1. Stellung.  
gesucht. Offerten unter Referenz an die  
Börse in Luna Burg. Markt 10 erbeten.

## MIGAMA Mitteldeutsche Ausstellung für Gastwirts-gewerbe, Hotelindustrie und Kochkunst

vom 14. bis 20. März im Hallenbau Land und Stadt, Wilhelm-Robert-Str.

<b>Sonntag den 15. März</b> <b>Groß. Volkstag</b> Ermäßigte Preise! Vormittags, nachmittags, abends: <b>Großes Extrakonzert</b> ausgeführt vom Magdeb. Konzertorchester unter Leitung des Obermusikmeisters Vogel - Gebetsgesänge.	<b>Montag den 16. März</b> <b>Großer Elitetag</b> Vormittags, nachmittags, abends: <b>Extra-Streichkonzert</b> in Kleiner Bergtabelle in Uniform (Einleben) unter Vert. Leitung des Kapl. Musikdir. Kretzer (Einleben). Sämtliche Konzerte finden im Festsaal der Halle Land und Stadt statt. — Die Ausstellungsräume sind gut geheizt.	<b>Dienstag den 17. März</b> <b>Tag für Industrie u. Handel</b> Vormittags und nachmittags: <b>Großes Extrakonzert</b> des Magdeburger Konzertorchesters unter Leitung des Obermusikmeisters Vogel.	<b>Mittwoch den 18. März</b> <b>Großer Gastwirtetag</b> Vormittags, nachmittags und abends: <b>Großes Extrakonzert</b> des Schütz-Orchesters unter persönl. Leitung des Obermusikmeisters Vogel.	<b>Donnerstag den 19. März</b> <b>Großer Hauswirtetag</b> Ermäßigte Preise! Vormittags, nachmittags, abends: <b>Großes Extrakonzert</b> des Schütz-Orch. steht unter persönl. Leitung des Obermusikmeisters Vogel.	<b>Freitag den 20. März</b> <b>Groß. Volkstag</b> Ermäßigte Preise! <b>Großes Extrakonzert</b> des Obermusikmeisters Espold.
---	--	---	--	---	--

## Arkadia

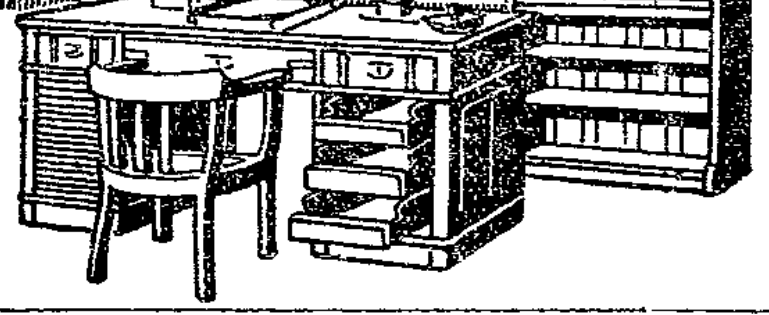
Prälatenstraße.  
Jeden Abend 8 Uhr  
**Gust. Kluck**  
mit seiner Gesellschaft  
das neue Programm  
**Raffke.**  
Vater, dein Kind ruft!  
Der verlebte Onkel  
Eintrittspreise 50 Pf.

## Wenn Sie

Silberner mit Ihrem Num. Ora nicht zufrieden gewesen sind versuchen Sie es doch mal in der  
**Brantweinquelle**  
Kutschstraße 17.  
Zum Glas ca. 45 Pf., 1/2 Liter ca. 1.00, 1 Liter ca. 1.50, 2 Liter ca. 2.50, 3 Liter ca. 3.50, 4 Liter ca. 4.50, 5 Liter ca. 5.50, 6 Liter ca. 6.50, 7 Liter ca. 7.50, 8 Liter ca. 8.50, 9 Liter ca. 9.50, 10 Liter ca. 10.50.

## Udo Seiffe

Spezialgeschäft für Büroausstattung  
Magdeburg  
Fernruf 1698 Alter Markt 17



## Hofjäger und Kristall-Palast

# TANZ

wie üblich.



Die neueröffnete

# Konzertdirektion Enger, Magdeburg

## bringt noch 4 Konzerte zum Abschluß der Saison.

**I.**  
Dienstag den 31. März, abends 8 Uhr, im Stadtmiffionsaal  
**Klavierabend**  
**Georg Bertram (Berlin).**

Einlaßkarten 4.00, 3.00, 2.00, 1.00 Mark.  
Preissetimen-Ausgabe.  
**Berliner Tageblatt:** „Alles gelang Bertram in den 24 Proben gleich meisterhaft. Das Publikum verzeigte sich nicht vor ihm zu freuen und bereitete ihm Applausen, wie sie hier kaum dagewesen.“  
**Münchener Zeitung:** „Ein Künstler von hervorragender Bedeutung. Herrlich singender Ton, bewundernde Technik.“  
**Hamburger Anzeiger:** „Wirklich ein Dichter, dem man weitvergeben lauscht.“  
**Göteborgs Posten:** „Ein Künstler allerersten Ranges. Man war wie von einem Zauber gebannt.“  
**Schlesische Zeitung:** „Ich habe niemals schöner Chopin spielen hören.“  
**Neue Hamburger Zeitung:** „Dem jugendlichen Zauber dieses Spielers ist nicht zu widerstehen.“

**II.**  
Donnerstag den 16. April, abends 8 Uhr, im „Kristallpalast“  
**Vollstimm. Vierter-, Vrien- u. Duetteabend**  
**Hans Batteux, Elise von Catopol**

N Mitglieder der Staatsoper Berlin.  
Einlaßkarten 3.00, 2.00, 1.00, 0.50 Mark.  
Preissetimen-Ausgabe.  
**Berliner Tageblatt:** „Niederlagen von Strauß, Wolf und Brahms erfahren von diesen Klümpchen haben wir in Einzelgängen die vollkommene Wiederherstellung...“  
**Berliner Totalanzeiger:** „Im Einzel wie im Quartett zeigen beide Künstler, die über ein glänzendes Stimmmaterial verfügen, wie vernehmlich, die doch in erster Linie Vortragskünstler sind, den Hingebenen aufpassen...“

**III.**  
Mittwoch den 22. April, abends 8 Uhr, im Stadtmiffionsaal  
**Liederabend**  
**Hermann Schey (Berlin).**

Einlaßkarten 3.00, 2.00, 1.00, 0.50 Mark.  
Preissetimen-Ausgabe.  
**Aus verschiedenen Berliner Zeitungen:** Von den Gesangsleistungen der Woche verdient der Hamburger Abend Hermann Schey's besondere Erwähnung. Sein schöner Bariton besitzt eine reiche und von Intelligenz getragene Vortragskunst...  
**Deutsche Allgemeine Zeitung:** „Gleichfalls als vorzügliches Konzert gab der Dichtungs- u. u. Schey einen Liederabend, und der war wohl so vorzüglich unter dem hohen Gesichtspunkt, daß für das Volk das Beste gerade gut genug sein soll.“

**IV.**  
Mittwoch den 29. April, abends 8 Uhr, im „Kristallpalast“  
**Lieder- u. Balladenabend**  
Kammerfräulein Professor  
**Lula Mysz-Gmeiner (Berlin).**

Einlaßkarten 3.00, 2.00, 1.00, 0.50 Mark.  
Preissetimen-Ausgabe.  
**Hamburger Fremdenblatt:** „Lula Mysz-Gmeiner darf man wohl eine unserer arbeits-angelernten nennen.“  
**Signale für die musikalische Welt:** „Lula Mysz-Gmeiner ist eine einer ganz seltenen Sängerinnen, die zugleich als eine bedeutende Pianistin anzusehen ist.“  
**Württembergische Zeitung:** „Lula Mysz-Gmeiner war ein musikalisches Ereignis...“

Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Gustav Haushahn, Alte Ulrichstraße**

## Circus Straßburger

Heute letzter Tag!  
Sonntag **2 X** 3 1/2 Uhr  
7 1/2 Uhr

Um allen unseren Freunden nochmals Gelegenheit zu geben,  
**das glänzende Programm** zu sehen:

Ausschneiden!  
Inhaber dieses erhält bei Lösung einer Sitzplatzeintrittskarte gegen Abgabe dieses Gutscheins gratis an der Circuskasse eine weitere Karte gratis

Gültig für die Vorstellungen am Sonntag den 15. März.  
Am Ende unsers Gastspiels angelangt, sagen wir allen Behörden, der gesamten Presse und Einwohnerschaft unserer lieben Stadt Magdeburg für die freundliche Unterstützung und Anerkennung unsern herzlichsten Dank und Auf Wiedersehen!

Hafensalle Lilia 4 **Tivoli** Eing. Kirchstr. 1, am Heumarkt...  
**Ball- und Gesellschaftshaus**  
Magdeburg-Friedrichstadt Magdeburg-Friedrichstadt  
Inhaber: Wilhelm Kerpens.

Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
**Großer Gesellschaftsball**  
sowie jeden Mittwoch abends 8 Uhr:  
**TANZ-KRÄNZCHEN.**  
Kleine Preise.

## Kantorowicz' Wein- und Likörstuben

(Kaspar Senffts Weinstuben)  
Inh. Will Godehardt  
in neuer Aufmachung.  
Spezialität:  
**Schoppenweine**  
**Südweine in Gläsern.**

## PL Panorama-Lichtspiele

Das stärkste Programm der Woche!  
**Stuart Webbs**  
**Die Verlen des Dr. Zalmadge**  
Ein neuer Fall des Raubdetektivs  
**Ellen Kürzi, E. W. Kahjer**  
**Albert Steinhilber.**  
**Glauben der Liebe**  
Das Drama einer Liebe, die an ihrem Übermaß von ungesättigter Leidenschaft zerbrechen muß.  
Beginn: Sonntags 3 Uhr.

## Stadttheater

Sonntag den 15. März  
nachmittags 11 1/2 Uhr  
**5. Literarische Morgenveranstaltung**  
Spricht: **Stef. Herrmann, Leipzig.**  
über:  
**Ernst Solter.**  
Abends  
Anfang 7 1/2 Uhr Ende 10 Uhr  
**Gastspiel**  
**Paul Wegener**  
mit seinem Ensemble.  
**Die Raschhoffs**  
Schauspiel von Hermann Sudermann  
Dolmetscher Raschhoff Paul Wegener  
Sonntag den 16. März  
Anfang 7 1/2 Uhr Ende nach 10 Uhr  
**Jacqueline**  
Schauspiel von Sascha Guitry.  
Erwand Berlin... Paul Wegener  
Franz Schreyer... Antonie Strömmer  
- Operette! -

## Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung.  
Sonntag den 15. März  
Anfang 8 Uhr Ende 10 1/2 Uhr  
**Violetta (La Traviata)**  
Oper von Giuseppe Verdi.  
Sonntag den 16. März  
Vorstellung i. d. Volkshäuser, Anfang 8 Uhr, Der Oberfeld, Komödie von Gerhart Hauptmann.

Georg Meißner...  
Schweine nach kurzer Zeit...  
Manches Frisch- u. Nassputzer...  
Sch. u. G. Eder...  
Magdeburg, Bern. Straße, Ecke 11.

## Das Theater der internat. Großfilme

Sonntag 1/2 3 Uhr  
Ein fabelhaftes Programm  
Der internationale Großfilm  
**Das schöne Abenteuer**  
Ferner  
Das prachtvolle Drama  
**Der Flug zum Glück.**

## KL Kammer-Lichtspiele

Der ergreifende Film des Jahres!  
**Das Findelkind**  
Ein Filmtoman in 8 Akten,  
wie er früher bisher nicht dagewesen.  
Ein Film  
der alle Sery'n erobert.  
Ein Film  
der jedes Herz erweicht.  
Ein Film  
den man sich zwe- und dreimal ansieht.  
Ein Film  
der an die besten Akten der Menschheit anlehnt.  
Ein Film  
der in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt.  
Es werden sagen, daß Jänen die Stänen herunterlaufen,  
über die drei Fog-Zwellerer  
**Geschäft ist Geschäft**  
Attentheater auf hoher See  
(mit den drei Fog-Banderassen)  
**Das verwunschene Haus**  
**Die neueste Deutig-Woche**  
Beginn: Sonntags 3 Uhr.

Wo gehen wir hin?  
**Bürgerhaus, Stephansbrücke 38**  
**Familien-Verkehr.**  
Im Restaurant und Rosengarten  
**Unterhaltungsmuß.**  
Im Saal: Ball.

## Wiedereröffnung der Zirkus-Lichtspiele

Montag den 16. März  
nachmittags 6 Uhr  
wie immer mit einer  
**Lustspielwoche!**  
**6 amerikanische Grotesken**  
**Wolkenkratzer des Humors!**



Ab 4 Uhr  
**Großer Gesellschaftsball**  
Im weißen Saal ab 4 Uhr  
**Original-Jazz-Band**  
Montag den 16. März, abends 8 Uhr,  
**Familien-Kränzchen**  
des Lohndiener-Vereins Magdeburg u.a.  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:  
**die beliebtesten Kaffee-Konzerte**  
mit künstlerischen Darbietungen.

Jedes Buch  
betragen wir in  
- kurzer Zeit -  
Buchhandlung  
Volksstimme,  
Große Ulrichstraße 3.  
Kein Laden...  
pottbilliger Verkauf von  
**Haus- und Küchengeräten**  
Sehr schön.  
**Hans Porré, Falkenbergstr. 12.**

# Eldako" echte Thorner Lebenstropfen Vogel & Co., A.-G. MAGDEBURG

Aleinige Hersteller: Im Saal: Ball.







